

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Z Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Vertretung: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 18 Pfg., auswärts 15 Pfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen für Ankerstr. 11 bei M. Glöckner & Co., Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Glöckner & Co., Magdeburg. — Gr. Münzstraße 8. — Preis für den Abnehmer 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 25 Pfg., Restlage 1 mm Höhe u. 20 mm Breite total 75 Pfg., auswärts 90 Pfg. — Postzeitungsnummer 210. — Abgabe durch den Postamt, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. — Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg. — Text 33% Aufschlag. Für Abdruck keine Gewähr. — Erfüllungsort Magdeburg. — Postfachkonto 122 Magdeburg

№. 15 Magdeburg, Mittwoch den 18. Januar 1928 39. Jahrgang

Arbeitsruhe in den Großbetrieben

Rund 20 000 streikende Metallarbeiter

Die Metallarbeiter der Großbetriebe Mitteldeutschlands haben dem bezirklichen Schlichter und seinem Stellvertreter eine Absage erteilt, wie sie in ihrer Einmütigkeit in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wohl noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Sie haben mit beinahe 100 Prozent — kein Betrieb unter 96 Prozent und einige Großbetriebe mit über 99 Prozent, Narren nur können das Bruchteilchen, das an der Einstimmigkeit fehlt, mit in Rechnung stellen — grimmig den Schiedsspruch unter den Tisch geworfen und den Streik beschlossen und auch sofort durchgeführt.

Wer will bei dieser Sachlage noch daran zweifeln, daß es sich um einen Ausbruch berechtigter Empörung handelt, hervorgerufen durch Hartnäckigkeit des Unternehmertums und grobe Böcke der Schlichtungsinstanzen? Nur weiter so, und es werden sich Folgen zeigen, die nie wieder gutzumachen sind. Reichsarbeitsminister Brauns ist gewarnt, und es liegt an ihm selbst, ob er sich bei den heutigen Verhandlungen ebenfalls auf die Seite der Schuldigen schlägt.

In Magdeburg sind die Metallarbeiter der gestern schon genannten Großbetriebe gemäß dem Beschluß der Vertrauensmännerversammlung pünktlich 15 Uhr auf die Straße gegangen. Restlos. Sie haben im Laufe des Jahres so manches Unrecht schlucken müssen. Nun ist das Maß voll geworden und übergelaufen. —

Situationsbericht der Bezirksleitung

Die Bezirksleitung des Bezirks Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der die Gebiete Magdeburg, Halle und Anhalt umfaßt, teilt mit:

Wie zu erwarten war, ist der Beschluß der Bezirksleitung, den Kollegen die Ablehnung des Schiedsspruchs und die Arbeitsunterbrechung zu empfehlen, in den am Sonnabend und Sonntag stattfindenden Funktionärversammlungen und Mitgliederversammlungen allseitig begrüßt worden. Gestern (Montag) fanden im Laufe des Vormittags überall in den für den Kampf ausserordentlichen Betrieben Versammlungen und Urabstimmungen statt. In den meisten Betrieben wurde einmütig der Streik beschlossen. Nur einige Betriebe gab es, wo ein ganz geringer Prozentsatz Arbeiter für Annahme des Schiedsspruchs war. Es kommen aber hierfür nur Betriebe in Frage, wo ein Teil alter Arbeiter beschäftigt sind, die für die Arbeitseinstellung sowieso nicht in Frage kamen.

In Halle wurde nach erfolgter Urabstimmung in den meisten Betrieben sofort die Arbeit eingestellt. In Magdeburg wurde beschlossen, in allen Betrieben nachmittags 3 Uhr die Arbeit zu verlassen, und so erfolgen, je nach den örtlichen Verhältnissen, unterschiedlich im Laufe des Montags die Arbeitseinstellungen noch in Bernburg, Eilenburg, Staßfurt, Thale und Zerbst.

Die Arbeitseinstellungen erfolgten in musterhafter Geschlossenheit und Disziplin in dem von der Organisationsleitung gesteckten Rahmen. Zurzeit werden etwa 19 000 Metallarbeiter im Kampfe stehen.

Zu verschiedenen Betrieben sind nur wichtige Abteilungen herausgenommen, so daß die übrige Arbeiterschaft auf Grund dessen in kürzester Frist gezwungen ist, ebenfalls nach Hause zu gehen, so daß damit zu rechnen ist, daß Dienstag abends etwa 22 000 Metallarbeiter am offenen Kampfe beteiligt sind.

Im Anhalter Gebiet, wo in Dessau und einigen anderen Orten Kündigung besteht, ist im Laufe des Montags die Kündigung eingeleitet worden, die am Sonnabend abläuft. Es ist also damit zu rechnen, daß ab Montag nächster Woche der größte Teil der Metallarbeiter im Streik steht, wenn nicht schon zuvor die Metallindustriellen beginnen, auszulernen.

Nun haben die Metallindustriellen die Verbindlichkeitsklärung beantragt, und das Reichsarbeits-

ministerium hat die Parteien zu Dienstag nach Berlin geladen. Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird alles einsehen, um die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern. Eine Verbindlichkeitsklärung würde nicht Förderung des Wirtschaftsfriedens, sondern ein Durcheinander bedeuten, das der Volkswirtschaft mehr schadet, als sie nützt!

An die Metallarbeiter ergeht die Mahnung: so musterhaft, wie sie den Streik begonnen haben, auch weiter fortzuführen. Am den Kampf erfolgreich führen zu können, ist notwendig, daß von jedem einzelnen Kollegen Disziplin bewahrt und nur den Weisungen der Organisationsleitung Folge geleistet wird.

Die Bezirksleitung hat die Verwaltungen zu Mittwoch zu einer Konferenz eingeladen, um zum Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Nur die dort gefassten Beschlüsse dürfen beachtet werden, alle andern, von welcher Seite auch her ausgegebenen Parolen, sind unbeachtet zu lassen. —

Nur Notstandsarbeiten in Halle

Halle, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Streiklage hat sich hier wenig geändert. Im großen ganzen halten die Streikenden zu der vom Metallarbeiterverband ausgegebenen Parole. Die Fabriken liegen vollständig still. Nur Notstandsarbeiten, wie Kesselfeuern, werden verrichtet.

Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am Nachmittag zu einem Abschluß kommen werden. —

Helfer der Unternehmer

Die mitteldeutschen Metallindustriellen, deren Halsstarrigkeit den Streik verschuldet, haben in der „Magdeburgischen Zeitung“ und im „Generalanzeiger“ freiwillige Helfer gefunden, die die Schuld am Ausbruch des Streikes den Metallarbeitern und ihren Führern zuschreiben versuchen. Beide Blätter — auch der alle ehrliebe „Generalanzeiger“, der leider noch von vielen Arbeitern gelesen wird — täuschen ihren Lesern das Märchen auf, daß es sich um einen „wilden Streik“ handelt. Das Wort wird zwar nicht ausgesprochen, aber was soll es denn weiter bedeuten, wenn zum Beispiel im „Generalanzeiger“ zu lesen steht:

Es ist in diesem Zusammenhang bedeutungsvoll, zu betonen, daß die Frist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs erst am 18. Januar abläuft. Der Streik gilt nach dem Tarifrecht so lange als nicht legitimiert, als die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft worden sind. Dies ist bis jetzt in der mitteldeutschen Lohnbewegung der Metallarbeiter nicht der Fall, da der Reichsarbeitsminister die beiden Parteien zu heute vormittags 10.30 Uhr in das Reichsarbeitsministerium geladen hat, um dort die Ausgleichsverhandlungen fortzusetzen.

Das ist Unternehmerhilfe und bewusste Zurechtweisung der öffentlichen Meinung. Beide Blätter wissen sehr gut, daß die Lohnstapel des Tarifs mit dem 14. Januar abgelaufen war, von einem „nicht legitimierten Streik“ also keine Rede sein kann. Aber man drauf auf die Arbeiter, die, soweit sie Leser solcher Blätter und zugleich Streikende sind, diesmal die Prügel hoffentlich spüren werden und das Abonnement den Unternehmern überlassen.

Die „Magdeburgische Zeitung“ fabuliert nebenher von „geringen Differenzen“. Man denke: Forderung der Arbeiter 15 Pfennig pro Stunde; Zugeständnisse der Unternehmer: keinen Pfennig Zulage. Das sind der „Magdeburgischen“ geringe Differenzen. Ebenso aber ist der Hinweis, daß der Streik aus Rücksicht auf die kommenden Wahlen injiziert worden sei. — Wenn Lächerlichkeit töten könnte... —

widerlegt sei. Diese Mehrheit findet keinerlei Stütze, wenn man sich die aus unserer Gesamtanlage sich ergebenden Notwendigkeiten verantwortungsbewußt vor Augen halte. Die christlichen Gewerkschaften würden sich nun erst recht geschlossen hinter Stegerwald und die vom Reichskanzler genannten Gewerkschaftsjektäre stellen. Sie seien ihnen für ihr entschiedenes und mutiges Auftreten dankbar. —

Zentrumsarbeiter gegen Marx

Seit dem Eintritt des Zentrums in den Bürgerblock herrscht Rebellensimmung unter den Zentrumsarbeitern. Wegen der Beamtenbesoldungsreform ist es schließlich zu einem offenen Konflikt zwischen Marx und Stegerwald gekommen. Der Streit zwischen dem rechten Flügel in der Partei, der unter Führung von Marx steht, und zwischen dem linken Flügel, wo die christlichen Gewerkschaftsführer sitzen, die von ihren Arbeitern scharf unter die Lupe genommen werden, hat sich in den letzten Tagen noch verschärft. So machte am Sonntag in einer Versammlung der Arbeiterwähler des Zentrums in Oberhausen der Zentrumsabgeordnete und Führer der christlichen Bergarbeiter, Jmbusch, bemerkenswerte Ausführungen über verschiedene Zustände in der Zentrumsparlei und richtete heftige Angriffe gegen den Reichskanzler Marx als Parteiführer. Er führte aus:

Seit es so manche Preise, wie Akademiker, Beamte, Wirtschaftler usw., die innerlich dem Zentrum fernstehen, zur Partei gekommen, nur um durch sie einen Posten zu erreichen. Den Arbeitern fehle der ihnen gebührende Einfluß in der Partei. In der Zentrumsfraktion seien zuviel Beamte vertreten. Bei der Besoldungsreform habe man maßlose Dummheiten gemacht. „Was es notwendig“, fragte Jmbusch, „daß der Minister 6000 Mark, der Reichskanzler 9000 Mark, die Oberpräsidenten 50 Prozent Zulage erhalten, in einer Zeit, in der mancher nicht hat zu essen hat?“

In der letzten Zeit habe er — fuhr Jmbusch fort — zahlreiche Briefe erhalten mit der Aufforderung, eine neue Arbeiterpartei zu gründen. Diesen Weg hält Jmbusch nicht für den richtigen, es müsse vielmehr in der Zentrumsparlei der richtige Geist wieder geweckt werden.

Jmbusch erklärte weiter, in weiten Kreisen hält man manchen unserer Führer nicht mehr für das, für das man ihn vor drei Jahren gehalten hat. Und damit hat man recht. Der bekannte Brief von Marx verrät seinen Zentrumsgeist, keine Kollegialität! Das hätte dem gleichen Manne vor fünf Jahren noch nicht passieren können. Da ist innerlich etwas anders geworden. Der Weg zum Kandidaten des Volksblocks bis zum Kanzler der Reichsregierung ist weit! Die Verheißung, die Zentrumsparlei sei keine republikanische Partei, lasse tief blicken. Auch daß man ohne Anhörung der Fraktion Vorlagen einbringt, die die gewaltige Erhöhung der eignen Gehälter zum Ziele haben, während man die Erhöhung der Rentner- und Invaliden beziege als unmöglich hinstellt, sei bezeichnend. So sei manches „faul in der Partei“. Seinen Kollegen sei es ehrlich um Abhilfe zu tun, man brauche eine christliche Partei wie das Zentrum. Erforderefalls müsse man gewisse Vertreter und Führer in der Partei so lange wegschicken, bis bei ihnen die Bestimmung wieder zurückgeführt sei.

Zum Schluß wandte sich Jmbusch gegen die Ausführungen des Industriellen Neusch vor der Duisburg-Mülheimer Handelskammer und erklärte, die Kaufkraft des Geldes liege noch 8 Prozent unter der vor dem Kriege, außerdem werde für den gezahlten Lohn heute mehr gefordert als früher. Den Vorwurf der Aufregung zum Massenkampf wies der Redner zurück. Der Geist, der aus Neuschs Ausführungen spreche, mache sich auch in der Partei breit. Ihm müsse entschieden entgegengetreten werden, eventuell durch eigene Kandidaten gegen die offiziellen Zentrumskandidaten. Der alte Geist müsse im Zentrum zurückkehren.

Wer die Kämpfe innerhalb des Zentrums seit Jahren verfolgt, täuscht sich über die Wirkungen nicht. Auch die neueste Auseinandersetzung ist nicht so tragisch zu nehmen. Das Zentrum hat es noch immer verstanden, bei bevorstehenden Wahlen die richtige Maske vor das Gesicht zu nehmen. Auch jetzt weiß man in der katholischen Partei, daß bei den kommenden Wahlen die Auseinandersetzung in erster Linie um die Interessen der Arbeiter gehen wird. Deshalb darf auch Jmbusch so starke Töne reden. Nach der Wahl wird Jmbusch wieder ruhiger werden. Erst wenn die christlichen Arbeiter merken, daß sie nur Schachfiguren auf dem Brettle der Marx und seiner aristokratischen und großindustriellen Gönner sind, werden sie instand sein, die Konsequenzen zu ziehen. Die christlichen Arbeiter sehen jeden Tag, daß sich katholische Unternehmer mit jüdischen und protestantischen Kapitalisten vereinigen, um gegen die Arbeiter zu stehen. Sie selbst aber, die christlichen Arbeiter, haben noch nicht begriffen, daß es ihnen nur besser gehen wird, wenn auch sie sich mit ihren Kollegen, den freiorganisierten Arbeitern, verbinden. Das zu verhindern, haben die Zentrumsführer bisher mit allen Mitteln meisterhaft verstanden. Selbst einen Wirt haben die Marx und Genossen in der Partei makt gesetzt.

Die kommende Wahlbewegung wird aber auch den Zentrumslern manche Nuß zu knacken geben, und die Sozialdemokratische Partei wird es nicht daran fehlen lassen, gerade den Zentrumswählern zu sagen, wohin der Weg der Marx und Trabanten führt! —

Krise im Parteivorstand des Zentrums

Stegerwald gegen Marx

Unter dieser Überschrift berichtet die „W. Z.“: In politisch-parlamentarischen Kreisen hält sich hartnäckig das Gerücht, daß Abg. Stegerwald sein Amt als zweiter Vorkämpfer des Zentrums niedergelegt hat mit der Begründung, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem ersten Vorkämpfer, Reichskanzler Doktor Marx unmöglich geworden sei.

Es wird bestimmt erwartet, daß der Parteivorstand in den allerersten Tagen zusammenberufen wird, um die Differenzen zwischen den beiden leitenden Persönlichkeiten der Partei auszugleichen.

Wie Wolffs Telegraphisches Bureau hierzu aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird die Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums am Mittwoch stattfinden. —

Die christlichen Gewerkschaften gegen Marx

Wb. Bechtel, 17. Januar. Der am 16. Januar 1928 in Königswinter (Rhein) versammelte erweiterte Vorstand des Ge-

samtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich u. a. auch mit den Auswirkungen der Besoldungsreform und nahm eine Entschlieung an, in der es heißt:

Im Wettlauf um die Wahlstimmen der Beamten ist im Reichstag eine Besoldungsvorlage verabschiedet worden, die das deutsche Volk mit 1 1/2 Milliarden belastet. Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben im Reichstag eine vorläufige Neuordnung vorgeschlagen, die eine endgültige Lösung in Verbindung mit der Verwaltungsreform gebracht hätte, sofort aber eine Änderung der Not breiter Massen und der trostlosen Lage der Invalidenrentner herbeiführen sollte. Sie wurde größtenteils nicht beachtet. Welche Volkskürzer teilen die Auffassung der christlichen Gewerkschaften. Angesichts dieser Tatsache weist der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften entschieden die vom Reichskanzler kundgetane Auffassung zurück, daß der von „Herrn Stegerwald und einigen Gewerkschaftsjektären eingenommene Standpunkt“ durch Bewilligung der Besoldungsreform mit überwältigender Mehrheit

Demokratischer Schulbürgerstreik

Es war am Tage der Verabschiedung der Beamtenbesoldung. Der Bürgerblock durchschlug den Schulmann, den die Sozialdemokraten für die Lohnsteuerzahler erachtet hatten. Im nächsten Etatsjahr ist das Erträgnis der Lohnsteuer nicht mehr auf 1200 Millionen beschränkt; es wird 1500, wahrscheinlich 1600 Millionen erreichen. Bessert sich die Konjunktur, erreichen die Gewerkschaften Lohn-erhöhungen, so wird diese hohe Summe sogar noch überschritten werden. Die Lohnsteuerzahler werden vom Bürgerblock bedenkenlos und grenzenlos geschöpft.

Die Anträge der Sozialdemokraten wurden in jener Reichstagsitzung der Reihe nach abgewürgt. So die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 100 auf 140 Mark infolge der Erhöhung der Kosten für den Lebensunterhalt. Auch die beantragte Erhöhung der Familienabzüge mußte dran glauben.

Nachdem dies gelungen, kam von großkapitalistischer Seite der Gegenstoß.

Die Partei des mobilen Besitzes, die sich Deutsche Volkspartei nennt, erinnerte sich der armen Millionäre und der erdrückenden Steuerlasten, die diese beamtenwürdigen Mitbürger zu tragen haben. Den Strejemännern ging die Beraubung der Lohnsteuerzahler, genau wie der Wirtschaftspartei, noch nicht weit genug. Deshalb waren die „jungen Leute“ der Kartellbeherrschung schon im Steueraus-schluß aus der Regierungsfrente ausgebrochen. Eine Steuer-ermäßigung bis zu 300 Mark monatlich für die glänzend situierten Lohnsteuerpflichtigen ist nach ihnen nicht zu ver-antworten. Jeder muß freudig und gern Steuern bezahlen. Das stärkt das Verantwortungsgefühl und die Staatsbürger-pflicht. Allen andern voran haben die Lohnsteuerzahler diese Stärkung nötig. Aber die armen Millionäre! Ihnen ist die Stärkung schädlich. Sie kommen ohne Verantwortungs-gefühl und Erfüllung der Staatsbürgerpflichten durch das erbärmliche Leben.

Die Partei des Volkes der Aufsichtsräte und Industrie-magnaten beantragte daher eine Steuerenkung für die hohen Einkommen. Sie sieht so aus:

Jahres-einkommen	Steuerenkung
1 500 M. nach dem Willen der Volkspartei	nichts
1 500 „ nach dem Beschluß des Reichstags	3 M. jährl.
10 000 „	150 „
50 000 „	3 500 „
200 000 „	11 500 „
1 000 000 „	51 500 „

Das lohnt sich doch! So ein armer Millionär soll jähr-lich 51 500 Mark Steuern weniger zahlen, damit er sich mal satt essen kann und nicht der Kleurentnerfürsorge anheim-fallen muß.

Unbegreiflicherweise hatten die übrigen Regierungspar-teien für diesen sozial unbedingt notwendigen Antrag kein Verständnis. Sie stimmten ihn nieder. Er wurde mit 298 gegen 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Auch die Deutschnationalen votierten gegen die Bunderpartei. Aus Abneigung gegen die notleidenden Millionäre? Ach nein, aus kühler Berechnung. Ihre Millionäre, die Großgrundbesitzer, haben Schutz und Fürsorge nicht nötig, denn viele von ihnen zahlen überhaupt keine Einkommensteuer. Weil sie nämlich kein Einkommen haben. Nach Ausweis ihrer Bücher, die auf jeden Fall stimmen. Wozu unterhält denn der Land-bund seine Buchführungsstrukturen! Anders mit den Bauern. Die Anders können berappen, denn sie haben es dazu.

Die Besitzer von 2500 Morgen und darüber haben es aber nicht dazu. Wenn nun jemand keine Einkommensteuer zahlt, braucht seine Zahlung auch nicht gejagt werden. Die Deutschnationalen wußten daher genau, was sie taten, als

sie sich gegen die Hilfsaktion der Volkspartei für die darben-den Millionäre wandten.

Dagegen haben die Demokraten Mann für Mann für die Steuerenkung der großen Einkom-men gestimmt. Das inzwischen erschienen amtliche Er-gebnis der namentlichen Abstimmung deckt diese verblistende Tatsache auf.

Die Gründe für diese auffallende Begünstigung der schweren Geldsack sind öffentlich nicht bekanntgegeben worden. Man kann nur vermuten. Wahrscheinlich werden sie ihrem Steuerfachmann Fischer (Köln) bedingungslos gefolgt sein. Dieser Fischer versteht allerlei vom Steuerwesen, ver-mag geschickt und sicher mit Zahlen zu jonglieren, aber er mangelt des Tropfens sozialen Dells, ohne das eine Partei nicht mehr auskommt, die sich auf breite Volks-schichten stützen will. Und Fischer wird zu seiner Stellungnahme ge-kommen sein, weil er die direkten Steuern im allge-meinen senken will. Genau wie Reinhold.

Die Demokraten bedenken nicht, daß ihr theoretischer Eifer praktisch zur Erhöhung der Massenbe-lastung führt. Diese ist ohnehin schon schreiend hoch. Im neuen Etat sind ihre Erträgnisse auf 5322 Millionen ver-anschlagt. Sie werden wegen der Anspannung der Lohn-steuer auf mindestens 5600 Millionen steigen. Demgegen-über soll der Besitz nur 2770 Millionen aufbringen, darunter 1450 Millionen aus der Einkommensteuer der veranlagten Steuerpflichtigen. Die letztern werden also im kommenden Jahr um 200 Millionen weniger leisten als die Lohn-steuerzahler.

Diese skandalöse Differenz ist der Volkspartei noch viel zu gering. Sie wollen sie um einige hundert Millionen zu-gunsten der großen und größten Einkommen verstärken, und die Demokraten haben ihnen bei der Begünstigung der armen Millionäre hilfreichen Beistand geleistet.

Ein Schulbürgerstreik, den die Demokraten noch zu er-büßen müssen. Die Deutschnationalen werden sich auf den bequemeren Wissen stützen und sich gegenüber den Demokraten in bengalischer Beleuchtung als Partei des schaffenden Volkes ipsezen. Eine Steuerermäßigung von 51 500 Mark jährlich beim Millionär redet eine so deutliche Sprache, daß steuerrechtliche Erwägungen dagegen nicht auf-kommen. Die deutschnationale Demagogie macht andre Klänge als diese weiche Schale, die ihr von den Demokraten überflüssigerweise gereicht worden ist.

Die Demokraten können sich einen solchen Luxus aber am wenigsten erlauben. Sie verlieren bei jeder Wahl. Sie verlieren so dauernd und so viel, daß ihnen bald nichts mehr zu verlieren übrigbleibt.

Den färglichen Rest, über den sie noch verfügen, haben sie durch ihren neuesten Schulbürgerstreik auch noch in Ge-fahr gebracht. Ihre Sorge um die armen Millionäre wird ihnen teuer zu stehen kommen. Die Millionäre selbst wissen ihnen keinen Dank. Sie wandern in Strejemanns Lager, wo sie besser aufgehoben sind. Und die Demokraten werden nach solchen Schulbürgerereien Mühe haben, im ganzen Reiche noch einige Spitzenkandidaten durchzubringen.

Neue Schulgesetz-Krise

Berlin, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Beratungen über das Reichsschulgesetz ist plötzlich eine neue Krise eingetreten, die die Verabschiedung des Gesetzes gefährdet. Die Deutsche Volkspartei hat auf Hinweis der Opposition plötzlich Bedenken über den § 16a des Gesetzes bekommen, der festsetzt, daß es in allen den Gebieten des Reiches, wo bereits durch Gesetz oder Ver-einbarung die Frage des Religionsunterrichts zwischen Staat und Kirche geregelt ist, es bei dieser Regelung bleibt.

Diese Feststellung bedeutet, daß das bayrische Ko-nordat eindeutig anerkannt würde. Das muß bei der Deutschen Volkspartei, die diese Wirkung der Kompromiß-

vereinbarungen übersehen hatte, große Ueberraschung herbe-gerufen haben. In parlamentarischen Kreisen wird auf bestimmtste versichert, daß die Deutsche Volkspartei in Unter-schrift unter diesen Kompromißantrag zurückzieht. Will und ihre Zustimmung zu dem Paragraphen verweigert werde. Das würde aber eine sehr ernste Krise in der Schu-gesetzfrage bedeuten. In parlamentarischen Kreisen sieht man deshalb den weiteren Verhandlungen im Schulausschuß u-zwischen den Fraktionen mit größter Spannung entgegen.

Gesler empfiehlt Groener

Die Wiener „Neue freie Presse“ veröffentlicht ein Bericht ihres Berliner Korrespondenten über eine Unter-scheidung mit einem guten Freunde Geslers, der da-lege, warum Gesler plötzlich zurücktritt.

Nächst den schweren Schicksalschlägen in Geslers Fam-ili sei ein Hauptgrund für die Demission des Ministers Hoebus-Affäre gewesen. Dieser Fall habe den Ministern schwer getroffen. Hinter dem Rücken des Ministers u-ohre Wissen seiner andern Vorgesetzten habe ein zu Reichswehrministerium gehöriger Marineoffizier, Kapitän Lohmann, sich in die Geschäfte mit der Hoebus-Film-Gesellschaft eingelassen. Für diese Geschäfte habe er nicht nur Fonds verausgabt, die ihm zur Verfügung standen, sondern er habe auch namens des Ministeriums Bür-gerschaften übernommen, die Millionenbeträge aus-machen, und für die keine andre Deckung vorhanden ist a-diejenige, die der Kapitän Lohmann selbst gewährt. Die Mil-lionen, für die sich der Kapitän Lohmann verbürgt hat, sind verloren, und das Reichswehrministerium wird gehalten sein, in einem Nachtragsetat vom Reichstag die Be-willigung dieses Millionenbetrags zu verlangen.

Was den Kapitän Lohmann zu den Geschäften mit d-er Hoebus-Film-Gesellschaft bewegen hat, ist völlig unklar. Anlaß zur Sache haben keinesfalls mitgespielt. Kapitän Loh-mann ist durchaus ehrenwert. Er hat für seine Person die geringsten Klagen aus diesen Geschäften gezogen. Er entstammt einer hochangesehenen Bremer Kaufmannsfamilie. Im Reichswehrministerium gehörte er zu denjenigen Offizieren, deren demokratische und republikanische Gesinnung un-angezweifelt ist.

Der Reichswehrminister sei, so führt Geslers Freund an, sich dessen voll bewußt, daß er selbst die Verant-wortung für die Filmgeschäfte des Kapitän Lohmann zu tragen habe, obwohl er von den geschäftlichen Irrwegen, a-die der Kapitän mit seinen Filmunternehmungen sich ge-folgt habe, keine Ahnung hatte. Gesler habe die Partei für die in voller Offenheit informiert, aber er wolle nicht vor d-Reichstag zu hintertreten, daß er seinen Untergebenen mit d-ganzen Schuld belaste. Das sei seine Art nicht. Sein Rück-tritt werde die parlamentarische Erledigung dieser fatalen Angele-genheit erleichtern; denn sein Nachfolger könne sagen, was selbst nicht hätte sagen können: nämlich, daß die Minister ungenügend und unrichtig informiert worden ist, und daß ihm daher jede Möglichkeit genommen war, die Filmgeschäfte des Kapitän Lohmann zu verhindern.

Neber die Nachfolge sagt Geslers Freund, daß Gesler selbst der Ansicht sei, das vakante Ministerium müsse definit-berichtet werden. Gesler sei dafür, daß zu seinem Nachfol-ger ein Mann ernannt werde, der auch der Linken genehm sei. Von General Groener meint er, dieser würde nicht nur als ausgezeichnete ministerieller Fachmann alle für d-Leitung des Wehrministeriums erforderlichen Eigenschaften be-sitzen, sondern er würde wahrscheinlich der Linken mehr Vertrauen einflößen als mancher Politiker, der als Nachfolger Geslers ins Auge gefaßt worden sei.

Wenn man Gesler um Rat fragen würde, so schließ-lich der Bericht, wäre es möglich, daß er selbst den General Groener als seinen Nachfolger empfehlen würde. Als letzte Chef der Obersten Seeresleitung habe Groener den Rie-liquidiert und als Verkehrsminister habe er bereits einer Regierung der Republik angehört. An seine loyale verfassungstreue Gesinnung sei nicht zu zweifeln. Allerdings würde seine Ernennung einen Bruch mit der bisherigen Uebung bedeuten, wonach die Chefs der Seeresleitung und der Marineleitung Offiziere sind, denn ein Parlamentarier als Wehrminister über-geordnet ist. Aber auch die Linke werde wohl als Reichs-wehrminister lieber einen General von bewähr-ter verfassungstreue als einen den Rechts-

Im Flug um die Welt

Revue im Zentraltheater.

„Revue“ heißt Heberblick. Und es ist der Ehrgeiz der izeandischen Reviuen; einen Heberblick zu bieten über die Epoche, ihre Ereignisse, ihre Eigenheiten, ihre Vorzüge und ihre Dumm-heiten. Das Vaterland der Revue ist Frankreich, wo man die tiefere Verfassung, die in dem Begriff „Heberblick“ liegt, ebendam und mißachtet auch heute noch dadurch erfüllt, daß man die Zeit und ihre Begebenheiten tatsächlich mit Spirit und Grazie wider-spiegelt, daß man Wit und Satire in die lockere Folge der Bühnen-szenen hineinruft und in der Revue eine Art literarischen Zeit-steriummums schafft. Das naive und kapitalistisch präzise Amerika hat dann die Revue zu einer einfachen Sensationsschau mit unge-heurer Prachtentfaltung umgeformt. Das letzte Moment trat bei den un-literarischen Yankees völlig hinter dem optischen und akustischen zurück. Das Bühnenbild voller Pracht und technischer Ueberrassungen, mit nackten und machinemäßig gedrückten Körpern wurde Hauptache, das wichtige Chançon wurde von Lärm und Tanzmusik verdrängt, kurz: alles Gedankliche ging unter, es blieb über der Augen- und Ohrenschau, der Reizenfolge.

In dieser Form ist die Revue nach Europa zurückgekehrt. Derzeit veramerikanisiert singelt man heute in Paris und Berlin nur ganz selten nach dem die kritisch-juristischen Möglichkeiten dieses Bühnenstils. Hat man schon die Einfälle zur Zeitgenossenschaft, dann hat man nicht den Mut, denn man will es mit keinem Teil des Publikums verzerren. So beschränkt man sich auf Farceaus-faltung schöner Frauen und ihrer Reize, auf harmlose Couplets, die niemand weh tun und auf prunkvolle Verherrlichung tech-nischer Erfindungen, um dem von Klitter und Scheinwerferlicht belebten Bürger zu zeigen, wie herrlich weit wir es ge-bracht haben.

Nun also: eine Revue dieser Art haben wir jetzt auch in Magdeburg. Im Zentraltheater gastiert die Revuegesellschaft Jan-zen-Jacobs und Max Felcini mit großem Aufgebau an Reizstoffen, Dekorationen und Kostümen. Der Zeitgedanke, der den ständigen Wechsel der Bilder und Ereignisse erklärt: wird heute im allgemeinen recht salopp behandelt. Hier, „Im Flug um die Welt“ ist wenigstens ein roter Faden klar erkennbar. Die ganze Sache beginnt in einem Theater mit pilanten Külfen- und Barberbenigenen. Im Bureau des Direktors wird der Geldschrank erbrochen und eine halbe Million gestohlen. Der Täter ist der Brantigam der ersten Sängerin. Von einem De-tekktiv bedroht, flieht der „Millionendieb“, oder doch der halbe Millionendieb. Seine treue Braut reißt ihm nach, ohne Rücksicht auf ihre Engagementverpflichtungen. Der Direktor (schickt den Theaterpächter hinterher. Der wird von seiner Tochter begleitet, die mit dem nachgehenden Detektiv allgemach ein Verabredung-

eingeht. Und Herr Pi, Pa, Po, Zeitungsreporter mit Hutze und Dreckschleuder bewaffnet, eskortiert die Verfolger. So geht die Reise um die ganze Welt, und es wird Gelegenheit geboten, eine Ozeanfahrt, eine Flugreise, Spanien, Amerika und den fernen Osten in Wind, Wed und Tanz vorzuführen. Schließlich erwacht man den Dief, beziehungsweise: er stellt sich selbst, und nun kommt heraus, daß der Diebstahl bloß fingiert war, weil ein Theaterdirektor, dem man eine halbe Million aus dem Kassen-schrank gestohlen kann, unbegrenzten Kredit genießt. Dem hat er inzwischen bekommen, die Karte ist abgewendet, alles ist in föniglicher Ordnung, und die überzogen Paare kriegen sich.

Diese 26 Bilder sind von Hans Pfjanzer und G. Jan-zen-Jacobs erdacht, von letzterem in Szene und Choreo-graphie gesetzt, von H. W. K. K. mit Musik ausgestattet und von 60 Mitwirkenden mehr oder weniger geschickt dargestellt. Zu-nächst wollte nicht alles so glatt gehen, wie es nötig wäre. Man kämpfte mit technischen und nervösen Hemmnissen. Der ganze erste Teil litt unter Unsicherheit. Nach der Pause fand man sich dann zurecht, und es wurde sehr flott und kurzweilig bis zum späten Schluß weiter getrieben. Besonders verdient madten sich der Regisseur Janzen-Jacobs als Tänzer mit einer ebenig-jahönen wie tüchtigen Portierin So Castini. Einige ihrer Tanzszenen wie „Der Narr und die Tänzerin“, „Der Traum“ und „Wenigianisches Nachtbild“ waren technisch und gedanklich recht beachtenswert. Als Hans Dampf in allen Gassen, als Reporter, wie ihn sich der kleine Moritz vorstellt, als Anjager und Couplet-sänger Pi, Pa, Po glänzte Max Felcini mit einigen neuen und mehreren alten Witzten, Chançons und mit einer sehr netten, weil boshaften Szene „Ein Ehebruch“. Als „erste Tänzerin“ in Schein und Sein fungierte Marga Graf mit der Einmü-eines jungen Anariensbogens, so klein und dünn. Da ist die kleine Zige Carljen als Tochter des Portiers und Braut des Detek-tivs viel freischer und sinnlich tüchtiger (sehr nett in den Setz’s „Becken“ und „Ehebruchkampf“).

Ein ausgezeichnete Komiker ist der rundliche Herr mit dem wenig geschmackvollen Künstlernamen „Nachbillerwolf“; aber sein Name stand nur auf dem Programm, auf der Bühne stand ein lustiger, unterwürdigst kluger Mann in allerlei Verkleidungen. Zu präventiv und geschneigelt erschien uns Fred Goebel, der halbe Millionendieb, auch Hans Horsten als Theaterdirektor könnte etwas weniger würdevoll und vornehmer sein. Erwald Wenzl, der den Detektiv spielte, wirkte anfangs blaß, entwickelte sich dann aber mehr und mehr zu einem sehr tüchtigen und witzigen Komödi-anten. Die den Magdeburgern bekannte Ellen Goe de erlitt durch die wirklich itzafische Anachronismen des Kapellmeisters (Hermann Neumann) zunächst einen kleinen Unfall, nachher aber behauptete sie sich tabellos mit ihrer anmutigen Erscheinung und ihrem netten Stimmchen. Manoma Neue führte einen atrotatischen Tanz

vor, und die kühnen Brüder Stüh n zeigten halbschwererische Berche und Balance-Akte voll Kraft und Gewandtheit. Da hätten wir hal-bie Tänzerin Ellen Saint-Clou vermissen, die einige hübsche Tänze beisteuerte. Und dann muß der Guis gedacht werden, der kleinen Ballettessen, die mehr oder weniger, meistens weniger be-fleudet sich in einer Unzahl von Tanz Evolutionen und Pas zurecht-finden mußten und sehr exakt und anmutig arbeiteten.

Nach dem Schlußtableau des ersten Teiles war der anfang-nicht sonderlich feste Kontakt mit dem Publikum gewonnen, un-nachher herrschte dann die frohlichste Stimmung auf und vor d-Bühne. Der Leischlager „Im Flugzeug um die ganze Welt“ mußte am Schlusse so oft wiederholt werden, daß er uns bis heute noch nicht aus den Ohren gekommen ist. — Solche Revue ist wirklic-ganz kurzweilig, diese hier ist mitunter sogar witzig. Nur wenn die guten Leute tiefere Bedeutung loslassen, ernst oder gar pathetisch werden, dann wird dem empfindlicheren Betrachter unbehaglich. Aber das kommt — gottlob — nur sehr selten vor, meistens fann und muß man lachen.

Werner Deibel über Friedrich Nietzsche

Der noch jugendliche und elastiische Philosoph Werner De u-bel nickt im Bürgeraal des Rathhauses einen dichterisch be-schwungenen Vortrag über Friedrich Nietzsche, dessen Philosophie e-in den Grundzügen darzulegen versucht.

Er sieht in Nietzsche den ersten Philosophen, der das Leben über den Geist setzt und stellt ihn als ersten Vitalisten im Gegen-satz zu allen ihm vorangegangenen Denkern, besonders zu Des-fartes, dessen Erkenntnis in dem Sage gibfelt: Ich denke, also bin ich. Der Gott, dem Nietzsche huldigt, ist der Gott des Lebens. Er nennt ihn Dionysos. In seinem Namen proklamiert er schöpfe-rische Eigenart, Fülle des Seelenreichtums, Abel der Schönheit der Pracht der Phantasie und quellende Seele. Das Gegenteil dieser Lebens-eigenschaften verachtet Nietzsche. Er hat in diesem Sinn Krieg geführt und nicht geträumt. Mit flamender Fackel be-leuchtet er die Kultur des 19. Jahrhunderts, die in der Ratio-nalität, sozialisierenden und mechanisierenden Tendenzen, imper-ialistischer Machtpolitik und christlicher Weltanschauung ihrer Ausdrack fand, und mit der Schale Speare und Goethe (am nu-ein paar Namen von vielen zu nennen) keineswegs harmonieren könnten. Was Goethe anbetrifft, so sei er fälschlicherweise er-kannt von dem 19. Jahrhundert zum Idealisten gestempelt worden. Einem Beispiel machte der Vortragende dann die Entstehung von Ethikswerten und Idealen klar und beleuchtete sie vom allge-mein menschlichen und vom Nietzsche’schen Standpunkt. Nietzsche reißt dem Menschen die stilkche Masse vom Gesicht. Verblüfft daß er, der so an den Feinstern der gesellschaftlichen Ordnung rüttelte, bei der ganzen zivilisierten Welt auf Ueberr und Wer-

partei entnommen oder ihnen nahestehenden Politiker sehen. —

Der mißliebige General Hege

In dieser Geßler-Krise wird von der Rechtspresse immer wieder der Name des Generals Hege, des Nachfolgers von Seest, in die Debatte geworfen, und zwar in Form ungewöhnlich scharfer Angriffe. General Hege wird „linker Tendenzen“ verdächtigt. Zum Beispiel wird ihm sehr verübelt, daß er in Stettin einen Reichswehr-Letnandt Knall und Fall entlassen hat, weil dieser in der Neujahrsnacht ein Kaiserhoch ausbrachte. Ganz allgemein wird General Hege vorgeworfen, daß er Vertrauen zur Wehrmacht nicht nur in den Kreisen der Rechtsparteien suche.

Die „Kreuzzeitung“ warf General Hege vor, er „konspiriere mit der Linken“, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wiederholt diesen Vorwurf, wenn auch in vorsichtigerer Form:

Man kann sich in den letzten Monaten des Eindrucks nicht erwehren, daß in den hohen Befehlsstellen jene planmäßige Hege gegen die Reichswehr eine Beachtung gefunden hat, die sie nie und nimmer verdient, daß man dort dem verhängnisvollen Irrtum lebt, es sei möglich, dieser Hege durch Konzessionen und Nachgeben zu begegnen. Sollte dieser Eindruck richtig sein, so würde man einen sehr schweren politischen und psychologischen Fehler verfehlen haben.

Wir wissen nicht, inwieweit der „Verdacht“ begründet ist, der Befehlshaber der Reichswehr beabsichtige, zwischen der Wehrmacht der Republik und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein besseres Verhältnis herbeizuführen. Daß aber ein General, weil ihm diese Absicht zugeschrieben wird, zum Gegenstand öffentlicher Angriffe gemacht wird, das ist das Bezeichnende! Es zeigt, wessen wir uns zu gewärtigen haben, wenn die Frage der Befehlung des Reichswehrministeriums im Sinne der Rechte entschieden wird! —

Wohnungs- und Siedlungswesen

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Montag mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen.

Hg. Lipinski (Soz.) begründet einen Antrag auf Vorlegung eines Wohnungsbauprogramms mit dem Ziel, spätestens in 10 Jahren den alten und neuen Wohnungsbedarf zu decken. 300 000 Wohnungen seien jährlich in den nächsten Jahrzehnten zu bauen. Die Erhöhung der alten Mietsen sei in der Denkschrift des Ministers bedauerlicherweise nur vorläufig abgelehnt. Für Mädchenpensionate und Kirchenbauten würden ausländische Anleihen genehmigt, nicht so für den Wohnungsbau. Ebenso sei die Beschaffung der Mittel für den Wohnungsbau im Inland stark erschwert.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, es sei unmöglich, einen festen Plan für mehrere Jahre bis ins einzelne aufzustellen, weil niemand die Entwicklung des Kapitalmarktes voraussehen könne. In der Auslandsanleihefrage stehe er nicht auf dem Standpunkt des Reichsbankpräsidenten. Das Reichsarbeitsministerium werde in seinen Bemühungen fortfahren, ausländische Kredite für den Wohnungsbau zu beschaffen. Die Wohnungsbaufrage des Reichs werde bereits mit Preußen besprochen.

Ministerialrat Bötzow vom Reichsarbeitsministerium teilt auf Anfrage mit, daß für die Verteilung der Mittel zur Siedlungs- und Siedlungswesen bereits Richtlinien entworfen seien; bezüglich auch für die Dauererbtzweckmäßigkeit an Landarbeiter-Siedlungen. Von den beiden Plänen in Höhe von je 50 Millionen seien 77 Millionen bereits ausgegeben und zwar Ankaufskredite für kapitalschwache Siedler im Betrag von einer halben Million. Außerdem seien zum Erwerb von billigen Baustoffen Siedlungsvorschläge gegeben worden.

Ein Antrag Schmidt (Cöpenick, Soz.), den Beitrag, der für eine Vermittlungs- und Beratungsstelle für Anwärter auf das landwirtschaftliche Siedlungswesen in den dünnbesiedelten Gebieten ausgeworfen ist, auch „zu den Einrichtungen für Beratungen der Landarbeiter bei Durchführung des Siedlungswesens und der Landarbeiter-Eigenheimbildung“ zu verbinden, wurde angenommen. Ebenso wurde einer Anregung der Frau Hg. Bohm-Schuch (Soz.) entsprochen, wonach von dem außerordentlichen Etat für das Wohnungs- und Siedlungswesen geforderten 15 Millionen für die Wohnungsfürsorge der Kriegsgeschädigten statt 3 Millionen ein Betrag „bis zu 5 Millionen“ abgezweigt werden soll.

achtung stieß. Man versuchte ihn einfach zu erledigen, indem man darauf hinwies, daß er verrückt geworden sei.

Im folgenden ging dann der Vortragende auf die Fragen ein, ob wir ohne Gesellschaftsideale leben können und ob die Demaskierung der Gesellschaftsideale Anarchie sei. Er entschied diese Fragen im Sinne Niesches, und wie nicht anders zu erwarten, zu dessen Vorteil. Die Schlusssätze des Vortragenden klangen darin aus, daß wir durch Niesche zu Hölderlin und Goethe und damit zu der philosophischen Romantik zurückfinden möchten. Der Weg, den wir augenblicklich gehen, führe zum Amerikanismus und zur Lebensdüre. Verschiedene Anzeichen sprechen nach der Meinung Deubels dafür, daß wir über kurz oder lang das 19. Jahrhundert überwinden werden und den christlichen Weg gehen. Unsere Zeit sei die Zeit der großen Entscheidungen. Bei uns liege es, ob wir uns zum Tod oder zum Leben, zum Geißt odger zur Seele bekennen wollen. G. P.

Zum Tode Thomas Hardys

Der große englische Romandichter, Thomas Hardy, der letzte Überlebende aus dem viktorianischen Zeitalter, ist am Mittwoch den 11. Januar in seinem kleinen Hause der Grafschaft Dorset im Alter von 88 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Trotzdem sein Gesundheitszustand und sein hohes Alter schon seit einiger Zeit das baldige Ende voraussehen ließen, wird der Tod dieses großen Dichters, der in so bitterer und düsterer Weise und doch so bewundernswürdig das Milieu der Provinzgesellschaft in Westland zu schildern verstand, von allen seinen Freunden lebhaft beklaut.

Thomas Hardy wurde am 2. Juni 1840 in der englischen Grafschaft Dorsetshire geboren. Mit 17 Jahren trat er bei einem Architekten in die Lehre. Aber schon früh zeigte er eine starke Neigung zur Literatur und so wurde er Schriftsteller. Seine ersten Arbeiten erschienen im Jahre 1871. Am liebsten war ihm das ländliche Milieu seiner Provinzheimat, und dort spielen auch die meisten seiner später so berühmt gewordenen Romane. Eine Reihe seiner Werke wurden in verschiedenen Sprachen, darunter auch in die deutsche, übersetzt und in weite Kreise gelesen.

Wie eine große Anzahl englischer Schriftsteller so wandte sich auch Thomas Hardy dem Sozialismus zu, dessen Einwirkung aus allen seinen Schriften stark hervorgeht. Wie Bernard Shaw, wie H. G. Wells, wie R. Jerome und Galsworthy so war auch Thomas Hardy ein begeisterter Kritiker der englischen Arbeiterpartei. Mit Macdonald unterhielt er eine innige Freundschaft. Annie Macdonald hat ein Buch über seine Bedeutung geschrieben. Der Sozialismus kann mit Recht stolz sein auf das Werk dieses großen Toten. Er hat sein Unleben selbst in der Arbeitergeschichte der Menschheit bewahrt.

Die Weltrevolution marschiert

Nach Sibirien!

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ in Moskau meldet über die Maßnahmen der russischen Regierung gegen die Opposition am Montag u. a. folgendes:

„Seit Donnerstag abend steht fest, daß Trozki auf Grund des Artikels 58 (Konterrevolution) des Sowjetstrafgesetzes nach Wjering an der chinesisch-turkistanischen Grenze verhaftet werden wird. Er muß am Montag abends abreisen. Katorowki wird auf Grund desselben Paragraphen nach Astrachan verbannt. Kadef, Prowbraßenski und andre werden Sonntag in den Bezirk Ural der Staatspolizei fahren, wo ihnen ihre weitere Bestimmung, die ebenfalls geändert scheint, mitgeteilt werden soll. Sjerebriakow, der dank seiner Amerikareise und seiner großartigen Tätigkeit für die Sowjetpetroleumindustrie bekanntgeworden ist, wurde bereits nach Semipalalinsk abtransportiert. Kamenew wird sich in Penza niederlassen müssen, Sinowjew in Lamhow. Beide Orte liegen im europäischen Rußland, verhältnismäßig nahe zu Moskau. Gegen fünfzig Oppositionelle sind schon Anfang vergangener Woche verhaftet worden, unmittelbar unter Anwendung des § 58, so Smilga nach Mariem (Nordibirien), Sapronow in eine ähnliche „Verbannungsgegend“.

Ebenso haben in der Provinz zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Die endgültige Festsetzung der Behandlung der einzelnen hervorragenden Kommunisten hat sich verzögert, weil ihre Verbannung ursprünglich in Form von „Anweisung von Arbeit“ seitens der Partei erfolgte, wobei über Art dieser Arbeit Näheres nicht mitgeteilt wurde. Dagegen remonstrierten sie. Ihre Taktik war, Klarstellung des wahren Charakters ihrer Behandlung zu erzwingen. Sie stellten Bedingungen, unter denen sie gutwillig Moskau verlassen würden. Das Zentralkomitee

antwortete durch die G. P. U. (Staatspolizei), indem es zum Teil Verschärfungen der ursprünglichen Befehle vornahm. Dies ist deutlich im Falle Trozki, der nun in einen äußerst entlegenen Teil des asiatischen Sowjetrußlands verbannt worden ist, wenn auch in eine viel gesündere Gegend als Astrachan, wohin nun Katorowki gehen soll.

So sind nun auch die Prominenten der Opposition sämtlich auf Grund des Artikels 58 durch die Staatspolizei und nicht mehr auf Grund einer Verurteilung mit einer Aufgabe durch das Zentralkomitee der Partei verhaftet worden und haben ihre Unterschriften unter die in solchen Fällen üblichen Empfangsquittungen über die Verfügungen der G. P. U. gesetzt. Trozki hatte sich jedoch geweigert, zu diesem Zwecke im Amtsgebäude der G. P. U. zu erscheinen, und unterzeichnete zu Hause.

Eine Ausnahme dürften Sinowjew und Kamenew machen, die nach ihrem Ausschluß ihre vollkommene Unterwerfung erklärten und den Kontakt mit der Parteileitung nicht verloren zu haben scheinen. Ihre Urteile sind denn auch gemildert worden.

Obgleich die ersten Orders schon 10 Tage zurückliegen, wird in den Zeitungen noch strenges Stillschweigen über diese letzte Phase des Kampfes zwischen Opposition und Mehrheit geübt und alle Entscheidungen gegen sie sind offenbar in einem engen Kreise gefaßt worden.

Auch die außerrussischen Zeitungen der Moskauer roten Zaren nehmen nur notgedrungen Notiz von den Meldungen über die neueste „Phase der Weltrevolution“, den Marsch der Sieger vom 10. Oktober 1917 nach Sibirien. Die Berliner „Köte Jahne“ z. B. begnügt sich mit der Wiedergabe der Meldungen des „Berliner Tageblattes“ und in einem verlegenen Kommentar wird die Verbannung der Opposition begrüßt, denn für die Oppositionellen im heiligen Rußland sei „keine Maßnahme zu hart“.

Nach Erledigung des Haushalts des Rechnungshofes und des Reichsparlamentars vertrat sich der Ausschuss auf Dienstag vormittag.

Entscheidung bei den Landesbehörden

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen, der sich am Montag mit dem von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes beschäftigte, führte der Vertreter der Regierung u. a. aus, daß das Reichsmietengesetz in Kraft bleiben müsse, bis das Angebot an Räumen der Nachfrage entspricht. Diese Voraussetzungen würden für die einzelnen Arten von Räumen und in den einzelnen Teilen des Reiches zu verschiedener Zeit eintreten.

Die Reichsregierung hatte bisher ständig die Auffassung vertreten, daß die Entscheidung, ob diese Voraussetzungen gegeben sind, grundsätzlich den obersten Landesbehörden zu überlassen sei. In dem bisherigen Standpunkt müsse die Reichsregierung festhalten. Auch für die Zukunft würden die Landesbehörden die Entscheidung darüber treffen, ob und wieweit bestimmte Arten von Räumen von der Vorschrift des Reichsmietengesetzes angenommen werden können.

Gemeinames Strafrecht

Vom Sonnabend bis Montag tagte in Berlin die Vertretung des Strafgesetzausschusses des österreichischen und des deutschen Parlaments. Die Erörterungen über die Todesstrafe wurden vorläufig zurückgestellt. Zuvor erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Kemner (Wien), daß Oesterreich an der Abschaffung der Todesstrafe festhalte.

Im Verlauf der Debatte über den bedingten Straferlass wünschte der sozialdemokratische Abgeordnete Eisler (Wien), daß der vom österreichischen Strafgesetzausschuß gefaßte Beschluß, dem Verstoß das Recht des Straferlasses bei Strafe bis zu 1 Jahr zu geben, von Deutschland übernommen werde. Der deutsche Rechtsausschuß hat den bedingten Straferlass auf Strafe bis zu 6 Monaten beschränkt.

Mit allen Stimmen gegen die Deutschenationalen wurde beschlossen, das

deutsche Gesetz dem österreichischen anzupassen.

Ebenso wurde gemäß einem Beschluß des österreichischen Ausschusses beschlossen, die Mindeststrafe für die Verwahrung nicht auf 2 Jahre zu bemessen, wie in Deutschland beschlossen war, sondern auf 1 Jahr. Dagegen wurde gegen die Stimmen der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten beschlossen, abweichend von einem milderen österreichischen Beschluß, dem Gericht die Möglichkeit zu geben, die Probezeit nachträglich bis auf insgesamt 5 Jahre zu verlängern.

In bezug auf die

Sicherungsverwahrung

hatte der deutsche Ausschuss beschlossen, diese Maßregel bei Jugendlichen unter 21 Jahren nicht stattfinden zu lassen. Auf Antrag des Abgeordneten Rosenfeld (Soz.) wurde beschlossen, die österreichische Regelung der bei jenen deutschen Regelung anzupassen.

Die Reichsverweisung

gegen Ausländer, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, waren nach deutschem Beschluß in das Gemeinrecht des Gerichts gestellt, während nach dem österreichischen Beschluß die Ausweisung automatisch zu erfolgen hat. Die Sozialdemokraten beantragten die Hebernahme des deutschen Beschlusses auf beide Länder, da die zwangsläufige Verweisung der Ausweisung in vielen Fällen eine große Härte bedeuten würde. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten abgelehnt.

In der Frage der

Verwahrung

wurde der vom deutschen Ausschuss gefaßte Beschluß, die Verwahrungsdauer bei Verbrechen, die mit Todesstrafe oder mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, auf 30 Jahre heraufzusetzen statt auf 20 Jahre wie in Oesterreich beschlossen war, gegen die Stimmen unserer Genossen aufrechterhalten.

Ein besonders lebhafter Kampf entbrannte um die Frage, ob ein Rechtsanwält, der zu einer Gefängnisstrafe von mindestens 1 Jahr verurteilt worden ist, vom Gericht nach freiem Ermessen auch das Recht zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft soll aberkannt werden können.

Abgeordneter Rosenfeld (Soz.) beantragte Streichung dieser Bestimmung. Im gleichen Sinne sprachen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Eisler (Wien), Kemner (Wien) und Saenger (München), indem sie insbesondere darauf hinwiesen, daß die Rechtsanwält der

Ehrengerichtsbarkeit

ihres Landes unterländen und die Ehrengerichte schon darüber wachen, daß die Anwaltschaft von wirklich unwürdigen Elementen gereinigt würde. Die christlichsozialen Vertreter aus Oesterreich

und die deutschnationalen Vertreter Deutschlands traten dagegen für die Bestimmung ein. Von den Vertretern der bürgerlichen Parteien äußerte nur der Vorsitzende, Abgeordneter Kahl, seine Sympathie für den sozialdemokratischen Antrag. Er hat aber, die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen. Der Ausschuss beschloß so, um der Unvollständigkeit Gelegenheit zu geben, auf dieser Frage Stellung zu nehmen.

Bis auf die Frage der

Gewohnheitsverbrechen

war von sozialdemokratischer Seite eine Verschärfung der Voraussetzungen für die Verhängung der für Gewohnheitsverbrechen vorgesehenen Strafen dahin beantragt worden, daß diese nicht schon nach zweimaligen Vorstrafen, sondern erst nach fünfmaligen Vorstrafen verhängt werden dürfen. Dieser Antrag stieß aber auf den geschlossenen Widerspruch aller Vertreter der bürgerlichen Parteien beider Parlamente. Es verblieb daher bei den früheren Beschlüssen.

Am Schluß der Tagung wurde beschlossen, die nächste Sitzung gemäß einer Einladung der sächsischen Regierung im März in Dresden stattfinden zu lassen.

Notizen

Der nationalistische Raubmörder. Der zweite Strafprozeß des Reichsgerichts beschäftigte sich am Montag mit der Revision des Kaufmanns Alois Klein, der vom Schwurgericht in Opatowitz am 12. Oktober 1917 wegen Raubmordes zum Tode verurteilt wurde. Klein war Mitglied der geheimen Selbstschutzhorganisation in Oberschlesien und hatte mit anderen im September 1921 zwei jüdische Kaufleute ermordet und beraubt. Die Leichen hatten sie dann in einem Waldchen verscharrt, wo sie im Februar 1922 gefunden wurden. Das Gericht verwurft die Revision und bestätigte das Urteil der Vorinstanz.

Jungdeutscher Orden und Deutschnationale. Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hartwig und Häfker sind aus dem Jungdeutschen Orden ausgetreten. Die Zeitung des Ordens begrüßt diesen Schritt als folgerichtig und der Haltung dienend.

Spionageprozeß gegen einen Deutschen. Aus London wird gemeldet: Hier begann in einem überfüllten Gerichtssaal ein Spionageprozeß gegen den 33jährigen deutschen Studenten Otto Hanzen, der mit dem Engländer Cartney angeklagt wird, im Auftrage und Golde der Sowjetregierung Informationen zu erlangen, die bei Auslieferung an eine fremde Macht die Sicherheit des Landes bedrohen könnte. Der Staatsanwalt kündigte an, daß im Interesse des Staates die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden würde.

Error in Peking. In Peking wurden am Montag der chinesische Professor Jen Han und ein Student öffentlich hingerichtet. Beide waren der kommunistischen Betätigung beschuldigt. Vor der Hinrichtung wurden sie durch die Stadt geführt und der Menschenmenge zur „Beschredung“ gezeigt.

Der litauische Oberkommandierende entlassen. Nach Meldungen aus Romoos wurde am Montag der litauische Oberkommandierende, General Jutauskas durch Dekret des Präsidenten Smetona seines Amtes enthoben. Wie mitgeteilt wird, steht diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem Versuch des Obersten Petrutis im Dezember 1927, den Präsidenten zur Schaffung einer Koalitionsregierung zu zwingen, wobei General Jutauskas sich ebenfalls stark engagiert hatte.

Barter Gilbert in Paris. Der Reparationsagent Barter Gilbert hatte am Sonnabend eine längere Konferenz mit der Reparationskommission, wobei die in seinem Jahresbericht enthaltenen Schlussfolgerungen und insbesondere die Frage der endgültigen Festsetzung der deutschen Schuld erörtert wurde. Die einzelnen Delegationen sollen ihren Regierungen über diese Aussprache Bericht erstatten. Nach dem Versailler Vertrag steht das Recht einer Herabsetzung der deutschen Schuld nicht der Reparationskommission selbst zu, sondern nur den darin vertretenen Regierungen.

Depeschen

Ausschließung der Gewerkschaftsinternationale
Wb. Berlin, 17. Januar. Im Anschluß an die gestrige Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Weltrecht) siehe unter „Gewerkschaftsinternationale“, trat heute vormittag 10 Uhr der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus zusammen. Der Ausschuss beschäftigte sich mit organisatorischen Fragen und mit der Stellung des Bundes zum Internationalen Arbeitsamt. Ueber die Tagung wird heute abend ein offizieller Bericht herausgegeben werden.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Vorgezeichnete Weißstickereimuster

auf prima Linon

Decken, 35x35 Stück	0.40	Decken, 100x100 Stück	2.75	Decken, 130x130 Stück	5.25 4.25
Decken, 40x40 Stück	0.50	Handtücher Stück	1.95 1.45	Waschtisch-Garnituren	5 teilig . . 1.65 1.10
Decken, 80x80 Stück	1.35 1.75	Kaffeemützen Stück	0.95	2 teilig . . 1.95 1.85	

Vorgezeichnete Weißstickereimuster

auf prima Halbleinen

Decken 40x40 Stück	0.95	Decken 100x100 ... St	5.75	Paradehandtücher . Stück	2.45
Decken 60x60 Stück	2.45	Decken 130x130 ... St	7.25	Teemützen Stück	1.25
Decken 80x80 Stück	3.75	Decken 140x170 .. St	13.50	Kaffeemützen Stück	1.95

Vorgezeichnete Kreuzstichmuster

auf prima Halbleinen

Deckenkaros, Stück 0.40	0.24	Decken, 100x100 Stück	2.95	Decken, 130x160 Stück	7.75
Decken, 80x80 Stück	2.45 3.25	Decken, 130x130 Stück	5.25	Decken, 140x170 Stück	8.75
Kissen, Stück 1.75	1.25	Decken, 160x160 Stück	8.75	Decken 160x200 St.	11.50

Vorgezeichnete Küchengarnituren

in niedriger Preislage

Hemdentuch, 4teilig, Handtuch, Tischdecke, Wandschoner, Leitungsschoner	4.50
Rohnessel, 6teilig, Besenbehang, Handtuch, Tischdecke, Wandschoner, Leitungsschoner, Topflappentasche — nur rot besetzt	5.50

Vorgezeichnete Küchengarnituren

aus besten Stoffen

weiß Hauttuch, 7 teilig, rot besetzt, Plattstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, 2 Decken, Topflappentasche, Leitungsschoner	11.50
grau Fischerhalbleinen, 6 teilig, blau besetzt, Kreuzstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, Decke, Topflappentasche, Leitungsschoner	14.50
grau Halbleinen, 5 teilig, blau oder rot gepaspelt, Kreuzstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, 2 Decken	16.50
weiß Halbleinen, 7 teilig, rot besetzt, Kreuzstich- und Plattstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, 2 Decken, Topflappentasche Leitungsschoner	16.50
grau Schilfstoff, 8 teilig, rote Blenden, Plattstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, Decke, 2 ovale Decken, Topflappentasche, Leitungsschoner	18.50
weiß, Halbleinen, 8 teilig, blau behäkelt, Plattstichmuster, Besenbehang, Handtuch, Wandschoner, Decken, 2 ovale Decken, Topflappentasche, Leitungsschoner	24.50

Ab Mittwoch SONDERVERKAUF vorgezeichneter HANDARBEITEN

zu auffallend
niedrigen
Extrapreisen
1. STOCK

D.M.C.-STICKGARN
D.M.C.-STICKTWIST
D.M.C.-PERLGARN

BARASCH

MITTWOCH
DONNERSTAG
FREITAG
SONNABEND

MASSEN- VERKAUF in KURZWAREN

ZU

EXTRA- PREISEN

BARASCH

Stahlstecknadeln 2, Brief	Fehlerfreie Haubennetze doppelte 6 Stück 48, einfache 6 Stück 38	Nahtband weiß 10-Meter-Rolle 15
Stahlstecknadeln 14, 50-Gr.-Blechdose	Fehlerfreie Stirnnetze einfache 6 Stück 48	Leinen-Rollokordel weiß, 20-m-St. 75, 7-Mtr-Stück 32 24
Sphärische Stahlstecknadeln 50 100 250 500 Gramm 40 75 1.75 5.40	Knopfloch-Gummiband schwarz . . Meter 12	Starke Schnürsenkel in 90, 95, 100 cm Länge 5 Paar 24 18
Aachener Nähadeln 25 Nadeln, auf Stoff gesteckt 5, WeißschildBrief 3	Rüschenband Abschnitte, für 1 Paar 75 48 38 24	Halbschuh-senkel 70 cm 18, 3 Paar 24 18
Stopfnadeln sortierte Größen, 8, Brief=10 Nadeln 8	Strumpf-Gummiband glatt, Kunstseide Meter 28	Grau Sacknäzwirnen Docke 25 g . . 16
Feine Stahl-Sicherheitsnadeln sort. Größ. 56 Nadeln auf Ring 16	Strumpf-Gummiband Baumwolle Meter 24	Heftgarn Spule 50 g 32
Hosenknöpfe kleine 12, Gros	Kinder-Strumpfhalter zugfest Gummibd. Paar 65 55 45 28	Billiges Obergarn 4fach 1000-m-Rolle 48
Hosen- und Westenschnallen Gros Paket 1.00 Dutzend . . Paket 10	Damen-Strumpfhalter Kunstseide Paar 90 80 70 48	Messing-Druckknöpfe nur schwarz 3 Dutzend 4
Hosen, Haken und Augen Gros 1.00 Dutzend 10	Herren-Sockenhalter zugfestes Gummiband P. 1.10 95 75 48	Weißes Wäschelangetten prima Ausführungen 5 Meter 42 32 24
Eisengarn-Hosenstoff, schwarz und farbig Meter 10 und 5	Hosenträger-Gummistrippen Kunsts. . . 3 Stück 24	Farbige Wäschebesätze f. Nachthemden 2 Meter 6 4 2
Perlmutterknöpfe sort. Größen 6-Dtzt.-Mappe 48	Baumwollband weiß 17 mm br. 2 1/2 Meter 11, 15 mm breit 2 Meter 6	Bunte Schürzen u. Kittelbesätze Meter 8, 6, 4
Wäscheknöpfe mit versilb. Oese 8 Dtzd. 12 11 10 9 8	Goldfaden 3/4 Leinenband, weiß mm br. 18 16 14 12 11 10 7 5 5 m-Stück 38 32 28 26 24 22 18 15	Stopftwist viele Farben 6 Knäuel zu 5 g 24
Reißbrettstifte undurchdrückbar . . Gros 15	Farbig Jakonettband alle Farben 5-Mtr-Stück 20 18 12	Ackermanns Stopftwist ca 60 Farben 4 Knäuel zu 5 g 24

Kalende für 1928

Neue-Welt-Kalender nur 80
100 Seiten (stark, 58 Bilder im Text, 1 Karte)
— betriebe (Ebertbild), 1 Wandkalender —

Kunstkalender

Deutscher Werkkalender	Wrt. 2.50
Kalender der Schönheit	Wrt. 3.50
Das lachende Jahr	Wrt. 2.80
Deutscher Städte-Kalender	Wrt. 4.30
Deutscher Städte-Kalender	Wrt. 3.80
Deutsche Burgen und Schlösser	Wrt. 3.80
Wein Bayernland	Wrt. 3.80
Sport- und Körperkultur	Wrt. 2.40
Greifen-Kalender	Wrt. 3.00
Das technische Jahr	Wrt. 2.40
Rosmos-Kalender	Wrt. 2.50
Kunst und Leben	Wrt. 3.00
Frauen-Schau, Frauen-Leben	Wrt. 3.00
Sehenswürdigkeiten-Kalender	Wrt. 2.00
Deutscher Kalender	Wrt. 2.50
Bayern-Kalender	Wrt. 2.50
Wien-Kalender	Wrt. 2.50
Kalender der eleganten Dame	Wrt. 2.50
Volte-Gezellig-Kalender	Wrt. 3.50
Adwig-Nichter-Kalender	Wrt. 2.50

Buchkalender

Kuerbachs Deutscher Kinder-Kalender	Wrt. 2.00
Goethe-Kalender	Wrt. 3.00
Heimat-Kalender 1928 für Stadt und Land	Wrt. 0.80
Republikanisch-Volkskalender Münchener Fliegenblätter-Kalender	Wrt. 1.00
Weidingers Kinder-Kalender 1928	Wrt. 2.00
Dintel Antons Kind-Kalender	Wrt. 1.20
Sünderland-Kalender	Wrt. 1.50

Abreißkalender

Blumen-Schmidt-Kalender	Wrt. 0.70
Naturarzt-Kalender	Wrt. 0.70
Abreiß-Kalender von Wrt. 0.45 und 1.00	
Wochenabreißkalender von Wrt. 0.55 und 1.20	

Taschenkalender

Taschenbuch der Arbeit	Wrt. 0.70
Taschenkalender der Arbeiterjugend	Wrt. 0.60
Rosmos-Taschenkalender	Wrt. 1.00
Wandkalender-Taschenkalender	Wrt. 2.00

Sozialdemokrat. Abreißkalender

reich illustriert nur Wrt. 2.00

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg

Möbel

müssen Sie
jetzt kaufen.

Sir bieten Ihnen günstigste Preise bei guten Qualitäten.

Jürgens & Co.

Krenzgangstraße, altes Zeughaus, Eingang Dampfag.
Weitestgehende Zahlungserleichterung.

Bettenhaus Lorenz

Goethestraße 37
Extra-Angebot in neuen fertigen Federnbetten. Bei guter und haltbarer Qualität. Brautbetten: in Julett und mit weißen Gazebecken und Daunengefüll 75 — 85 — 95 — 105 — 115 — 125 — 135 — 145 — 155 — 165 — 175 — 185 — 195 — 205 — 215 — 225 — 235 — 245 — 255 — 265 — 275 — 285 — 295 — 305 — 315 — 325 — 335 — 345 — 355 — 365 — 375 — 385 — 395 — 405 — 415 — 425 — 435 — 445 — 455 — 465 — 475 — 485 — 495 — 505 — 515 — 525 — 535 — 545 — 555 — 565 — 575 — 585 — 595 — 605 — 615 — 625 — 635 — 645 — 655 — 665 — 675 — 685 — 695 — 705 — 715 — 725 — 735 — 745 — 755 — 765 — 775 — 785 — 795 — 805 — 815 — 825 — 835 — 845 — 855 — 865 — 875 — 885 — 895 — 905 — 915 — 925 — 935 — 945 — 955 — 965 — 975 — 985 — 995

Gute Sohlen

liefert

Zabels

Beschlänstalt

Katzensprung 12

(Ecke Buttergasse u. Schwertfegerstr.)
Telephon 1756 Telephon 1766
Alle Arten Schuhe werden neu aufgefärbt.

Magdeburger Angelegenheiten

Wieviel bist du wert?

In jedem Menschen, und selbst im allerschlechtesten Proletarier steckt ein gewisses Kapital. Die Geburt, die Ernährung und Pflege, die Kleidung, die Ausbildung, das alles kostete Geld, und wenn das alles auch noch so einfach war.

Dieses Kapitel zur Aufzucht der Menschen spielt auch in den kommunalen Finanzen eine Rolle, da ja die Gemeinden in vielen Fällen die Aufzucht der Kinder durchzuführen haben, und da hat Dr. Schweers, ein Abteilungsleiter im Berliner Hauptgesundheitsamt, auf Grund der Nichtzahlen des Berliner Jugendamts festgestellt, daß die Aufzucht eines Kindes in Berlin bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres in Familienpflege (einschließlich Wochenfürsorge, Kosten der Volksschule und den heutigen Sähen entsprechender Verzinsung des Kapitals, doch ausschließlich der Krankheiten) einen Betrag von rund 11 800 Mark erfordert.

Mit Recht weist Dr. Schweers darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Zahlenspielerlei handelt, sondern um einen Betrag, der tatsächlich aus öffentlichen Mitteln verwandt wurde. „In einem 15jährigen Kinde steckt also ein einwandfrei nachweisbarer real investierter Kapitalwert von rund 12 000 Mark.“

Und diesen Betrag, der in jedem Kinde steckt, setzen die wirtschaftlichen Verhältnisse von heute zugleich mit dem Leben so oft aufs Spiel, indem sie die Gesundheit gefährden, die volle Ausnutzung der Arbeitskraft hindern und durch Seuchen und andre Leiden oft einen frühzeitigen Tod herbeiführen.

Dieser Betrag von 11 800 Mark stimmt ziemlich überein mit dem Betrag von 11 200 Mark, der für 15jährige Kinder in amerikanischen Entschädigungsprozessen festgestellt worden ist, und darum können wir vielleicht auch den andern Zahlen glauben schenken, die diese Prozesse festgelegt haben.

Danach waren wir mit 5 Jahren schon 8000 Mark wert. Mit 10 Jahren fliegen wir bereits auf einen Wert von 10 000 Mark. Am wertvollsten wurde unser Leben natürlich später in den Jahren der Arbeitsfähigkeit. Da nennen diese amerikanischen Zahlen dann für den 20jährigen Menschen einen Wert von 15 200 Mark, der mit dem 30. Lebensjahr auf das Doppelte, nämlich auf 30 400 steigt. Dann aber geht es wieder abwärts. Mit 40 Jahren sind wir nur 24 000 Mark wert, mit 50 Jahren 19 800 Mark, mit 60 Jahren 16 000 Mark und mit 70 Jahren ist unser Wert auf nur 4000 Mark gesunken.

Bezeichnend ist in dieser Zahlenfolge der schnelle Abstieg schon nach dem 30. Lebensjahr. So paßt das soziale Leben des Kapitalismus den Menschen! Verbraucht, wenn er eigentlich erst in den besten Jahren ist! Der „Anfuch im Leben des Arbeiters“, der da in den graphischen Kurven der wissenschaftlichen Untersuchungen über die Arbeitsfähigkeit mit dem 40. Jahre einsetzt, ist auch den Gerichten bekannt. Wieviel bist du wert? Die Tabelle, die es die zeigt, spricht mehr als ein paar trodene Zahlen!

Lebensmittel-Hygiene

Dem alten Nahrungsmittelgesetz vom Jahre 1879 ist kürzlich das deutsche Lebensmittelgesetz gefolgt, das sich auf die Hygiene aller Stoffe bezieht, die „in unverändertem oder zubereitetem Zustand von Menschen gegessen oder getrunken werden, soweit sie nicht überwiegend zur Verfertigung, Vindingung oder Verhütung von Krankheiten bestimmt sind“. Diese Lebensmittel dürfen unter andern auch nicht so verpackt werden, daß ihr Genuß die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist.

Gegen dieses Verbot verheißt man sich aber dennoch in Lebensmittelgeschäften noch oft, indem man das Einschlagpapier mit den typischen Belieben in Finger vom Papierbrot abhebt. Man ist sich der Unappetitlichkeit wie der Gefahren dieses Verhaltens gewiß nicht bewußt. Wie wenig man sich dessen überhaupt bewußt ist, zeigt das Verhalten des Publikums, das dieses Verbot des Papiers meist ruhig ansieht, ohne sich darüber Gedanken zu machen.

In Wartehallen, Straßenbahnwagen, Eisenbahnabteilen und dergleichen wird das Ausstreuen auf den Boden verboten, aber den Speichel auf das Einschlagpapier für Lebensmittel, den nimmt man hin.

Es scheint, als wenn wir in Deutschland dem hygienischen Problem des Verpackens der Lebensmittel zuwenig Aufmerksamkeit schenken. Denn zur Verpackung gehört nicht nur die Tätigkeit des Verpackens im Laden. Das Papier, der Karton, die Tüten haben schon eine Vorgeschichte, und da werden Tüten zum Beispiel in Anstalten für Geistesranke hergestellt, und zwar, wie wissenschaftlich festgestellt wurde, ohne die hygienischen Notwendigkeiten in so vielen Fällen.

In Amerika ist es in dieser Beziehung besser als bei uns. Da ist es seit Jahrzehnten eine der Aufgaben der organisierten Frauen, eine Hygiene der Lebensmittelversorgung auch auf dem Gebiete des Verpackens zu erstreben, und in besonderer wurde da auch eine hygienische Behandlung des Brotes verlangt. Der Erfolg dieser Bemühungen war die Brotverpackungsmaschine, die das Brot nicht nur vor jedweder Verunreinigung bewahrt, sondern dem Brote auch durch die maschinelle Verpackung seine Frische für mehrere Tage erhält.

Bemerkenswert ist, daß die Konsumvereine stets auf eine ausgezeichnete Hygiene im Lebensmittelverkehr ihr Augenmerk gerichtet haben. Die Einrichtungen der Konsumvereine sind hygienisch einwandfrei, und es ist nicht Zufall, daß es ein Konsumverein ist, der nun auch in Deutschland mit dem verpackten Brote, gleich welcher Sorte, begonnen hat. Der Konsumverein in Chemnitz liefert dieses Brot in Güllen.

Jedenfalls müssen wir im Interesse der Volksgeundheit verlangen, daß die Lebensmittelhygiene nicht nur in Paragraphen vorhanden ist, sondern daß sie auch in der Praxis allgemein zur Durchführung gelangt.

An der Grenze des Todes

Die Natur ist eine große Verschwenderin. In Fülle gibt sie. Im Übermaß läßt sie werden. Ungezählte Wesen schafft sie — um sie zu vernichten. Aus dieser Masse des Überflusses ringt sich dann das Leben heraus, das stärkere, sieghafte Leben.

Die Kälte des Winters ist eine der Naturkräfte, die da wieder nehmen, was Natur vorher gegeben hat. Ungezählte lebendige Wesen sterben durch Kälte dahin. Doch nicht ohne daß vorher die Erfahrungsmittelgenug der Zahltausende sich bewegt hat. Und zu dieser Erfahrungsmittelgenug, dieser aus den Verhältnissen heraus gewordenen Lebensart, gehört der Winterschlaf. Wenn die Natur mit dem beginnenden Winter knapper wird, dann legen sich Tiere zum Winterschlaf nieder. Das Tier geht von den Fettpolstern des Sommers, und um damit hauszuhalten, setzt es den Stoffwechselprozess herab, sährlt es die Atmung ein. So machen die Fledermause z. B. während des Winterschlafs nur alle vier bis fünf Stunden einen Atemzug.

Zum Streik der Metallarbeiter

Der rote Kolos

Auf der „Insel“, hinter hohen Mietkasernen, schmutzig grauen, fast schwarzen Proletariertrakten wuchert ein roter Kolos hinaus in die Felber, die an die Peripherie der Stadt grenzen: das Magdeburger Kruppweil. 18 Schornsteine ragen in den grauen Januarnimmel über die ruhigen Gebäude hinaus, darunter ein Riesenschlot, der mehr als 100 Meter hoch sein soll. Aus diesen 18 Schloten qualmt es und quillt es weiß und grau und schwarz. Der ganze Himmel bekommt einen Rauchvorhang. Und ein ganzer Stadtteil wird mit Rauch bedeckt. Seine Häuser sehen aus wie beruhte Ofenarbeiter, wie arbeitsgespannte Schmiede, ja wie Schornsteinfeger, denen das Mal ihres Wertes auf Gesicht und Leib geruht wurde.

Am Montag nachmittag um 3 Uhr öffnete der rote Kolos seine Tore. Arbeiter kamen in nicht enden wollender Kette heraus. Mit dem Egentopf an der Hand, dem Frühstücksbeutel unterm Arme, dem Rucksack auf dem Rücken, strebten sie ihren Behausungen zu. Ernste Spannung lag ihnen im Gesicht. In kleinen Gruppen besprachen sie ernste Ereignisse: den Streik. Kam ihnen ein Befannter entgegen mit fragender Miene, kam die ernste Antwort: „Wir streiken!“ — „Das muß auch mal sein!“, oder „Recht so!“, oder „Na, denn man los!“ wurde entgegnet. Weiter gingen die Menschen ihrem Ziele nach.

Immer mehr Leben bekamen die Straßen um den roten Kolos. Auf beiden Seiten ein Arbeiterstrom, der aus dem roten Leibe des Riesens quillt. Sein Lebensstrom, sein Blut ergießt sich hier ins Freie. Ein eiserner Entschluß hat den Riesen lahmgelagt, ein einziger starker Wille seiner vielen tausend Arbeiter.

Noch rauchen die Schloten. Noch vernimmt das Ohr durch die roten Mauern ab und zu leises Geräusch von Maschinen. Noch zischt-entweichender Dampf hinter den roten Wänden sein Arbeitslieb. Es sind die letzten Akkorde des großen Gesangs, verklingend im schwebenden Tage, beträcht von schwacher Winterfonne, die auf ein kurzes durch den Wolkenschleier dringt.

Der Weg um den roten Kolos. . . ? Freie Straße, Marienstraße, Dabendorfer Straße, Salfer Straße! Die letzte ist schon freies Feld. In den andern Straßen aber roter Backsteinbau, zum Teil noch neu und frisch, zum andern schwarz beruht. Und immer wieder rote Backsteinwände, rote Backsteinmauern, rote Wände, rote Mauern, ein Tor dazwischen, auch mal ein Stück Bretterplanke, dann wieder rote Mauern, rote Wände, rote Mauern, rote Wände. — — — Hinter vergitterten Fenstern manchmal in schwachen Umrisen erkenntlich Transmissionsen, Eisenkonstruktionen.

Der rote Kolos ruht. Vereinzelt nur verkriechen die letzten Arbeiter das Werk. Heute sind sie nicht wiedergesehrt. Heute ist es ganz still geworden in den Riesenhallen, auf den roten Straßen.

Ruhe in der Fabrik

Ein Arbeiter schreibt uns über das ungewöhnliche Ereignis einer Fabrikfeierstunde beim Tode Friedrich Eberts:

Gestern nachmittag hatten die Abteilungen Versammlung. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Beschluß in geheimer Abstimmung gefaßt, heute vormittag eine Viertelstunde die Arbeit ruhen zu lassen. Trauer erfüllte das arbeitende Deutschland. Sein großer Sohn Friedrich Ebert, der erste Präsident der deutschen Republik war in das Reich der Toten eingegangen.

Zugleich ist die Temperatur des Blutes wesentlich herabgesetzt. Wir Menschen ertragen gerade noch bis zu 35 Grad Temperatur uners Blutes, dann kommt der Tod. Bis zu 3 und 4, ja bis zu 0 Grad geht das Blut in seiner Wärme aber bei den Winterschlafem zurück, und das Gehirn wird blutleer.

Wenn nun die Außentemperatur aber weiter sinkt und das Blut zu erstarren droht? Dann wird das Tier plötzlich wach und gräbt sich tiefer in die Erde ein.

Das berührt eigenartig, wenn man bedenkt, daß Igel im Winterschlaf nicht erwachen, wenn man sie z. B. in Wasser wirft. Dann rettet sich der Igel wohl durch Schwimmen, doch ohne Bewußtsein, schlafend, in reiner Reflexbewegung. Das sind Probleme, die die Wissenschaft noch nicht gelöst hat.

Durch eine lange Entwicklungsperiode des Lebens hindurch suchten sich die Tiere so vor Kälte zu retten — vielen gelang es nicht — und darum ist den Tieren der Winterschlaf so zur Lebensnotwendigkeit geworden, daß sie auch dann im Winter schlafen, wenn man ihnen einen warmen Raum und reichlich Futter bietet, während sie andererseits zur Sommerzeit nicht schlafen, auch wenn man sie in einen durch Eis gekühlten Raum bringt.

So zwingt die Natur die Wesen zum Tode, und sie zwingt sie dann wieder zur Erhaltung des Lebens durch diese aus der Todesdrohung heraus gewordenen Lebensmethoden. Das Leben ist immer das Letzte, das Siegende, und das ist die fähende Naturtendenz, das Dasein im Sinne des Lebens zu gestalten. —

Gute Freunde, getreue Nachbarn . . .

Da ich an der Quelle der Erfahrungen stehe, so bin ich für diesen Artikel „Nachbarn“. Täglich sehe ich es mit meinen Augen. Folgendes sehe ich:

„An den Herrn Staatsanwalt!“

Dieses muß ich Ihnen mitteilen, das in unser Haus eine Frau wohnt, welche ein dunkles Gewerbe betreibt. Diese Frau, welche Frau R. heißt, betreibt dieses Gewerbe schon lange und ist eine gefährlichste Person welche ihr dieses aber mal muß ausgetrieben werden indem eine solche Verhohn dieses nicht ungestraft betreiben darf und schon viele Frauen und Mädchen davon unglücklich geworden sind und sie macht es für Geld. Bitte sehen einmal nach Herr Staatsanwalt und lassen sie ihr gleich verhaften denn diese Verhohn ist eine sehr geriebene. Sie wohnt . . . Straße Nr. 17

achtungsvoll Ungenannt!

Und so gelangt der Staatsanwalt zu der Frau R. . . und zieht aus ihr heraus den Namen der Frau Soundso und der Frau Soundso und des Mädchens Frieda und des Mädchens Ida und der Frau von auswärt und wai von einer andern Frau und es gibt ein Affenbündel von vielen Pfunden Gewicht. Zuletzt gibt es Soundso viele Jahre Gefängnis, das heißt ein Meer von Jammer, Stend und Verführung; auch die Frau „Ungenannt“ wird manchmal bestraft, und siehe, immer ist es eine Nachbarin, immer ist es eine ehemalige Freundin, immer steckt ein Hund-

Die grauen Männer am Schraubstock, an der Drehbank, an kreisenden Bohr- und Fräsmaschinen, an der Glut des Schmieds-ofens, im Qualm der Gießerei und im Staub der Büherei wollten ihrer Trauer durch eine viertelstündige Arbeitspause Ausdruck geben. Die Betriebsleitung wagte nicht gegen den Willen der Belegschaft ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt, ihre Gleichgültigkeit gegen den Sozialdemokraten Ebert heraus-zufahren.

Die Arbeit pocht und lärmt. Feilen kreischen über sprüdes Eisen. Die Fräsmaschinen mühlen ihre Messer und Gewindebohrer ins Fleisch der Werkstücke. Wäulisch tänzelt der Qualm vom Schmieröl in den wenigen Sonnenstrahlen die durch verstaubte Fensterseiben fallen. Manchmal klatscht ein Riemen und fällt aus dem Nadergewirr der Transmissionen. Die Männer eilen. Der Akkor ist niedrig und schnell die Stunde verfliehet. Vorkarbeiter und Kontrolleure gehen mit Lehren von Werkbank zu Werkbank und messen nach. Mit eifigem Blick, die Hände auf dem Rücken, schlendert der Obermeister im Hauptgang auf und nieder.

Zur ungewohnten Zeit der schrille Pfiff der Fabrikzuzene. Er ist so laut, daß er auch den lautesten Arbeits- und Maschinenlärm überschreit. Die Maschinen werden ausgetrickt. Der Rärm läßt nach. Feilen und Hämmer werden auf die Feilbank gesetzt, Transportwagen und -farren beiseitegefahren. Das Gesumme und Gebrumme der Transmission und der Gebläse im Pukraum läßt nach. Eine Minute nach dem Sirenenpiff und toten-ähnliche, feierliche Stille ist in den dumpfen, staubigen Hallen.

In kleinen Gruppen stehen oder sitzen die Arbeiter. Sie blicken in die Ferne oder starren zu Boden. Keiner erzählt. Alle sind ergriffen von der Heiligkeit dieser feierlichen Viertelstunde. Das war Gottesdienst in schönster Vollendung. Kein Orgelspiel im beweihräucherter Dom, keine Festeerde, keine Worte der tiefempfundnen Trauer reichen an diese Arbeitspause heran. In dieser Viertelstunde tausendfachen Gedankens wurde der tote Friedrich Ebert den lebenden Arbeitern so recht nahe gebracht. Und überall gibt es in den weiten totensillen Hallen, die eben noch dem gewaltig dröhnenden Liede der Arbeit angefüllt waren, nur einen Gedanken: Schaffen im Sinne Friedrich Eberts, daß von der Arbeit der Fluch der Fron genommen wird. —

Achtung, Streikende!

Die Kollegen von Schäffer u. Budenberg treffen sich am Mittwoch vormittag 10 Uhr zu einer Versammlung im „Admiralspalast“, Schönebender Straße.

Die streikenden Kollegen der Firma Friedr. Krupp u. G. versammeln sich am Donnerstag früh 9 Uhr im „Admiralspalast“.

Für alle streikenden Holzarbeiter aus der Metallindustrie Versammlung am Mittwoch vormittag 10 Uhr in den „Apollo-Festhällen“, Wallstraße. Verbandsbücher mitbringen. Siehe Inzerat.

Metallarbeiterjugend heute Dienstag abend wichtige Zusammenkunft im Bureau, Große Münzstraße 3. Thema: „Der Streik in der Metallindustrie.“ Alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge der Metallindustrie müssen erscheinen. —

gemeiner, ganz niedriger, schädiger kleiner Pant dahinter. Eine Nachsucht, irgendein Stück gemeinster Menschlichkeit.

Das ist die Seite des Kampfes gegen den Schandparagrafen 218.

Nicht allein das Gesetz, nicht allein die Gruppen der Militäristen und der Pastoren und der Industrieherren steck dahinter, das Volk selber, blind und unwissend, treibt sich gegen-sätzlich der Schlachtabank zu. Es ist dieser Frau „Ungenannt“ ganz gleichgültig, daß „schon so viele Frauen und Mädchen davon unglücklich geworden sind“. Sondern ihre Hauptmeinung ist die, daß diese Frau R. mal gründlich an sie soll denken müssen. Diese R. soll mal hochgenommen werden. Da ist die Lust ein feines Mittel. Frau Ungenannt hat selber mindestens einmal schon „ganz zufällig“ einen kleinen Imbiss gehabt. Sie hat sich auch schon mal „verhoben“. Es ist gar keine Rede davon, daß sie sich innerlich so unsagbar tief getroffen fühlt, daß es lebstüm für ihr menschliches Gefühl und Gewissen gar keinen andern Ausweg gibt als den Schrei nach dem Staatsanwalt. Sie wäre selber die Allererste, die sich oder ihrer Tochter oder Schwiegertochter auf die gleiche Weise zu helfen suchte.

Und nun steht sie freudig zu, wie die verhasste R. von Mann und Kindern weg muß, sie sieht stumpf sinnig zu, wie die andern Frauen und Mädchen von der Faust des Richters angefaßt werden. Sie kennt diese armen Unglücklichen gar nicht. . . Es ist alles egal, wenn nur die R. . . die R. . .

So oft mir eine Abreibungssakte in die Hände kommt und das ist in jeder Woche ein- oder zweimal, so oft sehe ich vorn in der Ecke nach: Woher geschah dies, und von wem? Und immer treffe ich „Ungenannt“ oder eine „Nachbarin“.

Der Staatsanwalt hat seinen Verur, er muß ihn ja wohl ausüben. Und die Pastoren und die Rechtspreffe und die Abgeordneten der Rechten stützen sich jedesmal mit Nachdruck auf die Stimme des Volkes, auf die Stimme derer, die aus der breiten Masse heraus Strafe verlangen. „Das Volk selber will es so!“

Frau Ungenannt. Und nur ganz selten erlebe ich bei der Durchsicht der Akten die geradezu beäufende, geradezu herzerfrischende Freude, daß es im Laufe der Untersuchung herauskommt, so ganz leise und schließlich, so ganz an der Wand entlang, daß Frau Ungenannt selber . . . Höhöhö! Und dann freue ich mich sogar über unsre Justiz, dann sind sogar unsre Richter bessere Menschen, als das Volk selber, denn dann und immer bekommt die Frau Ungenannt eine besonders harte Strafe aufgebrennt. „Wegen ihrer erwiefsenen, gemeinen Gesinnung“ sagt der Richter. —

Reste

und
Abschnitte

- Kleider-Stoffe — Seiden-Stoffe — Wasch-Stoffe
- Samte — Seiden-Trikot — Voile-Stoffe
- Gardinen — Madras und einzelne Stores ●
- Wäsche-Stoffe — Bettbezug-Stoffe — Handtuch-Stoffe
- Hemdenbarchent — Bettbezug-Stoffe — Kleiderbarchent
- Wäsche-Stickerei- und Spitzen-Reste ●
- Einzelne Damen-Wäsche — Einzelne Oberhemden
- Einzelne Tischwäsche — Einzelne Bettbezüge

zu extra niedrigen Reste-Preisen.

Auf Tischen ausgelegt.

Nur
soweit
Vorrat!



Private Autofahr- u. Fachschule Kreuter
Tages- u. Abendkurse. Eigene Lehrfilme
Fordern Sie Prospekt!
Telephon 8583. Große Dlesdorfer Straße 29.

Frost
an Füssen, Händen, Ohren usw.
wird schnell behoben durch
Jopernin-Frostbalsam.
Viktoria-Apotheke
Otto-von-Guericke-Str. 94b.

Verzogen
nach Alte Ulrichstraße 18. II
Dr. Waldeck
Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten
Röntgen- und Lichtbehandlung
Sprechstunden von 10 bis 11½ und 4 bis 7 Uhr

Wenn Sie Druckaufträge zu vergeben haben

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am 14. d. M. starb unser Mitglied
Christoph Weissenstein
Revolverdreher, an Magenoperation,
46 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch
den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von
der Halle des Westfriedhofs aus statt.
Die Verwaltung.

Unjonft
haben Sie sich mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln gegen Ihren Husten abgeplagt, da Sie unser **"Beralit"** noch nicht kannten. Jetzt kann Ihnen das nicht mehr passieren. Sie holen sich einfach in der nächsten Apotheke eine Flasche **"Beralit"**. Surtavia in der Hof-Apotheke, Breiter Weg 155, Johannis-Apotheke, am Rathaus, Viktoria-Apotheke, Otto-von-Guericke-Strasse.

1 großer Fohren **Garderobenschrank**
in eiche, nussbaum, birne, elfenbeinfarben
billig abgegeben.
Koch, Mook & Co.
Magdeburg
Alter Markt

Kiefernzapfen
zum höchst Tagespreis
kauft man um Anzeile
Richard Pasche,
Goldb., Bez. Magdeburg.
Sergeien Sie nicht die Auslagen der Zubehörendung Volksstimme zu befürchten.

Zurückgekehrt
Frauenarzt Dr. Kamann
Klinik und Entbindungshaus
Schwerinstraße 3 — Sprechstunden nur
Breiter Weg 257 (Ecke Mollkestraße)

erinnern Sie sich, bitte, daß die Druckerei der Volksstimme auch alle andern Drucksachen in bester Arbeit zu soliden Preisen herausbringt

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold
Tambourkorps Groß-Magdeburg.
Am 14. Januar verstarb unser lieber Kamerad, der Tambour
Ch. Weissenstein
Wir verlieren mit ihm einen unserer besten. Ehre seinem Andenken!
Alle freien Spielzeuge nehmen an der Beerdigung teil. Die Spielleitung.

Kaufe Kasarihühner u. weibchen. Höchstes Pr., 2 weiße Vögel Meyer, Schradt, Tor 34, Ecke Hauptstraße

Arbeitsmarkt
für unsere Plantzerei in Berlin suchen wir zum baldigen Eintritt
mehrere Stangenzieher
Meldungen erbeten an
Otto Mansfeld & Co., Magdeburg
Große Dlesdorfer Straße Nr. 51a

Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Altkopf.
Todesfälle. 18. Januar. Helene geb. Weisig, Ehefrau des Kaufmanns William Straube, 65 J. Gisela L. des Arbeiters Robert Hohnardt, 4 J. Kamann Paul Günner, 52 J. Tischdreher Christoph Weissenstein, 46 J. Arbeiter-Invalide Hermann Wülfers, 64 J. Alma geb. Sahn, Ehefrau des Regierungsekretärs A. Henningsrat Richard West, 72 J. Emma geb. Hahn, Ehefrau des Schiffbauers Hugo den Abol. Wöhrling, 78 J. Maria geb. Meyer, Ehefrau des Oberbauratens A. Karl Paatz, 68 J. Emma geb. Hermann, Ehefrau des Kaufmanns Franz Schorhan, 58 J. Auguste geb. Schöler, 50 J. Arbeiter-Invalide August Weber, 77 J. Schmidt Richard Zimmermann aus Pöschke, 41 J. Margarete geb. Boecker, Ehefrau des Telegraphen-Ingenieurs Walter Sonntag, 45 J. Pauline geb. Gasse, Ehefrau des Kriminal-assistenten Walter Palm, 40 J. Ackerin geb. Schneider, Ehefrau des Leichenhändlers A. August Dengs, 80 J.

Fragen Sie bitte bei uns an
W. Pfannkuch & Co.
Fernruf 6265

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold
Abteilung Mgd.-Wilhelmstadt
Am 14. d. M. verstarb unser lieber Kamerad
Christoph Weissenstein
Er war steter Förderer unserer Bewegung. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.
Die Abteilungsleitung.
Die Beerdigung findet am Mittwoch 15 Uhr auf dem Westfriedhof statt.

FRIEDRICH EBERT UND SEINE ZEIT
Des ersten Reichspräsidenten
großes Gedenkwerk
Mit Beiträgen von:
Anton Friedrich: **Eberts Lebensweg**
Hermann Müller: **Der Parteiführer**
Philipp Scheidemann: **Sozialdemokratie u. Krieg**
Friedrich v. Payer: **Prinz Max von Baden**
Dito Landsberg: **Der Rat der Volksbeauftragten**
Eduard David: **Die Nationalversammlung**
340 Seiten — 150 Abbildungen — 1 Kunstblatt
Volksausgabe 28 Mark
Auch in Raten zu beziehen durch:
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg. Große Münzstraße 3.

Wählung, Kupfer Schmiede!
Donnerstag abend 8 Uhr bei Böhme, Neukircher Platz
Extra-Versammlung!
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Magdeburg
Versammlung aller Streikenden aus der Metallindustrie
am Mittwoch, vormittags 10 Uhr, in den Anstaltskellern in der Salpêtre. Verbandsleiter mündigen!

Primus Chaiselonges
Preis 34.00
Primus Dreilaufwagen
Preis 24.00
Katzowstraße 12. I. Etz.
Am 20. Januar 1924 von 10 Uhr vormittags an findet in meinen Fundbüchern hier. Öffentliche Versteigerung von handlichen Metall.
Reichsbahndirektion
Magdeburg. 170

Ämtliche Bekanntmachungen
Cecilienschule (städtisches Lyzeum) Schönebeck
Die Anmeldeungen der zu Ostern 1923 in Serie aufzunehmenden Schülerinnen sowie die Anmeldeungen für alle übrigen Klassen finden von Montag den 23. bis Sonntag den 28. Januar statt.
Sprechstunde des Direktors täglich 11 bis 12 Uhr.
Schönebeck, 16. Januar 1923.
Der Magistat.

Bekanntmachung.
Ordentliche Sitzungen der Stadtverordneten zu Burg am Freitag den 20. Januar um 17.15 Uhr.
Tagesordnung der öffentlichen Sitzung.
1. Wahl des Bureaus der Stadtverordneten für 1923
2. Wahl der Kommissionsmitglieder für 1923
3. Wahl der Finanzkommission für 1924
4. Wahl der Mitglieder für das Stadtmittel für die Wasserläufe im Kleinen Kriez
5. Beschlagnahme der Bahnhofsplanen
6. Abhandlung von dem Geländeankauf in der Feldmark Bürgermarkt
7. Vergebung der Berufsschulbetriebe für 1927/28.
8. Beschaffung eines Motorlöschwagens.
Geheime Sitzung.
Burg, den 14. Januar 1923.
Der Stadtverordnetenvorsteher.
Stollberg.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am Sonntag den 15. Januar starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Rudolf Hubbe
64 Jahre alt, an Lungenerkrankung. Sein Andenken werden wir dauernd in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Donnerstag den 18. d. M. nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.
Die Verwaltung.

Am Sonntag den 15. Januar, 4,5 Uhr früh, verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau
Katharine Jacobs geb. Schäfer
im 58. Lebensjahr.
Im Namen der Hinterbliebenen
Christoph Jacobs und Kinder
Die Trauerfeier findet am Donnerstag den 18. Januar, 12½ Uhr mittags, in der Kapelle des Westfriedhofs statt.

Am Sonntag den 15. Januar 1924 von 10 Uhr vormittags an findet in meinen Fundbüchern hier. Öffentliche Versteigerung von handlichen Metall.
Reichsbahndirektion
Magdeburg. 170

Montag abend 6 Uhr entfiel nach langem mit rührender Geduld ertragenem Leiden unsere geliebte gute Mutter und Schwiegermutter, Frau
Lisette Meyer geb. Heuerlauf
im 76. Lebensjahr.
Sie folgte unserm lieben Vater nach 10 Monaten in die Ewigkeit.
Magdeburg, den 17. Januar.
Umfassungstr. 62
In tiefer Trauer
Eraft Meyer und Frau.
Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am Freitag den 20. Januar 1923 nachmittags 1/2 2 Uhr, in der Hauptkapelle des Westfriedhofs statt. 105

Am 15. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, entfiel nach kurzem, schwerem Leiden unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der Arbeiter
Rudolf Hubbe
im 65. Lebensjahr.
Dienstadt, 15. Januar 1923.
In tiefer Trauer
Luisa Hubbe geb. Soeder und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 180

Am Sonntag den 14. Januar entfiel nach langem, schwerem mit Geduld ertragenem Leiden mein ungeliebter Mann, unser treuherziger, herzenguter Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, der Jubalide
Karl Schluschn
im 77. Lebensjahr.
Zembsdorf, den 17. Januar 1923.
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Charlotte Schluschn und Kinder.
Die Einäscherung findet Donnerstag den 19. Januar, mittags 1 Uhr, auf dem Westfriedhof statt.
Kranzspenden verboten.

Am Sonntag den 14. Januar entfiel plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, meine gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Emma Nordhaus geb. Braune
im 54. Lebensjahr.
Magdeburg, den 16. Januar 1923.
Gr. Dlesdorfer Str. 47
In tiefer Trauer
Franz Nordhaus und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 18. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Hauptkapelle des Westfriedhofs aus statt. 150

Für und wider den Einheitsstaat

Länderkonferenz in Berlin

Die Länderkonferenz in Berlin bringt, selbst wenn sie kein positives Resultat zeitigen sollte — was sehr zu befürchten ist nach den bisher gehaltenen Reden, die den klaffenden Riß im deutschen Volk aufzeigen —, zumindest dem deutschen Volke sehr klar zum Bewußtsein, wo die Widerstände gegen den deutschen Einheitsstaat liegen und wer die Frage nicht lösen kann. Soviel ist schon durch die vier Referate am ersten Tage klar geworden: die Freunde des einigen Deutschlands stehen rechts, die Förderer und Vorkämpfer der Reichseinheit stehen links. Die am Dienstag folgende Diskussion wird diese Scheidung der Geister noch weit klarer in Erscheinung treten lassen.

Erster Tag

Die Länderkonferenz, die am Montag vormittag in Berlin begann (wir berichteten gestern schon darüber), dauerte mit Ausnahme einer Mittagspause bis 7 Uhr abends. Die Vormittags-Sitzung füllte die Ansprache des Reichszanzenlers Marx und die Referate des Hamburger Senatspräsidenten Peterßen sowie des württembergischen Staatspräsidenten Wazille. Nachmittags referierten der bayerische Ministerpräsident Held und der preussische Ministerpräsident Otto Braun. Am Dienstag findet die Diskussion statt.

In der Eröffnungsansprache erklärte Reichszanzenler Marx, es sich versagen zu müssen, auf die materielle Würdigung der Fragen einzugehen. Es gäbe aber neben durchaus lebensfähigen Ländern solche, „von denen wir ganz offen zugehen müssen, daß sie eben im Laufe der Zeit doch in eine Lage gekommen sind, die es ihnen wünschenswert erscheinen läßt, andre Wege einzuschlagen, um dem immerhin bedauerlichen und von ihnen beklagten Zustand abzuhelfen und die weitere jenseitige Entwicklung ihrer innern Gestaltung günstig zu beeinflussen“. Auch sei es höchste Zeit, die zahlreichen Exilanten und Entlassenen zu befreieren.

Senatspräsident Peterßen.

Das historische, staatsrechtlich und kulturhistorisch tiefdurchdachte Referat des Senatspräsidenten Peterßen nahm zwei Stunden in Anspruch. Er kommt zu folgender Schlußfolgerung: Wenn man in der Erkenntnis der Unhaltbarkeit des jetzigen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern nach Vordringlichkeit sucht, wird man eins nicht vergessen dürfen: Eine Neugestaltung ist nur auf der demokratisch-republikanischen Grundlage der Verfassung von Reich und Ländern denkbar. Jeder andersartige Versuch gefährdet die Reichseinheit.

Senatspräsident Peterßen gab dann eine Uebersicht über die vorliegenden Vorschläge und fuhr fort: Die Uebersicht über die bisher vorliegenden Vorschläge zeigt, daß noch keine der Einheitlichkeit über die Einzelgestaltung besteht. Es wachsen bisher lediglich grundsätzliche Uebereinstimmungen heraus. Als solche möchte ich bezeichnen: Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Reichswillensbildung, Stärkung der Reichsgewalt, Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Selbstheit in der Verwaltung des Reiches und der Mithilfe und untern Verwaltungsbezirke. Aufbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verfüzung des Justizwesens zur Zentralregierung mit der Folge der Rationalisierung der Verwaltung.

Untergliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftlich voll lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ihr Eigenleben führen.

Peterßen hält keine Lösung für möglich, die Preußens Bestand nicht solange hält, bis ein neugegliedertes Einheitsreich mit starker Reichsgewalt geschaffen ist. Auch das Vorwegnehmen von Einzelproblemen, wie etwa die Frage der Beilegung der 245 Einschlussgebiete, sei nicht möglich, ohne die Herbeiführung einer Gesamtlösung.

Als Ergebnis seiner Untersuchung schlägt Peterßen die Einsetzung eines unabhängigen Sachverständigenausschusses vor, der lediglich die Befugnis haben soll, Vorschläge zu machen und sie zu veröffentlichen.

Wazille, der Föderalist.

Es folgte das Korreferat des württembergischen Staatspräsidenten Wazille. Zunächst mit Entsetzen, dann mit wachsender Heiterkeit verfolgt man die Gedankengänge eines engstirnigen Parteimannes und verwirrten Geistes, der von keines Gedankens Blässe angekränkt ist. Grundtendenzen seiner Ausführungen: „Nur die äußerste Nothwendigkeit und die schleunigste Rückkehr zu den Grundgedanken der Staatsweisheit, die Deutschland vor dem Weltkriege groß gemacht haben, können uns vor der Entwicklung der Anarchie und Diktatur bewahren.“ Und: Preußen muß zerstört werden.

Sein Programm: Beschränkung des Reiches auf das Notwendigste in Gesetzgebung und Verwaltung und Sicherheit der Länder gegen Ueberschreitung der so gezogenen Grenzen. — Der Reichsrat muß wieder eine Stellung ähnlich dem Bismarckschen Bundesrat bekommen. — Preußens Machtstellung muß zerbrochen werden, indem der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident und der Reichszanzenler gleichzeitig preussischer Ministerpräsident wird, indem die Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament abgehebt wird und indem die Reichsratsstimmen Preußens beschränkt werden! Auf Empfindlichkeiten der Preußen darf dabei keine Rücksicht genommen werden.

Rückgabe der Finanzhoheiten an die Länder. Freiwilliger Anschluß nichtlebensfähiger Länder an Nachbarländer. „Es muß dann aber dafür gesorgt werden, daß im Reichsrat keine Verschiebung der Machtverhältnisse stattfindet, vielmehr an dem Bismarckschen Grundsatz festgehalten werde, daß ein wirksames Gegengewicht gegen den Einfluß Preußens bei der Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstags im Reichsrat vorhanden sein muß.“

Sollte hingegen — so schloß der Staatspräsident Württemberg seine Ausführungen — der Versuch gemacht werden, durch mehr oder weniger sanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsstaat zu gelangen, so wird eine unmittelbare „Gefahr für den Bestand des Reiches“ heraufbeschworen, denn nichts ist irriger als die Meinung, die Länder würden sich schließlich in ihr unvermeidliches Schicksal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken. (Mit das nicht eine Drohung mit Reichsberrat? Red. d. „V.“)

Helds grundsätzliche Bedenken.

Das erste Korreferat auf der Länderkonferenz hatte der bayerische Ministerpräsident Held. Er erhob gegen alle Vorschläge, die Eigenstaatlichkeit der Länder aufzuheben oder einzuschränken, grundsätzliche die schwersten Bedenken. Die Angelegenheit des innerdeutschen Problems sei das Problem Reich und Preußen. Es werden hierzu zwei Vorschläge gemacht: einmal Preußen im Reich als Reichsländ aufgehen zu lassen, dann der entgegengesetzte,

Preußen zu erhalten und ihm eine Vorrangstellung im Reich einzuräumen. Beide Lösungen auf dem einen oder andern Wege müßten die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben:

1. Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung.
2. Gebietsautonomie der Länder.
3. Einschränkung des Gesetzgebungsrechts des Reiches.
4. Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Angriffe der Reichsverwaltung.
5. Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit der Länder.
6. Ausbau des Reichsrats als Gesetzgebungsfaktor.
7. Verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte der Länder.

Für eine durchgreifende Revision der Verfassung im föderalistischen Sinne sei die Zeit noch nicht gekommen. Ein gewisses Mindestprogramm aber sei durchführbar. Hierfür käme in Betracht eine Verbesserung des Finanzausgleichs, ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder, die Befestigung der Zentralisierung des Geld- und Kreditwesens in Berlin.

Held schloß, man werde ohne Zwang auf der Grundlage der heutigen Aufbaues des Reiches zu einem gedeihlichen Nebeneinander kommen.

Ministerpräsident Braun.

Der preussische Ministerpräsident Braun führte als zweiter Korreferent nach inoffiziellen Berichten (der „Preussische Pressebericht“ hat die Rede noch nicht veröffentlicht) folgendes aus:

Die Zweiteilung in Reich und Ländern hat sich in der Zeit Bismarcks wenig unangenehm bemerkbar gemacht, da die Leiter des Reichszanzenler und des preussischen Ministerpräsidenten stets von den gleichen Persönlichkeiten verwaltet worden sind. Die Stellung des Bundesrats als einer Vertretung der Länderregierungen ist in der Bismarckschen Verfassung wesentlich anders gewesen, als die des Reichsrats im jetzigen Reich, wo die Länderregierungen auch nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sind. Infolgedessen ist es nicht als ein Vorgehen gegen den Reichsgedanken zu betrachten, wenn Preußen wiederholt die Verhandlungen des Reichsrats politisiert habe. Mit dem bairischen Ministerpräsidenten stimme ich darin überein, daß der Reichsrat in der Lage sein muß, die Interessen der Länder wirklich zu vertreten. Ich kann mir aber nicht die Schlußfolgerung zu eigen machen, die Rechte der Länder zu dem gleichen Zwecke zu erweitern. In Weimar hat man den Weg zum Einheitsstaat beschritten wollen, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben. Ministerpräsident Held und Staatspräsident Wazille wollen zurü zum Föderativstaat. Das würde bedeuten: Rückgabe der Finanzhoheit des Reiches an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Uebergewichtes im Reich, eine Wirkung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollen. Infolgedessen bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig.

Nun man sich jedoch vorläufig über die notwendige Reform nicht einig ist, wäre es zweckmäßig, den von Peterßen verlangten Auspruch einzugehen. Man muß ihm aber die Nichttun mitgeben, sich an die Möglichkeiten zu halten, die für die Reform des Reiches unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen bestehen. Notwendig ist die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse, weiterhin eine Rechts- und Verwaltungsangleichung zwischen den einzelnen Ländern, denn es ist grotesk, daß man eine Rechts-

angleichung mit Oesterreich versucht, während innerhalb der deutschen Einzelstaaten noch die größten Unterschiede auf diesem Gebiet bestehen.

Nach dem Referat Brauns hielt Reichszanzenler Marx eine kurze Schlußansprache. Er dankte den Referenten und betonte, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege stünden. Immerhin seien wichtige neue Gesichtspunkte zutage getreten, die der weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden können.

Die Entscheidung liegt bei den Parteien

Der „Sozialdemokratische Pressebericht“ schreibt über die Länderkonferenz: Diese Konferenz ist beschloffen worden im Oktober des vergangenen Jahres, als die Länder gegen die Kosten rationierten, die ihnen die Befoldungserhöhungen auferlegen sollten. Finanzpolitische Gesichtspunkte, nicht staatspolitische Gesichtspunkte ersten Ranges haben zu ihrer Einberufung geführt. Daß die Länderkonferenz heute nicht an der Besprechung des brennenden Problems des Einheitsstaates vorübergehen konnte, ist nicht das Verdienst der Reichsregierung von heute, sondern des ständig wachsenden Willens zum Einheitsstaat im Volke. Die Realpolitische Frage gegenüber dieser Konferenz lautet: Kann die deutsche Frage gelöst werden von den Regierungen, die jetzt in Berlin versammelt sind? Reichstagswahlen und Landtagswahlen werden in kurzer Frist die politische Zusammensetzung der Reichsregierung und wichtiger Länderregierungen verändern. Die große politische Säule des Jahres 1928 steht der Wirksamkeit vor allem der Reichsregierung von heute ein Ende. Aber bleiben nicht die Beratungen, die Sachverständigen, die Beamten, die die Frage der Einheit in den Aemtern weiter bearbeiten werden? Wer in der Frage des Einheitsstaates Soffnungen auf die Bureokratie setzt, der muß sich in Geduld fassen, und muß nach Jahrzehnten rechnen! Nicht aus der Verwaltung heraus sind die großen Antriebe der großen Einheitsbewegung gekommen!

Mit einer historischen Parallele muß man heute sagen: die wirkliche deutsche Einheit wird nicht von oben, sondern von unten kommen.

Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage liegt bei den Parteien, vor allem beim Zentrum. Als Reichszanzenler Marx in seiner Mündlicher Rede die deutschen Länder in lebensfähige und nichtlebensfähige schied, da war jedem klar, daß das Ziel des Zentrums nicht der deutsche Einheitsstaat, sondern die föderalistische Fortentwicklung war. Solange nicht wichtige Wandlungen in den Anschauungen der Parteien oder eine klar richtunggebende, überwältigende Wahlentscheidung des Volkes eingetreten ist, wird auch die glanzvollste Versammlung nicht geschichtliche Tat vollziehen.

Landesverrat und Republik

Die „gute alte Zeit“

Der nach der „guten alten Zeit“ Seufzende findet oft auch bei denen, die mit der flotten, springelbendigen Gegenwart im allgemeinen durchaus einverstanden sind, Verstäudnis. Das Leben ist zweifellos reichlich kompliziert geworden. Ein moderner Mensch, ganz gleich ob „Millionär“ oder Hausangehörte, muß allerlei von Chemie, von Kalorien, von Elektrizität wissen. Selbst wenn man weder ein Auto noch einen Kinderwagen zu steuern hat, muß man die Verkehrsordnung — die sich von Zeit zu Zeit mal wieder grundlegend ändert — einigermaßen beherrschen; na und über die vielen Steuer-, Miet- und sonstigen Bestimmungen braucht man ja kein Wort zu verlieren.

Immerhin kann man aber die Menschen in zwei Gruppen teilen. In solche, die sich mit ganzer Inbrunst ihres Herzens nach der „guten alten Zeit“ zurücksehnen (sie sind meist schon ziemlich alt, wenn nicht an Körper, so doch an Geist). Diese sind fast immer politisch recht orientiert und schimpfen auf die Republik. Und in solche, deren Freude an den Vorzügen der Gegenwart den Neger über ihre Nachteile überwiegt. Sie sind zuallererst eifrige und aktive Freunde der Republik und freuen sich über einen Harry Dornela mehr als über 20 angestaumte Herrscher.

Aber obwohl wir selbstverständlich zu den letzteren gehören, gibt es einen Punkt, der auch uns einen Seufzer nach der „guten alten Zeit“ ausstoßen läßt. Merkwürdigerweise ist das gerade einer, um deswillen sich die ändern ein wenig mit der neuen Zeit ausöhnten.

Kein Mensch ist mehr sicher.

Dieser eine kritische Punkt wird am besten durch Angabe einiger Zahlen fixiert: Vor 1914 gab es in ganz Deutschland jährlich rund (zusammen) 18 Landes- und Hochverratsprozesse. In einem einzigen Jahre stieg diese Zahl mal auf 27, dafür fiel sie aber in anderen Jahren wieder bis auf drei Prozesse dieser Art in ganz Deutschland. Man wird zugeben, daß solche Prozesse vor 1914 das damals fast 70 Millionen Menschen zählende deutsche Volk nichts angingen. Man konnte am Abend ruhig schlafen gehen ohne Angst haben zu müssen, am andern Morgen als Landes- oder Hochverräter aufzuwachen.

Das ist leider in der Republik ganz, ganz anders geworden. Die Zahl der Landesverratsprozesse hat sich in der Republik verdreifacht. Im Jahre 1925 zählte man 550 und die Umstände, die irgendwelche deutsche Staatsbürger in solche Prozesse verwickelten und sie oft für viele Jahre ins Zuchthaus brachten sind so eigenartig, daß heute kein Deutscher mit absoluter Sicherheit von sich behaupten kann, er sei kein Landesverräter, er laufe nicht Gefahr, morgen oder übermorgen auch auf Jahre ins Zuchthaus gesperrt zu werden.

Es ist also nur zu begreiflich, wenn sich auch bei Menschen, die sonst sehr einverstanden sind mit der „modernen Richtung“, angesichts dieser Dinge eine leise Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ mit den jährlich drei oder dreizehn Landesverratsprozessen bemerkbar macht.

Ein Volk der Verräter?

Wie kommen solche merkwürdigen Auswüchse zustande? Darüber gab in außerordentlich klarer, durch erschütternde Tatsachen erläuteter Rede am Montag in einem Vortragsabend, den der Republikanische Juristenbund Mitteldeutschland zusammen mit dem Republikanischen Klub Magdeburg veranstaltete, der Senatspräsident Freymuth u. h. (Berlin) Auskunft. Freymuth ist jener Jurist, um den vor etwa mehr als Jahresfrist ein für die deutschen Juristen sehr bezeichnender Streit entstand. Er wurde aus dem Richterbund, der behauptet eine unpolitische, rein berufliche Interessenvertretung der Richter zu sein, ausgeschlossen, weil er Mitglied des Republikanischen Richterbundes ist.

Kurze Zeit nach diesem Ausschluß trat er auch von seinem Amt als Präsident des Kammergerichts Berlin zurück. Freymuth führte ungefähr aus:

Ist das deutsche Volk dreißigmal verräterischer geworden als vor dem Kriege? Die Statistik sagt aus, daß alle übrigen Verräter gegen das Recht heute fast genau so groß sind als vor dem Kriege. Die Zahl wurde leider noch nicht kleiner, sie ist aber — entgegen häufigen Behauptungen — nicht größer. Früher eine große Heeresmacht in einem ohne Bindung auf sich selbst gestellten Staat und drei oder allerhöchstens 27 Landesverratsprozesse. Heute ein unbedeutendes Heer in einem Staate der Mitglieder des Völkerbundes ist und als solcher sich verpflichtete, den andern Mitgliederstaaten über seine Rüstungen „vertrauensvoll Auskunft zu geben“ und dreißigmal jebiel Landesverratsprozesse. Früher Strafen für Mittelung von Geheimnissen an andre Staaten durch Spione, die sich Geld damit erwerben wollten. Heute Landesverratsprozesse — oder zumindestens Landesverratsverfahren — gegen berühmte Gelehrte und bedeutende Friedenskämpfer, gegen Schriftsteller und Redakteure.

Was ist Landesverrat?

Das Sammeln von Waffen ist verboten. Macht aber ein republikanischer oder pazifistischer Redakteur in seiner Zeitung der Öffentlichkeit und damit auch dem Staatsanwalt von einer solchen strafbaren Handlung Mitteilung, dann wird er, falls diese Nachricht stimmt, vom obersten Gericht der deutschen Republik wegen Landesverrats zu Zuchthaus verurteilt, stimmt die Nachricht aber nicht, war sie falsch, wurden gar keine Waffen gesammelt, dann wird der betreffende Zeitungsmann ebenfalls zu Zuchthaus wegen Landesverrats verurteilt, und zwar beide Male mit der Begründung: die Veröffentlichung selbst ist nicht strafbar, aber (diese Veröffentlichungen sind ja fast immer in Form eines Vorwurfs gegen die Behörden gefolgt) die Tatsache, daß der Regierung zugekrat wird, sie dulde geschwidrige Handlungen, wird mit Zuchthaus geahndet.

Oder ein spezieller Fall von „Landesverrat“: Fedenbach — ein Journalist — wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er ein Telegramm im Jahre 1919 veröffentlicht haben soll, das vor dem Krieg abgefaßt war und in dem Oesterreich mit der Begründung zum Angriff auf Serbien ermuntert wurde, daß der Papst nichts gegen einen solchen Krieg einzuwenden habe. Zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt mit der Begründung, durch diese Veröffentlichung sei der Papst verärgert worden und habe nichts getan um das Versailles Diktat zu mildern. In Wirklichkeit hatte der Papst keinen Einfluß auf das Diktat und obendrein bestritt Fedenbach diese Tat überhaupt.

Oder der Fall Wandt: Ein französischer Offizier wurde 1918 gefangen genommen und sagte im Verhör aus in Belgien gäbe es Pazifisten. Ein belgischer Schriftsteller veröffentlicht nach dem Kriege diese Aussagen. Wandt wurde vorgeworfen, er habe dem belgischen Schriftsteller das Material geliefert. Er sowohl als der Schriftsteller bestritten das. Macht nichts, Wandt wurde verurteilt zu 6 Jahren Zuchthaus. Das Reichsgericht sagt in der Begründung: Durch die Veröffentlichung sind die Mamen der belgischen Pazifisten bekannt geworden und dadurch ist Deutschland — wenn es wieder einmal in ähnliche Kriegsverhältnisse kommt — nicht mehr in der Lage, diese Leute für sich zu gewinnen. Diese Urteilsbegründung darf überhaupt erst erwähnt werden — ohne Gefahr, selbst als Landesverräter behandelt zu werden — seit ein Reichstagsabgeordneter sie im Reichstag vorlesen hat.

Die politische Orientierung der Richter.

Es wäre falsch, deutschen Richtern bewußte Rechtsbeugung vorzuwerfen. Solche Richter gibt es in Deutschland kaum. Aber einer der größten Strüme besteht darin, zu glauben, der Richter-

sprach werde nicht durch die politische Einstellung des Richters beeinflusst. Einen Diebstahl wird sowohl ein links- als ein rechtsorientierter Richter einen Diebstahl nennen. Höchstens über die Höhe des Strafmaßes können Meinungsverschiedenheiten entstehen. Über die Beurteilung des Landesverrats ist abhängig von der politischen Anschauung des Richters. Ein politisch orientierter Richter kann einen Freispruch auf diesem Gebiete genau so einwandfrei juristisch begründen, wie ein rechtsorientierter Richter ein Zuchthausurteil; denn es ist nicht anzunehmen, daß die juristische Begabung nur rechts der Demokraten zu finden ist.

Der Landesverratsantrag kommt daher, daß die Reichsmehrheit, was irgendwie mit der Reichsmehrheit zusammenhängen könnte, darf veröffentlicht werden. Alle Veröffentlichungen über Beziehungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden sind strafbar, ganz gleich, ob sie richtig oder falsch waren. So ist die Praxis der Rechtsprechung in der deutschen Republik.

Es hat sich ein besonderer Typ des Landesverratsprozesses herausgebildet, der sich gegen den Nazifismus richtet. Alle bedeutenden deutschen Pazifisten haben schon irgendwie mit „Landesverrat“ zu tun gehabt.

Eine Eigentümlichkeit der Deutschen.

Charakteristisch ist folgendes: Professor Quibbe, der jetzt nach Strejemann den Friedensnobelpreis erhielt, mußte sich vom General Seect dieser seiner Tätigkeit wegen, um derentwillen er jetzt mit so hoher Ehre ausgezeichnet wird, „nationale Würdelosigkeit“ vorwerfen lassen. Professor Schilling gab darauf Seect und den deutschen Richtern die genau wie Seect alles aus der Perspektive der Reichswehr beurteilen, die Antwort, die den Kern des Problems bloß legt: Es ist eine Eigentümlichkeit des Deutschen, daß er seinen politischen Gegner sichtlich zu verleumben (diffamieren) sucht.

Und das neue Strafgesetz?

Wie sieht es nun im neuen Strafgesetzbuch mit dem Landesverratsparagrafen aus? Schlimmer! Bisher mußte man wenigstens irgend etwas veröffentlichen, um als „Landesverräter“ gefaßt werden zu können. Nachher soll es schon genügen, wenn man sich Geheimnisse „erschafft“ in der „Absicht“ sie zu veröffentlichen. Bisher muß irgendwem die Verjährbarkeit bewiesen werden, nachher soll es auch möglich sein, aus „Fahrlässigkeit“ Landesverrat zu begehen.

Das schlimmste aber ist der neue Paragraf 95, der mit Zuchthaus bedroht den, der „in Beziehung auf einen drohenden Krieg einer feindlichen Macht Vorjaub leistet oder der Kriegsmacht des Reiches oder seiner Bundesgenossen einen Nachteil zufügt“.

Eine drohende Kriegsgefahr gibt es oft — wann droht nicht Krieg? Genügt es dann nicht, eine Friedensversammlung abzuhalten, um ein Landesverräter zu sein?

So weit, dem Sinne nach, Senatspräsident Freymuth. Unsere Lehre aus dem Vortrag ist diese:

Noch ist der Strafgesetzbuch nicht Gesetz, aber alle Anstrengungen werden gemacht, um ihn noch durch diesen Reichstag verabschieden zu lassen. Hoffen wir, daß das durch die nachkommende Opposition verhindert wird und daß der nächste Reichstag außerdem mit der Zustimmung des deutschen Volkes, mit dem Landesverratsantrag, Gesetzentwurf aus der „guten alten Zeit“ irdischen Unfug in der neuen Republik. Wann wir sie durch gehöriges Ausräumen der politischen Kumpfkammern. Nicht durch Verleumdung unserer politischen Gegner, wie es die Gesetzentwürfe, sondern durch Anwendung unserer alten, noch immer scharfen Waffen der politischen Aufklärung. Nur die Wähler können die Verrentenstraße der deutschen Justiz befeuchten.

Schulen in Oberschlesien

Die auf der Tagung des Völkerbundsrats im vorigen Dezember angekündigte deutsche Klage in Sachen des ober-schlesischen Schulkonflikts ist dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag überreicht worden. Die Klage hat folgende Vorgeschichte:

Im Sommer 1926 hatten die polnischen Schulbehörden etwa 9000 Anmeldungen für die deutschen Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien zurückgewiesen, und zwar in der Hauptsache, weil sie bezweifelten, daß die betreffenden Kinder zur deutschen Minderheit gehörten. Die Sache kam vor den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, der den polnischen Standpunkt zurückwies. Er konnte gar nicht anders, denn das

Genfer Abkommen zwischen Deutschland und Polen bestimmt mit klaren Worten, daß gerade bei den Anmeldungen für die Minderheitsschulen die Erklärungen der Eltern nicht angezweifelt oder nachgeprüft werden dürfen. Polen schloß sich der Entscheidung Calonders nicht. Infolgedessen rief der Deutsche Volksbund in Oberschlesien den Völkerbundsrat an. Es kam im März 1927 zu einem Kompromiß. Danach mußten die polnischen Behörden den größten Teil der strittigen Kinder in die deutschen Minderheitsschulen aufnehmen, während sie in einer kleinen Zahl von Fällen verlangen konnten, daß die deutschen Sprachkenntnisse des betreffenden Kindes nachgewiesen würden. Hierzu wurde ein Schweizer Pädagoge als Sachverständiger nach Oberschlesien geschickt; die Entscheidung im Einzelfall lag bei dem Präsidenten Calonder.

Polen hat das Kompromiß zögernd, aber im allgemeinen loyal ausgeführt. Bei den Prüfungen wurden nur wenige hundert der vielen tausend Kinder als sprachlich für die deutschen Schulen nicht geeignet befunden. Es war natürlich für die Eltern dieser Kinder ein harter Schlag, ihre Kinder nicht, wie sie wollten, in der deutschen Sprache unterrichten lassen zu dürfen, aber im großen und ganzen war die Frage so, wie es eben bei einem Kompromiß zu geschehen pflegt, erledigt. Erst später begannen die polnischen Schulbehörden, auch Kinder, die für das im Herbst vorigen Jahres beginnende Schuljahr für die deutschen Schulen angemeldet waren, den Prüfungen zuzuführen, obwohl sie gar nicht unter das Kompromiß vom Frühjahr fielen. Tatsächlich nahm der Schweizer Schulsachverständige auch eine Reihe von Prüfungen vor, nachdem der Berichterstatter des Völkerbundes, der Kolombus Uruttia, die Prüfungen im polnischen Sinne für zulässig erklärt hatte. Nach dem Genfer Abkommen, das solche Prüfungen aber geradezu verbietet, erließen es den Deutschen vollständig unzulässig, die einmalige Kompromißmaßnahme der Sprachprüfungen weiterlaufen zu lassen. Daher wurde die Streitfrage nochmals vor den Völkerbundsrat gebracht, wo der Vertreter des Reiches unter allgemeiner Zustimmung erklärte, daß der Saager Gerichtshof zur Entscheidung angerufen werden solle.

Das ist nunmehr geschehen. Man hofft auch, daß die verhältnismäßig einfache Frage rasch entschieden werden kann, vor allem im Interesse der betroffenen Kinder. Bedeutend ist dieser Konflikt, weil hinter dem Streite nicht nur die Frage der Auslegung einiger Vertragsparagrafen, sondern das grundsätzliche Problem steht, wie sich die Zugehörigkeit zu einer Minderheit bestimmt. Die moderne Anschauung — und diese sollte auch in dem Genfer Abkommen niedergelegt werden — geht dahin, daß die Zugehörigkeit zu einer Minderheit Sache der freien Wahl, der eignen Bestimmung des einzelnen ist, womit ganz von selbst jede Prüfung unzulässig und sinnlos wird. Es wäre nicht nur im Interesse der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung des modernen Minderheitsrechts erwünscht und erfreulich, wenn die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Haag im Sinne der deutschen Klage ausfallen würde. Die formalrechtlichen Ausichten hierfür sind übrigens günstig.

Aus der Wirtschaft

Ein Vorkämpfer des Einheitsstaates

Am Montag ist in Berlin die Länderkonferenz zusammengetreten, die sich u. a. mit der Verwaltungsreform, der sogenannten Nationalisierung, beschäftigen soll. Das kann unter Umständen ein Schritt weiter zum deutschen National-

staat sein, nachdem schon seit Jahrzehnten unter Einfluß des einheitlichen Zollgebiets, der ununterbrochenen Neierungen im Exportwesen und der Umformung des traditionellen Kapitalismus die Wirtschaft zu einer Einheit zusammengeschweisst worden ist. Heute, so es um den Einheitsstaat geht, stellen sich, genau wie vor einem Jahrhundert bei der Zusammenschweißung der Wirtschaft, der Bewegung große Widerstände in den Wirtschaftskämpfen aber, die vor einem Jahrhundert für die einheitliche Wirtschaft ausgeklagt worden sind, können nur zur doppelten Eurgewaltigkeit anspornen.

Diese Kämpfe knüpfen nicht etwa, wie eine legendäre Geschichtsklitterung immer wieder behauptet, an den Namen von Mannes von Blut und Eisen, an Bismarck an, sondern an den württembergischen Professor Friedrich List, den ersten deutschen Volkswirtschaftlichen Theoretiker und den Mann, der an einer der ersten in der ökonomischen Theorie in den Räumen und Maßstäben einer Universalwirtschaft dachte.

Auf der Frankfurter Messe im April 1819 gewannen eine Reihe von Kaufleuten und Fabrikanten für den Gedanken einer Wirtschaftsbereinigung, und erließ die alleruntertänigste Wirttschrift der zur Ostermesse 1819 in Frankfurt a. M. versammelten deutschen Kaufleute und Fabrikanten um Aushebung der Zölle und Marken im Innern Deutschlands und Aufstellung eines allgemeinen deutschen, auf dem Gebiet der Metalle beruhenden Zollgebietes gegen die angrenzenden Staaten“. In dieser Wirttschrift, die in Wirklichkeit flammendes Signal war, heißt es u. a. „Es Zoll- und Marklinien lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefahr dieselbe Wirkung hervor, als wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut nicht in ein andres überfließt. Um von Hamburg nach Oesterreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Marktorfordernungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen.“

Wie kühn die Sprache Lists und wie revolutionär sein Denken war, beweist die Tatsache, daß die württembergische Regierung erst nach Jahren seinen Iden einleitete. Als er in seiner Verteidigungsschrift darlegte, „daß man guter Württemberger und guter Deutscher“

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Noch ein rätselhafter Brief!

In dieser Woche les wieder ein Brief ein. Der ist kein Rätsel?

... Sie haben ja das, was Sie sich — für's weisse Jahr — so bestimmt vorgenommen hatten, immer noch nicht getan!

Nun wird der Briefschreiber dringslicher:

Trotzdem Sie ganz gewußt wissen, wie wichtig das für Ihre Gesundheit ist!

Was soll man nun gar von dem sonderbaren Schlussaß halten?

Vielleicht denken Sie aber auch wohl an Ihren Geldbeutel, um den geht's natürlich auch!!! Also Bitte....!!!

Der Maurerstudent

Roman von Erdmann Graejer.

(39. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie ging in die Schlaftube und kam mit einem Luchtbrett zum Vorsteigen, das Willi merkwürdig bekannt vorkam.

Und Frau Bergholz, die seinen Blick sah, sagte: „Ja — es ist derselbe, aber noch wie neu! Wie Sie damals bei uns kamen, haben Sie's ja mitgebracht!“

„Welche Veränderung seitdem?“

„Die Welt dreht sich, und die Erde ist rund, das merkt man an unse jähren Abjaze — Tatsache!“

Es war die erste bedeutende Neuerung, die Tidert tat. Willi merkte, daß ihn der Kommilitone heimlich beobachtete, und suchte sich diesen forschenden Blicken zu entziehen. Sollte deshalb aus der Schlaftube vom Kleiderständer die Zigarettentüte und box an. „Nez — mich doch — erst nach'n Kaffee!“ jagte Frau Bergholz, als ihr Mann sofort in die Stube griff. Ja, nachdem sie die Umgebung abtastet, fand sie ihr eigenes Wesen zurück und wurde ganz jüch.

„Gott ich ooch nich jedaht, bei Du mal mein Schwiegerjahn werden würdest, als Du damals auf'n Bau kamst,“ jagte Bergholz, mit dem Bestreben, alle Beziehungen auszunutzen.

„Auch nich?“

„Aber nu is's doch so jelsammen, janz jejen unjern Willen — Schwaman drüber,“ jagte Frau Bergholz freudlich-bergebdungsvoll und lächelnd. „So, wie Ihr, haben wir damals auch angefangen mit Stube und Küche. Aber dann nachher is die jute Stube jage!“

„Striegen wir auch,“ jagte Lizzie. „Willi arbeitet ja jetzt ins Bureau bei Fittich. Der Lille hat einen Karren an ihn jestreifen, er soll sein Nachfolger ins Geschäft werden — wahr, Willi? Hat er doch jesagt?“

Da Willi aber nicht antwortete, jagte sie gedämpft, gleichjam erklarend: „Er soll nicht drüber sprechen, aber Euah kann id's doch jagen — bei wäre ja noch jöhner!“ Ihr Blick glitt jtreitlich zu Willi.

Frau Bergholz jag bei mit offenem Munde, ihr Mann hatte sich plötzlich außerappelt und blidte jast ängstlich nach Willi, nur Tidert tat, als hätte diese Mitteilung keine Bedeutung, legte Bikerlitz ein Zudertstuck auf die Nase und iteg jie — auf Kommando danach jchnappen. „Wahr gemacht — nu kuh!“

„Na — denn werdet ihr euch ja toll bald verbessern?“ jagte Frau Bergholz Heinlaut. „I's denn ooch wirklich wahr?“ Ihr Bild war saugend auf Willi gerichtet, er aber jagte: „Die Schnaden müssen aufgejessen werden, aber es langt ja keiner zu! Und Kaffee trinkt auch niemand!“

„Na denn,“ jagte Bergholz, wie aus einer Betäubung erwachend, „hat ja unse Lizzie 'ne sehr jute Partie gemacht!“ „Wen's wahr is!“ jagte Frau Bergholz. „Denn wollen

mir's unä man jöhmeden lassen!“ Seighungtrig griff sie nach dem Geld, pippie die Schmelde in die Kaffeetasse, begann zu essen. „Sehr jöhne“, lobte sie — „so jui jund sie bei unjern Väder nich!“

„Aber — der alle Fittich, der is einer von die Sorte, die neunzig Jahre und noch älter werden!“ jagte Herr Bergholz köplich. Es war ihm eine gewisse Erleichterung, dies jettzujstellen.

„Ob's überhaupt wahr is!“ forschte Frau Bergholz wieder. Nur Tidert blieb jumm, trant sehr jparjam, war ganz jech und fremd geworden.

„Was haben Sie denn, Kommilitone?“ Willi legte den Arm um seine Schultern. Als ich damals bei Ihnen war, hat mir Ihr Kuchen so gut geschmeckt, und bei mir essen und trinken Sie nich!“

Tidert griff nach der Tasse, trant. „Ja — Kommilitone — id kriego die Neberenz nich raus! Aber id jlaube, id bin een jroher Duffel jemenen — Tatsache, het bin id!“

„Nein, aber mein bejter Freund, zu allen Zeiten!“

„Hapje jehört, jikerliche? Dei jagt er — Fittich's Nachjäger — Tatsache, hat er jesagt!“

„Also, drüber sprechen darf man noch nich?“ jagte Herr Bergholz.

Willi jagte: „Wie lange ist es her, daß Sie mit gejagt haben, wie man Moriel miffcht und das Lot gebraucht? Wenn id nun auch was dazu gelernt habe, reicht das doch nich aus, um — na ja, um! Ich muß ja erst noch mein Examen ablegen, und dann bin ich noch lange nicht so weit, Lizzie lebt jchon in der Zukunft, aber die soll sich doch erst erfüllen!“

„Aber mir hat er's anders jesagt“, beharrte Lizzie, zu dem Vater gewandt, „mir hat er's jesagt...“

„Lizzie!“ Willi jah sie bittend an.

„Na — denn nich!“

„Nu weeh id jchon Bescheid“, jagte Frau Bergholz. „Vater, dann jeh' man zu, der Du 'n bejsern Posten bekommst!“

„Mit meinem lahmenBeen kann id nich mehr uff's Jerüste!“

„Nez — aber vielleicht 'ne Tagesberjährtigung ins Büro“, jagte Frau Bergholz. „Is doch een janz unnatürliches Leben, wat Du jetzt führt, der kannste doch nich uff die Dauer machen!“

37.

Jetzt galt es also dem Willag zu entfliehen, dem Willag, in dem sein Leben atmete, zitterte und webte. Willi stand vor der jchwervigen Aufgabe, nachdem Schmerz und Leid ihren Tribut schon bekommen hatten.

mir gemeinsam haben, sonst ist unser Leben sehr arm und reizlos. Weißt Du noch, damals in der Laubentolmie —

„Ja, det war 'ne jöhne Zeit!“

„Ich wollte jagen: Da haben wir eines Abends auf der Bank unter dem Stollunderstrauch geessen und in den Sternenhimmel gejejen...“

„Kommt alles wieder! Lasse man erst warm werden, denn nehmen wir uns ooch 'ne Laube, und dann können wir ja ooch nach die Sterne kiesen, wenn Dir det jolden Spaß macht!“

„Ich wollte jagen: In jenem Abend waren unsere Seeley gleichgestimmt, wir waren — ja — wie isch ich es Dir erklären wir waren...“

„Ja, Du warst sehr jöhner!“

Da er gemerkt, daß er auf diese Weise nicht weiterkam, berjuchte er es anders. In seiner kleinen Bibliothek hatte er auch Storm's „Jammenjee“. Er gab ihr das Büchlein und jagte: „Du hast jehr viel freie Zeit, Lizzie, kies das doch einmal — ich bin neugierig, wie es Dir gefallt!“

Zwei, drei Tage bergingen — er fragte absichtlich nicht, ob sie das Buch gelesen. Da sie aber gar nich's jagte und das Buch nachher wieder bei den andern lag, erfundigte er sich doch — so netenbei.

„Wenich spanend — bloß traurig! Nez, Willi, id hab abez mal cen Buch jesejen, det hieß: „Das Sehmgericht“ — das miffcht id jern noch mal lesen, wenn Du det freizejn könntest!“

Ein paar Wochen später kam er ganz aufgeregt nach Haus und jagte: „Heute gehen wir ins Theater — es wird „Samlet“ gegeben!“

„Ins Theater — heute —?“ fragte sie erschrocken. Es war ihr gar nicht recht, denn sie hatte sich auf den Heringsalat und die warmen Würstchen gejeirent, und nun sollte sie bis nach der Gemeinrecht aus dem Theater darauf warten.

In den Pausen sprach sie nur von den Würstchen, und auf dem Heimweg, als er sie fragte, wie ihr das Stück gefallen, jagte sie „Janz jöhne!“ Aber für sich selbst jekte sie habilitut hinzu:

„Hammel, Hammel, Hammel — Kommt fort aus der Jerammer...“ Sie aj dann allein die Amobländer und den Heringsalat, denn Willi hatte erklärt, daß er todmilde sei und gleichs ins Bett müßte.

„Siehste — det kommt von's Theaterjehn!“ Als sie nachher in die Schlaftube kam und jah, daß er noch munter war, jagte sie: „Zit hab Dir Dein Teil uffjehoben, den isst Du morgen! Ober hastje jekt Hunger? Denn mach id Dir die Würstchen noch mal warm und bring sie Dir ans Bett!“ Er wandte sich ab, stellte sich schlafend, tat, als hätte sie ihn nur durch ihr Gereintommen aufgeweckt.

„Ach Kott — ja!“ seufzte sie, als sie die Petroleumlampen auslösies und sich ins Bett jastelte. „Da hat man nun een Mann — wat aber habe id von ihm! Bloß durch det dämliche Theaterjeccemel hätte heute alles so jemittlich werden können!“ (Fortsetzung folgt.)

...er zugleich sein könne", wurde er aus seinem Professorenamt entlassen.

Reutlingen aber wählte ihn im Jahre 1819 in den württembergischen Landtag. Die Regierung nahm jedoch die von ihm verfasste "Reutlinger Adresse", worin er die Abschaffung der Pfaffen- und Straßenausgaben und der Ungelder- und Mäzefamern vorsetzte und weiter für die direkte Besteuerung eintrat, zum Anlaß eines Kriminalverfahrens gegen ihn. Das Gericht verurteilte ihn auch zu 10 Monaten Gefängnisstrafe, wegen Ehrenkränkung und Verleumdung der Regierung, der Gerichts- und Verwaltungsstellen und der Staatsdiener Württembergs. Seine Freunde setzten seine Begnadigung durch, die Württemberg's damaliger König auch unter der Bedingung gewährte, daß der unbehagliche Gelehrte nach Amerika auswandere. Friedrich List ging nach Amerika, wo man ihn mit offenen Armen aufnahm. In der Wirtschaftsgeschichte der Neuen Welt nimmt er einen Ehrenplatz ein. Er ist vor allem an der Ausschließung der amerikanischen Kohlengebiete beteiligt. Nach fünf Jahren kam er, von Sehnsucht getrieben, nach Deutschland zurück und entwickelte hier, immer im Hinblick auf das gewaltige einheitliche Wirtschaftsgebiet in Nordamerika, sein volkswirtschaftliches System. Zu gleicher Zeit mit der Idee eines einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebiets wird in seinem Hauptwerk der Gedanke der Erziehungszölle geboren. Von Haus aus unbedingter Freihändler, stellt er das so modern anmutende Ziel auf: "Es ist die Aufgabe der Nationalökonomie, die ökonomische Erziehung der Nation zu bewerkstelligen und sie zum Eintritt in die künftige Universalgesellschaft vorzubereiten."

Weittragender sind die Erfolge seiner praktischen Arbeit, die der Entwicklung eines Eisenbahnsystems in Deutschland galt. Die Verwirklichung dieses Gedankens hat dann auch für die Vereinfachung des deutschen Wirtschaftsgebietes Folgen gehabt, wie sie vielleicht die Steuerfragen in Zukunft für die Verwaltungsreform haben werden. List selbst hielt "Die Eisenbahndampfwagenfahrt für den Fortschritt in der Wiege, der die Völker erlösen wird von der Plage des Krieges, der Teuerung und Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des Schlendrians". Der Bau der Eisenbahn von Leipzig nach Dresden (der ersten größeren Eisenbahnstrecke in Deutschland überhaupt, die auch die Rentabilität und Wirtschaftlichkeit des neuen Verkehrsmittels erwies) ist Friedrich Lists Werk.

Wie groß die Widerstände aber gegen die Vereinfachung der Wirtschaft waren, geht aus einer Erklärung des Obermedizinalkollegiums von Bayern hervor. Dieses behauptet, daß der Fahrbetrieb mit Dampfwagen im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu unterjagen sei. Die schnelle Bewegung erzeuge unfehlbar Gehirnerkrankungen. Schon der bloße Anblick eines rasch dahingehenden Zuges könne diese Krankheiten erzeugen so daß an beiden Seiten des Bahnkörpers ein mindestens 5 Fuß hoher Zaun zu fordern sei". Man sieht, wenn man sich gewisser bayrischer Belange erinnert, daß die Weltgeschichte schließlich nur sehr langsam fortschreitet. Aber wie man das Schicksal des Obermedizinalkollegiums von Bayern überwinden hat, so wird man auch andre Schwierigkeiten, die dem Einheitsstaat im Wege stehen, überwinden.

List, der in Mainz einmal eine Verammlung von Fabrikanten als "Hunde" anredete, von denen jeder in eine andere Ecke läuft und den andern, der ihm nahekommt, anknurrt", wäre unfehlbar in die Gedankengänge des modernen Sozialismus hineingewachsen, wenn ihm das Schicksal ein längeres Leben beschied hätte. So wurde er für die Idee der deutschen Wirtschaftseinheit der große "Mitator", dessen blinder Weg sich nur mit der Robert Wunns, des Revolutionärs von 1848, vergleichen läßt. Von der Reaktion gehegt, geistig und materiell ruiniert, machte List, der sich jahrelang von seiner Feder ernährte und so einer der Väter des modernen Journalismus ist, in Ruffein durch einen Schuß in die Schläfe seinem inhaltreichen Leben ein Ende.

Der milde Sinn des österreichischen Dichters von Kupferstein gab dem protestantischen Selbstmörder auf dem katholischen Kirchhof ein Grab. Heute ist es ein Ehrengrab, das uns an die Verbundenheit des Deutschen Reiches mit Oesterreich erinnert.

Schallplatten und Konsumverein

Vor einigen Tagen druckten wir im Wirtschaftsblatt einen Artikel aus der "Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz" ab, in dem ein Streit des Konsumvereins Meerane mit der Karlsruher Industrie- und Handelskammer über die Beschaffenheit der Schallplatten, er handle "gegen die guten Sitten", wenn er seine Mitglieder Schallplatten zu einem kleineren als dem von der Fabrik vorgeschriebenen Preise verkaufe. Aus Magdeburger Handkreisen erhalten wir dazu eine Zuschrift, aus der zu schließen ist, daß dieser Artikel mißverstanden wurde. Wir stellen ausdrücklich fest: der Artikel richtet sich nicht gegen Geschäfte, die mit Schallplatten handeln, auch nicht gegen die Verkaufspraxis der Schallplattenfabriken, sondern wendet sich mit Schärfe nur gegen die Verwirrung der Rechtsbegriffe. Die Handlung eines Konsumvereins, der nur an seine Mitglieder verkaufen darf, und dessen Aufgabe es ist, seine Mitglieder billig und gut mit Ware zu versorgen, wurde als "sittenwidrig" bezeichnet. Gegen eine solche Begriffsverwirrung gilt es allerdings, mit aller Schärfe Front zu machen.

Daß der Verdienst der Schallplattenhändler gering ist, wenn man alle Spesen berücksichtigt, halten wir für durchaus möglich. Aber — dieses Thema stand ja gar nicht zur Debatte. Die Voraussetzungen für die Geschäftspraxis einer Konsumgenossenschaft und eines Privatgeschäftes sind grundverschieden. Darum nochmals: Es handelt sich um einen Streit zwischen einem Konsumverein und einer Fabrik, der gegenüber der Konsumverein seine altbewährten Grundsätze moralisch rechtfertigte.

Generalversammlung der F. G. Farben

Die Handelsblätter berichten aus Frankfurt: "249 Aktionäre bezitzten 712 652 000 Mark Stammaktien, 160 Millionen Vorzugsaktien Serie A und 40 Millionen Vorzugsaktien Serie B." Hinter diesen Aktionären stand also, bei einem Kurse von rund 280 Prozent, ein Kapital von über 2 1/2 Milliarden Mark. Das ist die Generalversammlung der F. G. Farbenindustrie, die in Frankfurt a. M. stattfand.

Diese Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 900 Millionen Mark ist tatsächlich ein Staat im Staate, wie Napoleon 3. einmal die Firma Krupp genannt hat. Ihre Beherrscher, die Duisbergs, Schminhs, Woschs nim, repräsentieren eine Plutokratie, eine Macht des Industriekapitals, deren Auswirkungen auf Staat und Politik viel größer sind, als der ahnungslose Normalmensch denkt.

Eine Generalversammlung der F. G. Farbenindustrie ist Formschön. In wenigen Minuten wurde die Ausgabe einer 250-Millionen-Mark-Anleihe und die Umwandlung von 60 Millionen Vorzugsaktien der Serie A in Stammaktien beschlossen. Ein Kreis von einem Duzend Menschen regelt hinter verschlossenen Türen die Dinge, von denen Millionen von Menschen, die Entwicklung eines riesigen Arbeitsmarktes und die Zukunft eines wichtigen Teiles unserer ganzen Wirtschaft abhängt. Wie weit sind wir von einer Demokratisierung der Wirtschaft entfernt und wieviel Arbeit bedarf es, um diesen organisierten, den neuen Kapitalismus, innerlich zu überwinden?

In einer Generalversammlung der F. G. Farbenindustrie hielt, wenn Geheimrat Duisberg einige Worte über den guten Beschäftigungsgrad der Rieseengesellschaft gesagt hat, dem kleinen Aktionär — zu den kleinen Aktionären gehört in diesem Kreise zum Beispiel die Kommerz- und Privatbank die nur ungefähr 10 Millionen F. G. Farbenaktien in ihrem Portefeuille hat —

das Recht zu, Fragen zu stellen, die dann von dem Chemiegewaltigen "beantwortet" werden. Aus diesen Antworten erfährt man, daß die F. G. Farbenindustrie ihre Dividende von 10 auf 12 Prozent erhöhen wird, erfährt man weiter, daß sie vor allem gegenwärtig ihr Kunstseidenprogramm bedeutend erweitert. Die Fabrik in Wolfen stellt gegenwärtig täglich 5000 Kilogramm Viscose her. Zukünftig werden weitere drei neue Fabriken, die von dem Köln-Nollweil-Konzert übernommen worden sind, ebenfalls mit der Produktion von Viscose beginnen. Die Herstellung von Aktafide soll von 2000 Kilogramm pro Tag auf 5000 Kilogramm und die Erzeugung von Vethyl-Zellulose-Kunstseide auf 5000 Kilogramm pro Tag erhöht werden.

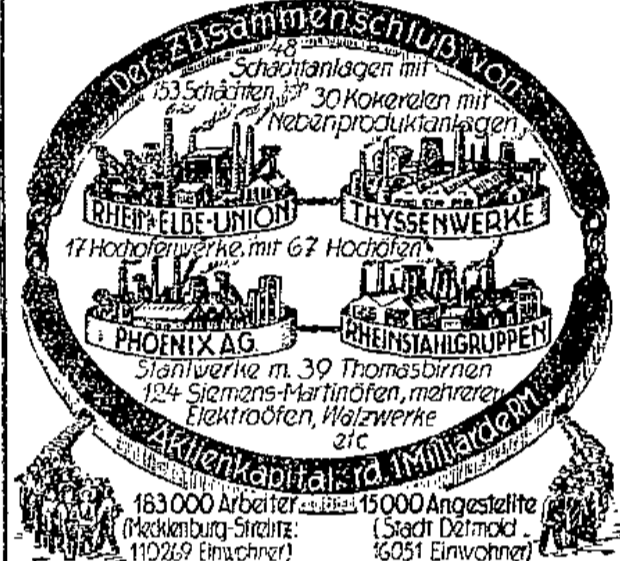
Das ist die F. G. Farbenindustrie. Sie denkt in Milliarden und herrscht souverän über Zehntausende von Proleten. —

Gläubiger- und Schuldnerländer 1927

Die Gewährung und Aufnahme von Auslandsanleihen erfolgte 1927 in größerem Umfang als in den vergangenen Jahren, ein Zeichen für die wachsende Verfestigung der nationalen Wirtschaften. Im folgenden werden nur die öffentlich ausgegebenen Anleihen (Emissionen) festgehalten, welche statistisch leicht feststellbar sind, wenn auch hier die Umwandlung kurzfristiger Anleihen in langfristige die genaue Erfassung erschwert. Die anderen Formen der internationalen Kapitalbewegungen, wie kurzfristige Darlehen, Warenkredite, Aktienkäufe, Beteiligungen an ausländischen Unternehmen, werden in der folgenden Darstellung nicht berücksichtigt.

1. Die Vereinigten Staaten gewährten Auslandsanleihen in den ersten 9 Monaten 1927 im Betrag von 974 Millionen Dollar (1 Dollar = 4,20 Mark), wobei die Umwandlungen von kurzfristigen Anleihen in langfristige (Konversionen) in Höhe von 243 Millionen Dollar (1 Dollar = 4,20 Mark) im ganzen Jahre 1926 1088 Millionen

Ein modernes Industriegebilde (Der Aufbau der Vereinigten Stahlwerke)



Produktionsziffern

Kohlenförderung	1927	1926
Koksproduktion	1927	1926
Rohstahlerzeugung	1927	1926
Rohseisenerzeugung	1927	1926

Ein modernes Industriegebilde

Die Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf gehören mit zu den größten Industrieunternehmen der Welt. Die leistungsfähigsten deutschen Bergwerke, Eisenhütten und Verarbeitungsanstalten sind hier zu einem Wirtschaftsorganismus zusammengeschlossen, dessen Produktionspolitik nach streng rationalen Gesichtspunkten abhandelt wird.

Dollar in den Vereinigten Staaten aufgelegt wurden, wird die Summe der Anleihen 1927 die vorjährige erheblich übersteigen. Die Anleiheempfänger waren in diesem Jahre wesentlich anders verteilt als 1926. Stand 1926 Deutschland unter den Geldnehmern mit 30,5 Prozent der Gesamtsumme der amerikanischen Anleihen fast an der Spitze, so entfiel — infolge der Erleichterung der Aufnahme langfristiger Anleihen durch Vorseuerung und Beratungsstelle — 1927 nur 11,9 Prozent auf Deutschland. Der Anteil Italiens an den amerikanischen Anleihen stieg dagegen von 4 auf 11,3 Prozent, der des fernen Ostens von 3,8 auf 15,2 Prozent. An der Spitze der Empfänger amerikanischer Anleihen steht Lateinamerika mit 29 Prozent, ihm folgt Kanada mit 22 Prozent.

2. Die Auslandsanleihen Englands waren 1927 erheblich größer als 1926 und betragen 140,9 Millionen Pfund Sterling (1 Pfund Sterling rund 20 Mark) gegenüber 122 Millionen 1926 — eine unter Berücksichtigung der englischen Kapitalverhältnisse außerordentlich hohe Summe, deren Verleihung allein durch die Annahme einer großen kurzfristigen Verschuldung Englands erklärlich erscheint. Die Zunahme der englischen Auslandsanleihen kam aber voll den Dominions (Kolonien) des Britischen Reiches zugute, auf die in diesem Jahre 61,7 Prozent der englischen Auslandsanleihen entfielen, gegenüber nur 47,1 Prozent 1926. Sie erhielten 1927 Januar bis November 86,9 Millionen Pfund gegenüber 57,5 Millionen 1926. Deutschland erhielt etwas mehr als 1926, nämlich 7,3 Millionen Pfund, während die dem sonstigen Ausland geliehenen Summen sowohl absolut wie auch anteilmäßig erheblich zurückgingen.

3. Als Anleihegeber spielt in den letzten Jahren Holland eine große, ja, wie vielfach angenommen wird, im Verhältnis zu seiner Kapitalkraft übermäßig große Rolle. Die holländischen Auslandsanleihen beliefen sich 1925 auf 159 Millionen, 1926 auf 358, in den ersten 9 Monaten 1927 auf 290 Millionen Gulden (1 Gulden rund 1,70 Mark). An diesen Anleihen beteiligte sich in erster Linie Deutschland, in den ersten 9 Monaten 1927 mit 91 Millionen Gulden, 31,5 Prozent der von Holland in diesem Zeitraum gegebenen Anleihen. Auch sonst empfangt Deutschland in den letzten Jahren erheblich größere langfristige Anleihen von Holland als von England. Der Anteil der niederländischen Kolonien an den holländischen Anleihen ging in den letzten Jahren dauernd zurück und betrug 1927 (9 Monate) nur 10,1 Prozent. Dagegen haben Frankreich und Belgien 1927 erheblich mehr holländisches Geld als in den vergangenen Jahren geliehen erhalten.

4. Die von der Schweiz im Jahre 1927 (11 Monate) gewährten Auslandsanleihen standen mit 234 Millionen Frank (1 Schweizer Frank = 80 Pfennig) erheblich unter denen des Vorjahres mit 326 Millionen für das ganze Jahr. Im Jahre 1927, wie auch schon im Vorjahr, stand als Anleiheempfänger für Schweizerische Anleihen Frankreich im Vordergrund mit 83,8 beziehungsweise 37,7 Prozent der Gesamtanleihen. Deutschlands Anteil ist von 22,9 auf 18,4 Prozent zurückgegangen. Im Jahre 1927 hat auch Italien größere Schweizer Anleihen — 32 Millionen Frank — erhalten.

5. Als Kapitalgeber für das Ausland kommt außerdem noch Schweden in Betracht, dessen Kapitalausfuhr sich in den ersten 9 Monaten 1927 auf 163,9 Millionen schwedische Kronen (1 schwedische Krone = 1,12 Mark belief, gegenüber nur 66,8 Millionen Kronen im Jahre 1926.

Der Kampf um die Eisenpreise

Der Kampf um die Eisenpreise hat begonnen, und zwar scheint es so, als ob die Eisenkongerne die Preissteigerung im Rheinland und Westfalen vorerst noch nicht durchzuführen können. Der Stahlwerksverband schätzt augenscheinlich die belgische und englische Eisenkonkurrenz höher als vor einigen Tagen ein. Das geht aus einem Beschlusse des Verbandes rheinisch-westfälischer Eisengroßhändler hervor. In diesem Verband ist der von den Eisengongernen geschaffene und von ihnen abhängige Werksverband organisiert, der den bekannnten Kampf gegen den freien Handel führt. Der Werksverband hat beschlossen, die Eisenpreise für das rheinisch-westfälische Industriegebiet vorläufig nicht zu erhöhen. Die Preissteigerung tritt also für das übrige Deutschland, wo der Werksverband ausschlaggebend ist, in Kraft, für Rheinland und Westfalen aber, wo die Konkurrenz belgischer und englischer Eisens durch den freien Handel droht, nicht. Damit ist es zum offenen Kampfe zwischen den Eisengongernen und dem freien Handel gekommen.

Gewerkschaftsbewegung

Berliner Tagung der Internationale

Am Montag trat im Bundeshaus des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammen, der Jonhauz (Frankreich), Leipart (Deutschland), Mertens (Belgien), Masfen (Dänemark), Taberle (Tschechoslowakei) und Sassenbach vom Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes bewohnten. Ein Delegierter der englischen Gewerkschaften war nicht anwesend.

Der Vorstand genehmigte zunächst den Tätigkeitsbericht des zweiten Halbjahrs 1927 sowie das vom Sekretariat unterbreitete Aktionsprogramm für 1928. Ferner hieß er die Jahresrechnung für 1927 und den Finanzplan für das Jahr 1928 gut, die dem Ausschuss zur weiteren Behandlung und Beschlussfassung unterbreitet werden sollen. Im übrigen befachte sich die Sitzung mit vorbereitenden Arbeiten für den Ausschuss, das heißt mit den Fragen der Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Vorbereitung für die nächste internationale Arbeitskonferenz, der Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr, Anschließgesuchen usw.

Nach Eintreffen der Nachricht von dem plötzlichen Tod von Karl Dürr, dem Generalsekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und langjähriger Mitglieds des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, richtete der Vorstand an den schweizerischen Gewerkschaftsbund sowie an die Familienmitglieder des Verstorbenen ein Beileidstelegramm. Die Schweiz wird in der Ausschussführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Schürd, dem Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, vertreten sein.

Die Ausschussführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, an der auch Vertreter der internationalen Berufssekretariate teilnehmen, beginnt am 17. Januar, morgens 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelshaus.

Am Donnerstag nachmittag findet ein Empfang des Internationalen Gewerkschaftsbundes beim Reichsarbeitsminister statt.

Besuch der Brauns-Ausstellung

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Ausstellung über seine Arbeitsgebiete fertiggestellt, die dieser Tage eröffnet wird. Mit Hilfe von Bildern, Modellen, statistischen Darstellungen und bergleichend will das Ministerium der Öffentlichkeit einen besseren Einblick in seinen Gesamtaufgabenkreis geben. Am Mittwoch findet eine Führung der Preise durch die Ausstellung statt.

Am Donnerstag werden die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zurzeit in Berlin tagt, im Anschluß an den Empfang beim Reichsarbeitsminister der Ausstellung einen Besuch abstaten.

Albert Thomas kommt nach Berlin

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, wird am 25. Januar dem Zentralverband der Angestellten einen Besuch abstatten. Bei dieser Gelegenheit werden die sozialen Probleme der Angestelltenfrage und vor allem die Forderungen der freien Angestellten auf internationalem Gebiet erörtert werden.

Albert Thomas wird nicht, wie er beabsichtigt hatte, schon vor der Tagung der Oberstenkommission, sondern erst nach den am 18. und 19. Januar in Katowitz stattfindenden Verhandlungen nach Berlin kommen. An den Katowitzer Verhandlungen nimmt als Vertreter der deutschen Regierung Ministerialdirektor Dr. Sisker teil, der polnische Vertreter ist Sołal. Von Katowitz bezieht sich Thomas zunächst nach Warschau. Von dort kommt er nach Berlin.

Neuer Cool-Zwischenfall

Im Anschluß an die sogenannte industrielle Friedenskonferenz in England, d. h. an die Besprechungen zwischen den Industriellen und den Gewerkschaften sind zwischen dem britischen Gewerkschaftsrat und Cool, der seit dem letzten Gewerkschaftskongress Mitglied des Generalrats der britischen Gewerkschaften ist, Differenzen entstanden. Cool erklärte in der Presse, die Mitteilungen über die gemeinsame Besprechung zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter seien irreführend.

Demgegenüber versichert der Sekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, Citrine, daß Cool eine einseitige und irreführende Darstellung der Verhandlung gebe. Seine Vorwürfe seien vermutlich nichts anderes als ein Versuch, die gemeinsamen Besprechungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zum Scheitern zu bringen. Cool müsse wissen, daß keine wie immer gearteten Beschlässe gefaßt worden seien und daß sämtliche Fragen vom Generalrat in einer Sonder Sitzung Ende Januar besprochen werden. Ebenso müsse Cool wissen, daß seine Behauptung, der Generalrat wolle die Arbeiter über die Verhandlungen im dunkeln lassen, völlig absurd sei. Der Generalrat werde sich nunmehr mit dem Verhalten Cools befassen müssen.

Kündigung des Ruhr-Mehrarbeitsabkommens

Der Ruhrgebiet steht die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens für die Bergindustrie bevor. Der Deutsche Bergarbeiterverband wird am kommenden Sonntag zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Auffassung des Verbandsvorstandes wird dessen Vorsitzender Husemann darlegen. Die Bewegung zur Verringerung des Mehrarbeitsabkommens ist schon längere Zeit im Gange und hat nicht nur die freierwerkschaftlichen, sondern auch die christlichen und kirchlichen Bergarbeiter erfasst. So fanden am Sonntag im Ruhrgebiet vierzig Versammlungen des Bergarbeitervereins statt, die die Kündigung des Abkommens forderten.

Der Adel der Artisten

Ich weiß nicht, wer R. Waldenser war. Aber der Mann hat mir mit einer halb fahlichen, halb mit dem Beser spielenden Maulerei eine einsame Stunde beschliff, und das ist manchmal so viel.

Der Artikel, der in der längst eingegangenen Zeitschrift „An der schönen blauen Donau“ das damals so helle Wiener Licht erblinde, ist dreißig Jahre alt. In dem ersten Kapitel desselben plaudert der Verfasser über Artistennamen und Artistengenealogien.

Wir erfahren bei dieser Gelegenheit, daß auch Artisten mit angenommenen Namen ihren Stammbaum und Adelsstolz haben. Gibt es doch Artistenfamilien, die vom Vater auf den Sohn ja hundertfältig zum Kunstreitertum gehört haben.

Ein weitere Kapitel erzählt von den „Dompteuren“, namentlich von dem ersten Löwenbändiger, dem „berühmten“ Bathy. Da er die wilden Tiere in erstaunlicher, nebensächlichender und fast märchenhaft klingender „gemüthlicher“ Weise beherrschte, gab ihm sein Feind, daß er seine Macht einer geheimnisvollen asiatischen Pflanze verdanke, deren Einwirkung die Löwen unterlag.

Sehr unterhaltend war der vertrauliche Verkehr Bathys mit seinen Tieren. Man sah ihn dortmorgens in der Probe an den Käfig gehen, Hand und Arm durch das Gitter strecken, seine Löwen hebeln und kneuen, die sich gemüthlich herandrängten, um sich von ihm lästeln zu lassen.

Ein Arbeiter in Berlin wollte ihm das einmal nachmachen und streckte den Arm vertheidigerweise in den Käfig, um einem Löwen den Kopf zu krauen — was zu einem entsetzlichen Schauspiel führte. Die Löwen sprangen nämlich blitzschnell empor, packten die Hand, rissen den Arm zwischen den Gitterstäben in den Käfig hinein und fraßen dem Manne das Fleisch bei lebendigem Leibe bis zum Ellbogen ab.

So schreibt R. Waldenser und selbst am verbliebene Gesichtsmiene und Zeiten tauchen auf, hübsch geschildert vorbei. Gaukler gaukeln vorüber und vielstauende, strahlende Mächte sind wie ein verarbeiteter, für immer verflungener Zirkusbabend.

Vom Arbeitsgericht

Ungerechtfertigte Entlassung

Ein Familienvater, mit drei schulpflichtigen Kindern, fühlte sich zu Unrecht von der Sacharinfabrik entlassen. Er streifte Klage beim Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung oder Entschädigung gemäß § 87 des Betriebsrätegesetzes an.

Nachdem der Vertreter des Entlassenen die unberechtigten Ansprüche zurückgewiesen hatte, unter Bezug auf das vom Kläger zugestellte Entlassungszeugnis, aus dem hervorgeht, daß die Firma mit den Leistungen und der Führung des Entlassenen stets zufrieden war, machte der Vorsitzende im Auftrag des Arbeitsgerichts einen Vergleichsvorschlag auf Zahlung von 250 Mark an den Entlassenen, den beide Parteien annahmten.

Bereinstalender

Sind nur gegen Vorauszahlung, die Reile 50 Pfennig, aufgenommen. Reichshand deutscher Mieter, Bezirk Wilhelmshafen, Freitag den 20. Januar, 10 Uhr, im kleinen „Hoffinger“-Saal Generalversammlung. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Wettervorhersage

Ausichten für Mittwoch: Sehr stark bewölkt oder trübe, hellwolkige Regen oder Schnee, Temperatur len sam kühlend. — Für später Eintritt von Frostwetter nach wiehentlich.

Wasserstände

Table with columns for location, water level change, and date. Locations include Altmühl, Danab, Grottlitz, etc.

Warenmärkte

Table showing commodity prices for various goods like flour, oil, and sugar, with columns for item name, quantity, and price.

Table with prices for butter and other dairy products, including 'Magdeburger Butterbörse'.

Table showing exchange rates for various currencies and locations like Amsterdam, London, and Paris.

Table with prices for various types of flour and grain, including 'Triticale' and 'Weizen'.

Table with prices for various types of flour and grain, including 'Triticale' and 'Weizen'.

Walhall - Lichtspiele

Von Erfolg zu Erfolg! Noch sind die Lobpreisungen über unser letztes Glanzprogramm nicht verhallt, da sehen wir bereits mit einem neuen Meisterwerk auf dem Plan.



Che-Scandal im Hause Fromont jun. und seiner sen. Ein Wagnis an Eltern, Erzieher, Mütter, insbe andere aber an unsere heranwachsende Jugend.

Die billigste Unterhaltungs-Lektüre Der schöne Reclam-Band

200 verschiedene schöne Bände namhafter Autoren in moderner Druckausstattung, auf halbjährigem Papier und mit Bildmischlagen, gut gebunden . . . je 80 Pfennig

Table listing authors and titles of books in the Reclam series, such as 'Die Schöpfung' by G. Hartmann.

Ferner Werke der Weltliteratur Erzählungen, Romane von Dickens, Dostojewski, Gottfried Keller, Storm, Tolstoi, Bilder aus der deutschen Vergangenheit von Ostow.

Aljo für jeden etwas! Buchhandlung Volkstimme. Nur noch 6 Tage!!! Riesen-Circus Gleich. Circus-Blumenfeld-Gebäude. Heute Mittwoch, 18. Januar.

Zentral-Theater DIRECTION: WALTER STERNER Täglich 8 Uhr: Sensations-Gastspiel großen Ausstattungs-Revue

Flug um die Welt 60 Mitwirkende! 26 Bühnenbilder! 300 Prachtkostüme! Reichskrone Preis-Skat!

Stadttheater Mittwoch, 18. Jan. 19.30 bis 22.15 Uhr 2. Abend Schillerfesten haben Gültigkeit.

Große Verkehefarte von Deutschland Maßstab 1:1 500 000, mit sämtlichen Eisenbahn- und Schifffahrtslinien, Meiß- und Staatsgrenzen.

UT Storchstraße Heute bis Donnerstag! Ein Bluff — Riesenbetrug — Mord Mille — Polizei Gauner im Frack.

UT PALAST - BUCKAU Heute bis Donnerstag! PAROLE dieser Woche: HEUTE ZUR UT-REVUE! Nach Riesenerfolgen verlängertes Gastspiel.

Nachrichten aus der Provinz

Unverkauftes Getreide

Nach den Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsraats fanden für den Stichtag des 15. Dezember den Landwirten aus der Ernte 1927 an Winterweizen 45,6 Prozent (im Vorjahr 31,3), an Winterroggen 24,3 (21,0), an Wintergerste 4,2 (6,2), an Sommergerste 25,2 (33,8), an Hafer 18,9 (17,4) und an Kartoffeln 19,7 (18,9) Prozent zur Verfügung. Danach ist die Ernte 1927 viel schwerer zu bewegen als die Ernte des Vorjahres; zum Teil dürfte das daran liegen, daß die Ernte qualitativ schlechter ist und von den Mähen abgelehnt wird. Dafür spricht, daß die zur Verfügung stehenden Bestände in den Provinzen, die unter Unwetterfahnen gelitten haben, besonders groß sind. Sollte sich wirklich ergeben, daß ein beträchtlicher Teil der Ernte 1927 nicht andienungsfähig ist und nicht ohne starke Beimischung ausländischen Getreides verarbeitet werden kann, so muß die Regierung frühzeitig für eine erleichterte Einfuhr ausländischen Materials sorgen.

Andererseits ergibt die Erhebung des Deutschen Landwirtschaftsraats nicht, inwieweit die für den Verkauf zur Verfügung stehende Ernte bereits lombardiert ist. Es ist anzunehmen, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, die ja der Zweck verfolgt, den Getreidepreis durch Beleihungen hoch zu halten, große Bestände lombardiert hat. So würde sich die angeblich schlechte Qualität der Ernte, die in den Erhebungsziffern übertrieben erscheint, nur als Mandor herausspielen, den Markt möglichst zu verkappen, um die Preise zu halten.

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Arbeiterjugend. Morgen Mittwoch humoristischer Abend. Neue Vorlesungen aus dem Buche „Lachendes Volk“. Berichterstattung von der Bezirksausbildung. Anfang 10 Uhr. Freitag Arbeitsgemeinschaft. Genosse Wille kommt.

Angestelltenversammlung. Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung hat von rund 90 abgegebenen Stimmen in unserm Orte der Zentralverband der Angestellten allein 59 Stimmen bekommen. Am Donnerstag den 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Deutschen Haus“ (Inhaber Klemm), Breite Straße, eine wichtige Angestelltenversammlung statt. Kollege Julius Wach (Magdeburg) spricht über die Verhandlungen zum Magdeburger Ortsstatut sowie über die Gehaltsregelung der Behörden. Alle Mitglieder müssen zu dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Es wird gebeten, pünktlich zu kommen. Unsere Genossenschaftsmitglieder, die Töchter oder Söhne in Handlungsbüro oder auf einem Bureau haben, müssen dafür sorgen, daß diese dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten beitreten. Vor allen Dingen müssen auch die Lehrlinge beim J. d. N. organisiert sein. Die Angehörigen von Arbeitern haben in reichsweiten Harmonieverbänden nichts zu suchen.

Männergesangsverein. Am Sonntag fand die stark besuchte Jahreshauptversammlung der Arbeiter-Sänger statt. Den Jahresbericht gab Genosse Hermann Karl. Die Hauptleistung war das große Konzert, bei dem das Chorwerk „Kolumbus“ aufgeführt wurde. Der Kassenbericht, von Ernst Schulze vorgelesen, war befriedigend. Zur Vorstandswahl erklärte der bisherige 1. Vorsitzende, Genosse Hermann Karl, daß er infolge der janzten Belastung auf den verschiedensten Gebieten darum bitte, ihn von dem Amt als 1. Vorsitzenden zu befreien. Für die Gesamtmitgliedschaft sprach Genosse Hüpperl dem Genossen Hermann Karl Dank und Anerkennung für die bisherige ausgezeichnete Arbeit aus. Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Otto Beyer; 2. Vorsitzender Hermann Karl; Kassierer E. Schulze; Schriftführer W. Matern. Dem Dirigenten des Vereins, Willi Keuling, wurde für seine Arbeit ebenfalls gedankt. Dann wurde beschlossen, die Gemeinliche Chorversammlung des Arbeiter-Sängerbundes zu beschaffen. Vom Dirigenten wurde dann in ausgedehnter Weise über die Kulturwerte im Arbeitergesang gesprochen. Am 25. Februar wird ein humoristischer Abend veranstaltet; Mitte März soll ein Lieberabend stattfinden. Für das Bundesfängerfest in Hannover soll stärkste Beteiligung erreicht werden.

Bahrendorf

Gründung der Frauengruppe. Am 14. Januar fand trotz aller gegnerischen Machinationen bei sehr guter Beteiligung, auch Genossinnen und Genossen von Altenmiedingen waren anwesend, unsere erste Frauenversammlung statt. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Arnig (Magdeburg) sprach über die Ziele und Aufgaben der Partei in wirkungsvoller Weise. Die Frauen müssen sich am politischen Leben mehr denn je beteiligen und von ihrem Wahrecht Gebrauch machen. Unsere Gegner wollen unser Aufklärungsbild für den Frieden durch Abhaltung von Kriegesimpulsvorträgen entgegenarbeiten. Besucht nicht diese Veranstaltungen zur Verherrlichung des Krieges! Die weiteren Ausführungen über Arbeiterwohlfahrt fanden ebenfalls reichen Beifall. Genosse B. Lück wies dann auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Frauen in sozialistischen Frauengruppen und auf die Gründung eines Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt hin. Nachdem die Genossin Arnig noch über organisatorische Fragen gesprochen hatte, wurde die Wahl eines vorläufigen Vorstandes vorgenommen. Die endgültige Wahl soll in der Parteiversammlung erfolgen. Damit ist nun in der Arbeiterbewegung am Orte wieder ein Ziel erreicht worden, das sich bestimmt einmal zum Segen der Arbeiterchaft auswirken wird. Mit der Aufforderung, nun an die Arbeit zu gehen, damit wir auch bald die Gründung der Arbeiterwohlfahrt vornehmen können, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Dodendorf

Parteiversammlung am Donnerstag den 19. Januar im Lokal von W. Kiepel. Ueber die Tätigkeit unserer Parteigenossen in der Gemeindevertretung wird berichtet werden. Auch alle „Volksstimme“-Leser und Freunde der Partei sind willkommen.

Langenweddingen

Die Generalversammlung der Partei war sehr gut besucht. Genosse W. Siegel erstattete den Kassenbericht und gab bekannt, daß die Mitgliederzahl von 72 auf 107 und die Zahl der Zeitungsleser von 168 auf 204 gestiegen ist. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die Wahl des Berichterstatters wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Vortrag des Genossen Crummeier entgegengenommen. Er behandelte die Arbeitslosenfrage und gab den Arbeitslosen, deren Zahl auf über 150 gestiegen ist, Richtlinien, wie sie zu ihrem Rechte kommen können. Auffärend für die Genossinnen und Genossen wirkte auch der Vortrag über die Selbstverwaltung in den Gemeinden. Eingehend sprach der Referent über das Wohnungswesen, das noch in den meisten Gemeinden eine große Rolle spielt. Alle unsere Wohlfahrts- und Gesundheitspflege ist fruchtlos, wenn der Wohnungsnot nicht schnell gesteuert wird. Nach dem Vortrag wurden noch örtliche Angelegenheiten besprochen. Nach der Versammlung war noch Gesang und gemütliches Beisammensein.

Stadtkreis Burg

Abrechnung mit den Moskowitern.

Am 14. Januar tagte im Gewerkschaftshaus die äußerst stark besuchte Generalversammlung der Ortsgruppe Burg des Lebend- und Arbeiterverbandes. Die interessanten und lehrreichen Ausführungen des Direktors Tschur über „Freizeit der Jugend“ wurden von der Versammlung mit Dank und Beifall entgegengenommen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden Tschur brachte

den Beweis, daß die Ortsgruppe stets bemüht war, den Unternehmern das mögliche abzurufen. Die erzielten Lohnerhöhungen im verfloffenen Jahre sind leider durch die zunehmende Teuerung und die geringeren Mieten wieder genommen.

Nun folgten die mit größter Spannung erwarteten Neuwahlen des Vorstandes und der Delegierten zum Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Wahl des 1. Vorsitzenden erledigte sich durch Wiederrwahl des Kollegen Tschur. Der bisherige 2. Vorsitzende Matern fiel glatt durch. Mit 78 Stimmen wurde unser alter bewährter Genosse Hermann Stendel gewählt; Matern erhielt nur 36 Stimmen. Der bisherige Schriftführer Fritz Andree mußte unserm Genossen Paul Andree weichen. 1. Kassierer wurde durch Wiederrwahl Genosse Adolf Waller, 2. Kassierer Genosse Otto Süß mit 81 Stimmen. Der K. R. D.-Gegner konnte nur 34 Stimmen aufbringen. Frau Böhne und die Genossen Schüler und Rehfeld wurden als Beisitzer gewählt. Nachdem durch diese Wahl Gustav Schulze, der „neue Stern“ am Moskowiter-Himmel, jäh verblüht, begann der Sturmangriff der enttäuschten, vor „Wut schneubenden“ Sowjetjünger. Der „neue Stern“ gab seiner „schönen Freude“ über den Ausfall der Wahlen in defektater Weise zum besten. Genosse Stendel trat ihm entgegen. Gerade Schulze und Matern haben durch Lügen, Verleumdungen und gewissenlose Ehrabschneidungen gegen Sozialdemokraten den für die Moskauer so ungünstigen Ausfall der Wahl herbeigeführt. Es mußte einmal Schluss gemacht werden mit dem kommunistischen Unfug. Die Ausführungen Schulzes seien überhaupt nur Unfähigkeit gewesen. Schon im Sommer vorigen Jahres hätte eine Versammlung, nachdem Kollege Nittel das Betragen von Matern und darauf dessen völligen Zusammenbruch geschildert hatte, mit großer Mehrheit Matern das Vertrauen entzogen. Matern wollte in einer späteren Versammlung Rede und Antwort stehen. Die Antwort sei er bis heute schuldig geblieben. Genosse Stendel hielt in dem Ausfall der Wahl die beste Antwort. Dann hielt Matern seine Grabrede. Genosse Karl Grander aber gab ihm treffend Antwort. Mit den schönen Reden könne man nichts anfangen, wir wollen Taten sehen, die habe man aber bis jetzt immer bei Matern vernimmt.

Der Kommunist Angermann stellte fest, daß die Macht und die Anziehungskraft der Arbeiterbewegung schwer gelitten habe, seitdem die Arbeiterschaft in mehrere politische Parteien zerstückelt sei. Er gab damit sich und seinen eignen Parteiangehörigen, den Kommunisten, eine schallende Ohrfeige für ihre die Arbeiterschaft schädigende Taktik. Fritz Andree gestrichelte dann in seinem Vortrag über den wunderbaren Abrutsch in allerhand hofflosen Anschuldigungen und erzielte dafür das Lachen der Versammlung. Genosse Otto Süß stellte dann noch manche Unwahrheiten und Schiefheiten der Kommunisten richtig und wies auf das Wahljahr 1928 hin. Die Arbeiterschaft solle sich genau überlegen, wer schuld sei, daß es nicht so vorwärts geht, wie es möglich wäre, wenn ein Teil der Arbeiterschaft nicht den Kommunisten nachlaufen würde. Die Feier des 50. Stiftungsfestes findet am 18. Februar im „Konzerthaus“ statt. Die Vorstände der Gewerkschaften sollen dazu eingeladen werden, ebenso befreundete Ortsvereine. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfennig. Das Festprogramm ist reichhaltig und gut. Nach einer Aussprache darüber und nach Erledigung einiger internen Sachen erfolgte Schluss der interessanten Versammlung. Für die Kollegenchaft besteht nun die Verpflichtung, vor allem durch regen Besuch der Versammlungen den neugewählten Vorstand tatkräftig zu unterstützen.

Generalversammlung der Partei heute (Dienstag) bei Krause.
Ortsauschuß. Die Freitag fällige Sitzung findet erst am Freitag den 27. Januar statt.

Volksbühne. Die nächste Vorstellung findet am Donnerstag im „Konzerthaus“ statt. Für die Arbeiterschaft sind verbilligte Eintrittspreise festgesetzt, die durch Entnahme der Eintrittskarten im Arbeitersekretariat erlangt werden können. Zur Aufführung kommt das Lustspiel „Frauentöner“ von Leo Lenz.

Fraktionsitzung am Mittwoch bei Holzmann (Gewerkschaftshaus).

Aus dem Gerichtssaal. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der 65jährige Arbeiter K. aus Warchau wegen Eisenbahntransportgefährdung zu verantworten. K. ist seit Jahrzehnten auf dem Gute Warchau beschäftigt, ohne je mit dem Geleis in Konflikt gekommen zu sein. Eine seiner Arbeiten war, die Milch vom Gute nach der Kleinbahn zu fahren. Ungefähr 50 Meter vom Kleinbahnhofs Warchau geht ein Landweg über die Kleinbahnschienen Ziefar - Gerstlin. Schon länger als 20 Jahre wird an diesem Ueberweg auf Anordnung der Kleinbahnverwaltung die Milch des Gutes verladen. Auch den Beamten ist eine andre Ausübung dieser Tätigkeit nicht bekannt. In einem Tage des Oktober v. J. war aber K. etwas zu früh an dieser Stelle mit seinem Gespann und begab sich in die dabei liegende Wirtschaft. Es nahte der Kleinbahnzug und die Tiere des Gespanns wurden durch den Dampf der Maschine schon und schoben den Milchwagen rückwärts über die Schienen. Der Wagen wurde von der Maschine erfasst und zerrumpelt. Zum Glück ging alles gut ab. Personen und auch die Maultiere kamen nicht zu Schaden. Aber der Wagen war erledigt. Dem K. wurde in der Verhandlung vorgeworfen, durch das Nichtaufsichtigen des Gespanns schuld an dem Unglück zu sein. K. gab alles zu; er will in Zukunft vorsichtiger sein. Als „Lohn“ erhielt K. die Woche 10 Mark. Davon mußte er auch den zerrumpelten Wagen bezahlen. Das Gericht hatte Verständnis für den in Ehren ergangenen Mann und die Schwere der Sühne, die ihm schon geworden ist. Es erkannte auf die geringste Strafe von 10 Mark oder 2 Tagen Gefängnis. Die Strafe wurde von K. angenommen.

Kreis Jerichow 1

Kommunalkonferenz in Ziefar.

Am Sonntag den 22. Januar, mittags 1 Uhr, findet in Ziefar im Lokal „Schwarzer Adler“ eine Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter und Gemeindevorsteher statt. Diese Konferenz ist sehr wichtig. Ihr besonderer Zweck ist, unsern Genossen über die Rechte und Pflichten in der kommunalen Arbeit Aufklärung zu geben. Kein Vertreter darf fehlen!

Mit Parteigruß

Unterbezirksauschuß für Kommunalpolitik.
J. M.: Karl Plum, Parteisekretär.

Wiederitz

Die Mitgliederversammlung des Parteivereins war gut besucht. Genosse Mähring gab einen Ueberblick über die Tätigkeit im verfloffenen Jahre: Die Wahl des Ortsvereins ist nicht so günstig ausgefallen wie erwartet wurde. Unser Kreispartei hat auch außerhalb unserer Reihen einen guten Eindruck gemacht. Für die Ortsvereinskasse hat es sich günstig ausgewirkt, so daß dem Parteisekretariat ein neuwertiger Betrag zur Anschaffung eines Agitationskraftwagens zur Verfügung gestellt werden konnte. Der Arbeiterbildungsausschuß hat seine Aufgabe in Form von belehrenden Vorträgen, die unter dem Namen „Arbeiterchule“ zusammengefaßt waren, gut gelöst. Die Werbewoche hat eine Zunahme von 11 männlichen und 8 weiblichen Mitgliedern ergeben, so daß am Ende des Jahres ein Mitgliederbestand von 75 männlichen und 72 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen ist. An Reform der Parteipresse sind 25 hinzugekommen. Nach dem Jahres- und Kassenbericht berichtete Parteisekretär Genosse Plum über die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindevertretung. Wie immer haben wohl die Bürgerlichen zu, daß dies oder jenes notwendig sei und geschaffen werden muß; wenn es jedoch gilt, die Steuern festzusetzen, dann erklären sie jedesmal,

daß eine Erhöhung nicht mehr möglich ist und daß der Mittelstand diese Lasten nicht mehr tragen könne. So versuchen sie die Errichtung eines Rathauses sowie die Erbauung einer Schule zu umgehen. Jedoch ist ein Hausgrundstück, das zu einem Rathaus eingerichtet wird, bereits gekauft. Auch die Errichtung von vier Schulklassen können die Bürgerlichen nicht mehr verhindern, da der Beschluß vom Schulvorstand bereits gefaßt ist. Nur durch den Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion geht die Kurve der Kommunalpolitik in der Gemeinde nach oben. Bei der Vorstandswahl wurde der engere Vorstand wiedergewählt. Als neue Funktionäre kommen hinzu Genosse Paul Prose als Kassierer, die Genossinnen Kersten und Harman sowie Genosse Paul Müller als Beisitzer. Der Kalenderverkauf war in den für Wiederitz zugeteilten Ortschaften nicht immer mit Erfolg durchzuführen. Genosse Mähring forderte zur Gewinnung von Leserinnen der „Frauenwelt“ auf.

Kreis Jerichow 2

Jerichow

Die Generalversammlung des Parteivereins war gut besucht. Der vom Genossen Kinne erstattete Jahresbericht zeigte, daß sich die Partei aufwärts entwickelt hat. Während der Werbewoche wurden 12 Mitglieder neu gewonnen. Genosse Bretting konnte ebenfalls ein äußerst günstiges Bild über die Kassenverhältnisse geben. Die internationalen Karten sind von allen Mitgliedern gekauft. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde auf Vorschlag des Genossen Schmidt der alte bewährte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Den Höhepunkt des Abends bildete ein Vortrag unfer Genossen Plum über Eingemeindung der Gutsbezirke und über Arbeitslosenversicherung. Genosse Schmidt betonte in der Aussprache, daß es die Pflicht der werktätigen Bevölkerung sei, sich in der Sozialdemokratischen Partei zusammenzuschließen. Mit dem Hinweis des Vorsitzenden, bei den bevorstehenden Wahlen sich mit aller Kraft und Energie für die Partei einzusetzen, wurde die Versammlung geschlossen.

Gerstlin

Blühtlicher Tod der Hundertjährigen. Die Witwe Dorethea Schulze ist am Tage nach ihrem 100. Geburtstag plötzlich gestorben. Einer Grippe, an der sie seit einigen Wochen erkrankt war, vermochte ihr Körper nicht mehr standzuhalten.

Der Bildungsausschuß der Partei wird in dem Vortragsabend des Genossen D. Kramp am Donnerstag abend bei Thiele über „Meine Reiseerlebnisse in England“ eine Reihe von Vorträgen des Bücherfreies und der Büchergilde Gutenberg ausstellen. Anmeldungen für eine Buchgemeinschaft werden dort entgegengenommen und Zustünfte erteilt.

Die Generalversammlung der Partei war gut besucht. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Schulze wiedergewählt; Kassierer wurde Genosse Vauer mann, Schriftführer Genosse Bod.

Kreis Wolmirstedt

Ebendorf

Geht nicht zum Familienabend. Am Mittwoch der vergangenen Woche wurde durch Verbreitung von Handzetteln — die man den Schulkindern in die Hände gedrückt hatte — bekanntgegeben, daß am Mittwoch den 18. Januar, 20 Uhr, beim Gastwirt Dankworth ein Familienabend stattfindet. Mitglieder des Elternbeirats weisen darauf hin, daß sie mit diesem Familienabend nichts zu tun haben, und auch nicht daran teilnehmen, weil dieser Familienabend vom Pfarrer und nicht vom Lehrer veranstaltet ist. Darum erjuchen unsere Elternbeiratsmitglieder die Eltern der Schulkinder, dem Familienabend des Pfarrers fernzubleiben.

Obenstedt

Die Arbeitsinvaliden hielten eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der verstorbenen Mitglieder wurde ehrend gedacht. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Viel Arbeit war zu bewältigen. Die Nichtfälle im Kreise sind erhöht, jedoch nicht so hoch, wie sie sein müßten, damit ein invalider Arbeiter ohne Sorgen leben kann. Die Heilbehandlung für nichtversicherzte Opfer des Krieges und der Arbeit müßte vom Kreis eingeführt werden. Es geht nicht an, daß ein Ehepaar von der Rente 10 Mark Beitrag zur Krankenkasse zahlen muß. Schwere Kämpfe stehen bevor, um den Arbeitssopfern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Besitzenden wehren sich gegen jede Verbesserung der Fürsorge, sie wollen wieder das frühere Armeugeld einführen mit 50 Pf. die Woche und die Fürsorgeberechtigten politisch entrechteten. Der Mitgliederbestand muß heifer werden. Es gibt noch viele Invaliden, die da glauben, schlau zu sein, wenn sie dem Zentralverband der Invaliden nicht angehören, aber die Vorteile, die der Verband erkrämpft, mit genießen. Das sind die größten Feinde der Invaliden. Unorganisierte für die Organisation zu gewinnen, muß Aufgabe der Mitglieder sein. Der Kassenbericht ergab eine gute Beitragsleistung, volle 12 Beiträge je Mitglied sind im Jahr entrichtet. Dem Interkassierer wurde für seine Arbeit Anerkennung gezollt. Zum Kreisvorsitzenden wurde Albert Böttcher, zum Stellvertreter August Herwedde bestimmt. Kassierer wurde B. Freist, Interkassierer Friedrich Mähring, Schriftführer Otto Friede, Referenten Gustav Beyer und Richard Hoffmeister. Beisitzer im örtlichen Wohlfahrtsausschuß ist Kollege Albert Böttcher. Wer gewillt ist, der heiligen Ortskrankenkasse beizutreten, muß sich bis Mittwoch beim Kollegen Wötcher melden. Der Arbeiter-Gesangsverein wiederholt am 28. Januar seine Theateraufführung von Weichnachten und hat sich bereit erklärt, für Mitglieder des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden den Eintrittspreis auf 50 Pf. festzusetzen. Die Karten sind bei Albert Wötcher zu entnehmen. Mit der Aufforderung, im neuen Jahre nicht zu erlahmen, immer mehr Mitglieder zu werben und bei den kommenden Wahlen nicht die Gegner der Arbeiter zu wählen, erfolgte Schluss der Versammlung.

Groß-Ammensleben

Lichtbilder-Vortrag. Die Sozialistische Frauengruppe veranstaltete am Sonntag im Nordischen Lokal einen Unterhaltungsabend für die Zwecke der Arbeiterwohlfahrt. Genosse Steinro (Magdeburg) hielt nachmittags für Kinder und abends für Erwachsene einen sehr lehrreichen Lichtbildervortrag. Darauf sprach Genosse Bäcker (Magdeburg) über Versicherungsweisen und „Volksfürsorge“. Genossen werden Mitglieder der genossenschaftlichen Versicherung „Volksfürsorge“.

Die Generalversammlung der Frauengruppe war gut besucht. Genossin Emma Köffel gab den Jahresbericht. Für Wohltätigkeitszwecke wurde 207 Mark ausgegeben. Drei Unterhaltungsabende wurden abgehalten, sieben Konfirmanten besenkt, sieben Mädchen unterrichtet, 20 Kinder 4 Wochen lang mit Milch und Brotchen gespeist, 40 alte und hilfsbedürftige Leute und 90 Kinder zu Weihnachtsen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken bedacht. 1. Vorsitzende wurde Genossin Emma Schulz, 2. Vorsitzende Genossin Emma Köffel, Kassierer Genossin Emilie Motzsch, Schriftführerin Genossin Emma Wulf. Referenten die Genossinnen Friedrike Wefche und Meta Lessing. Beisitzerinnen die Genossinnen Emma Kleinme, Elling und Weineke. Genosse Wollert hielt eine Ansprache und dankte dem Vorstand für die guten Leistungen im verfloffenen Jahre. Amisvorsteher Genosse Motzsch gab einen Ueberblick über die Arbeiterarbeit und in der Werbewoche. Er machte auf die bevorstehenden Wahlen und auf die unermüdete Arbeit der Gewerkschaften und Partei aufmerksam. Er ermahnte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß in jeder Arbeiterfamilie die „Volksstimme“ zu finden ist.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

**Nimm bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung
Minoral-Pastillen.**

hier, einem andern die Latten vom Saume gerissen. Der Gesandigte hat Anzeige erstattet. Die alte, des Weges kommende Genossin H. wurde buchstäblich über den Haufen gerannt. —

Bad Salzungen
Die Volksküche ist morgen (Mittwoch) von 1/8 bis 8 Uhr geöffnet. Die Buchausgabe findet in Solles Gesellschaftshaus statt. —

Nichtigstellung. Im Bericht von der Weihnachtsfeier der Arbeiterwohlfahrt Salzungen muß es heißen statt „7 alte Leute“ — „viele alte Leute wurden beschenkt“. Insgesamt sind 200 Bescherungen an Invaliden, Witwen und Waisen vorgenommen worden.

Stadtfrei
Generalversammlung der Partei. Die Generalversammlung der Partei war von 93 Genossen und Genossinnen besucht. Genosse Müller gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich die Zahl der Besucher in künftigen Versammlungen noch erhöhen möge. Viel Arbeit steht uns in diesem Jahre bevor, so daß es der Anspannung aller Kräfte bedarf. Aus dem Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden war zu ersehen, daß auch im vorigen Jahre eifrig für die Partei gearbeitet worden ist. Es wurden 55 Leier für die „Volksstimme“ gewonnen und 44 Mitglieder der Partei zugeführt. Der Geschäftsbericht des Genossen Vertxam konnte eine geringe Erhöhung des Bestandes nachweisen. Wir zählen jetzt 454 Mitglieder, und zwar 269 Genossen und 185 Genossinnen. Dem Kassierer und gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes brachte die Wiederwahl des Genossen Müller als 1. Vorsitzenden. Ferner gehören dem Vorstand an: Genosse Möbius als 2. Vorsitzender; Genosse Vertxam als Kassierer; Genosse Schumann als Schriftführer. Beisitzer sind die Genossin Möbius als Vorsitzende der Frauengruppe, Genosse Hille und die jeweilige Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt. Mitgeteilt wurde, daß der bisher von der Genossin Gehre fastierte Bezirk von der Genossin Döring übernommen worden ist. Dem Wohlfahrtsausschuß gehören die Genossinnen Stegmann, Pock, Vertxam, Stud und Wanje und die Genossen Weisklog und Ludwigian. Es folgten die Wahlen zum Bildungsausschuß und zu den andern Kommissionen. Aufwändig aufgenommen wurde der Vortrag des Generalsekretärs Genossen Hille über „Kommunismus und Sozialdemokratie“. Eine rege Diskussion mehrerer Genossen folgte den interessantesten Ausführungen. Genosse Möller wies auf die Durchführung eines Films durch den Bezirk am 10. Februar im Saale des „Sofjägers“ hin. Die Versammlung erreichte um 1/24 Uhr ihr Ende. —

Kreis Quedlinburg
Stadtverordneten-Sitzung. Zum Vorsteher wurde Heinrich Kohrs wiedergewählt; stellvertretender Vorsteher wurde der Restaurantbesitzer Richard Schmälwäcker. Beide gehören der kommunistischen Partei an. Stadtd. Klodmann ist durch seine Wahl zum Magistratsmitglied als der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschlossen. An seine Stelle rückt Barbier Andreas Fischer. Es wurde beschlossen, die Eingemeindung des Gutbezirks Domäne Cöckstedt in den Stadtbezirk zu beantragen. Die Kosten der hiesigen Wasserleitung belaufen sich auf 168 781 Mark. Der Plan für den Schulhausneubau kann jederzeit während der Dienststunden im Rathaus eingesehen werden. Am Schluß der Sitzung nahm Weigeordneter Schellenberg in längeren Ausführungen Stellung gegen den Artikel in der „Tribüne“ vom 1. Januar. „Weshalb ist der Cöckstedter Bürgermeister noch nicht bekräftigt?“ Er meinte, daß der Inhalt des erwähnten Artikels im wesentlichen den Zweck verfolgt, ihn (Schellenberg) in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Nachdem einwandfrei festgestellt sei, daß der Artikel in der „Tribüne“ nicht der Wahrheit entspreche, so sagt Stadtd. Genosse Dönede, erwarte er eine Entlassnahme der kommunistischen Fraktion zu den Ausführungen des Weigeordneten Schellenberg. Die kommunistische Fraktion aber äußert sich nicht dazu. Es sei noch bemerkt, daß der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Einseitigkeit der Gehaltszahlung ab 1. Januar an Schellenberg, wofür nur die kommunistische Fraktion gestimmt hatte, einstimmig abgelehnt hat.

Stadtfrei Mähersleben
Die Umgestaltung des Arbeitsnachweises. Sämtliche Arbeitsnachweise verlieren ihre kommunale Eigenschaft und werden von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt an der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert, also verstaatlicht. Sie werden aber auch noch einer andern äußeren Umgestaltung unterworfen. Die Zahl der Arbeitsnachweise soll nämlich erheblich vermindert werden; das bedeutet eine Zusammenlegung vieler bisheriger Arbeitsämter. Man ist jetzt dabei, die ersten Entwürfe darüber aufzustellen. Die Lage der Sache ist so, daß der Arbeitsamtsbezirk Mähersleben in seinem jetzigen Umfang zu klein ist, um als selbständiger Bezirk weiterbestehen zu können. Andererseits wird aber auch anerkannt, daß Mähersleben ein wichtiger Verkehrs- und Knotenpunkt für ein abgegrenztes Wirtschaftsgebiet ist und daß unsere Stadt des Arbeitsamts und damit des Mittelpunktes für diesen Wirtschaftsverkehr nicht beraubt werden kann. Die Lösung wird also die sein, den Bezirk des Arbeitsamts Mähersleben erheblich auszuweiten. Die allerersten Vorentwürfe sehen auch Mähersleben als ein selbständiges Arbeitsamt vor. Eine Ausdehnung kann vor allem erfolgen in der Richtung des Einetals. Von den Ortschaften dort gehört zurzeit nur Weitzdorf nach dem Arbeitsamtsbezirk Mähersleben. Die andern Orte wie Ermsleben, Weilsleben, Stangerode, Quenstedt, Amstedt, Harterode usw. gehören nach dem Arbeitsamt Mansfeld. Das ist für diese Orte sehr unglücklich. Ihre Verbindung mit Mähersleben ist eine bessere. Nach Weilsleben käme vielleicht noch Sothm in Frage. Ueber noch weitere Angliederung von Orten in der Umgebung läßt sich noch nicht reden, da das Schicksal der benachbarten Arbeitsämter noch nicht entschieden ist. Aus dem Grunde der völligen Neugestaltung der äußeren und innern Organisation der Arbeitsvermittlung hat auch die Frage der Errichtung eines neuen und besonders Gebäudes für das hiesige Arbeitsamt geruht. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß im vergangenen Jahre die Angelegenheit der Lösung nahe war. Sobald eine endgültige Entscheidung über den Sitz des Arbeitsnachweises getroffen ist, wird die Frage wieder aufgeworfen. Die nötigen Verhandlungen, die nicht ausbleiben werden, wurden bereits wieder aufgenommen. Es ist schon anerkannt worden, daß die gegenwärtigen Räume des Arbeitsamts völlig unzulänglich sind. —

Die Schulförderleistung wird am Montag den 23. Januar wieder in der bisherigen Weise aufgenommen. Es werden 450 Kinder täglich gespeist werden. Da wiederum ein Wechsel der zu speisenden Kinder stattgefunden hat, muß noch im Laufe dieser Woche die Neuauswahl der Kinder stattfinden. Sie wird in der

Hauptkuche vom Klassenlehrer getroffen. Es wird abwechselnd Milch und Skatoljuppe mit einem Bröckchen verabreicht. Der Preis des Frühstücks ist 6 Pf., in Fällen besonderer Bedürftigkeit wird die Bezahlung erlassen. Sonst treten organisatorische Veränderungen nicht ein. —

Mähersleben
Jahres-Hauptversammlung der Partei
am Freitag den 20. Januar, 20 Uhr, im Neuen Kaffeegarten. Berichte, Vorstandswahl usw. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Vorstand.

Die Ergebnisse der schulärztlichen Tätigkeit. Von Ostern 1926 an wurde hier die schulärztliche Betreuung aller Schulkinder eingeführt. Es wurde kein bestimmter Schularzt angestellt, sondern die Tätigkeit sämtlichen hier vorhandenen praktischen Ärzten übertragen, die sich in die Arbeit teilten. Vertragsmäßig wurden drei „Mehrunderforschungen“ vorgenommen. Zwischen Dörner und Pfingsten wurden sämtliche Schulneulinge (Gruppe I) untersucht, zwischen Pfingsten und den großen Ferien die in der 4. Schullasse (5. Schuljahr) sich befindlichen Kinder (Gruppe II) und später bis zum Schluß des Schuljahres die Konfirmanden (Gruppe III). Die Untersuchungen wurden nach einer Verständigung der Ärzte gleichmäßig durchgeführt. Nach ihren übereinstimmenden Berichten wurde festgestellt, daß der Gesundheitszustand wie überhaupt Kräfte- und Ernährungszustand der Gruppen I und III im allgemeinen und im Durchschnitt ein guter und befriedigender war. Über die Ergebnisse der Untersuchung bei den Kindern der Gruppe II war offensichtlich ungünstiger. Es trat hier die Tatsache in die Erscheinung, daß es sich um sogenannte Kriegskinder handelt. Ein gehäuftes Auftreten bestimmter Krankheitserscheinungen (Epidemien) war in keiner Schule und bei keiner Schülergruppe festzustellen. In einer größeren Zahl einzelner Fälle wurden Folgeerscheinungen einer überstandenen „Englischen Krankheit“ fast überall beobachtet. In größerer Zahl wurden Kinder mit lymphdrüsenartigen Wucherungen, Halsdrüsenvergrößerungen und skrofösen Erscheinungen festgestellt. Fälle von Tuberkulose kamen nur vereinzelt vor. An den Mädchenschulen wurden häufiger Kinder mit Schilddrüsenvergrößerung angetroffen. Fast gleichmäßig wurde aus allen Schulen über einzelne Fälle von verschiedenen stark ausgebildeten Wirbelsäulenverkrümmungen berichtet. Vom ärztlichen Standpunkt aus ist deshalb auch die hier lange Zeit schon angestrebte Einführung des orthopädischen Turnunterrichts sehr dringlich. Bis jetzt hat sich aber immer noch kein geeigneter Raum dazu gefunden. Der Zustand des Gebäudes bei den Kindern ließ oft sehr viel zu wünschen übrig. Deshalb ist in sehr vielen Orten eine besondere zahnärztliche Betreuung der Schulkinder eingeführt. Häufig mußte auch die körperliche Sauberkeit der Kinder bemängelt werden. Das war namentlich bei den Kindern der Hilfsschule stark der Fall. In den einzelnen Schulen sind monatliche Sprechstunden für Schulkinder und deren Eltern eingeführt. In diesen werden Nachuntersuchungen vorgemerkt Kinder vorgenommen, außerdem werden schulärztliche Auskünfte erteilt. Diese Sprechstunden sind aber sehr wenig in Anspruch genommen worden. Das dürfte zwei Gründe haben. Erstens wird die Einrichtung dieser Sprechstunden noch nicht genügend bekannt sein. Zweitens besitzen sämtliche Krankenkassen hier die Familienhilfe, also freie ärztliche Behandlung und Heilmittel für die Familienangehörigen der Versicherten. Die schulärztliche Tätigkeit besteht nicht in ärztlicher Behandlung, sondern nur in ärztlicher Untersuchung. In dieser Hinsicht teilen aber einige Ärzte mit, daß anscheinend die vom Schularzt den Eltern mitgeteilte Notwendigkeit einer ärztlichen oder zahnärztlichen Behandlung oft nicht beachtet wurde. —

Aus der Altmark
Große Funktionärskonferenz der Partei.
Am Sonntag den 22. Januar findet in Stendal im Gewerkschaftshaus, Rathenower Straße 27, eine Funktionärskonferenz der Partei für die Altmark statt. Es wird über das Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei gesprochen werden.

Beginn der Konferenz um 11 Uhr vormittags. Dazu können die Teilnehmer aus allen Orten in Stendal sein. Um 5 1/2 Uhr können alle wieder in die Heimat zurück. Es können auch Genossen und Genossinnen als Gäste an der Konferenz teilnehmen. Mitgliedsbuch und Delegiertenausweis sind als Legitimation mitzubringen. Versäumt nicht, an der wichtigen Konferenz teilzunehmen!
Mit Parteigruß
Karl Müller, Parteisekretär.

Zangerhütte
Frauenversammlung Mittwoch den 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Adler“. Sekretär Genosse Müller wird anwesend sein. —

Parteigeneralversammlung am Donnerstag den 19. Januar, 20 Uhr, im „Schwarzen Adler“. Wichtige Tagesordnung. Vortrag des Genossen Müller (Stendal) über „Wahlbetrachtungen“.

Zangermünde
Sozialistische Frauengruppe. Zur Generalversammlung waren die Genossinnen zahlreich erschienen. Die Genossin Vitorf (Magdeburg) sprach über die Stellung der Frau zum Wohnungsproblem und ging auch auf die kommenden Wahlen ein. Dann wurde die Gruppenleitung gewählt: 1. Vorsitzende Genossin Straube, 2. Vorsitzende Genossin Stedlich, Kassiererin Genossin Trintwede. Beisitzer Radde und Reinholz, Nebvorsitzende Lütgard und Körlin. Genosse Kaschelnia und Genossin Lehrendt wiesen noch auf die Jugendweiche der Freizeiter hin. Anmeldungen umgeben bei den Funktionären der Freizeiter. Anschließend fand noch eine Sitzung der Arbeiterwohlfahrt statt, in der ebenfalls die Zeitung gewählt wurde. Weiter wurde die Genossin Lütgard, Kassiererin Genossin Trintwede und Beisitzer die Genossinnen Kunow und Weitz.

Osterburg
Stadtverordneten-Sitzung. Wegen des Austritts des Stadtverordneten Klein aus der sozialdemokratischen Fraktion hatte sich eine Neuwahl der Kommissionen notwendig gemacht. Es wurden eine sozialdemokratische und zwei bürgerliche Listen eingereicht. Stadtverordneter Klein stellte sich zu den Herren Maack, Schwarzlose, Hoeger und Möhning. In die Liste, die Feld- und Wege-, die Wohlfahrts-, die Finanz- und die Verkehrs-Kommissionen wurden je ein Mitglied unserer Liste (Liste A) und der Liste Maack (Liste B) und drei Mitglieder der „Bürgerliste“ (Liste C) gewählt. Die Bau- und die Krankenhaus-Kommissionen wurden mit je einem Mitgliede der Listen A und B und mit zwei Mitgliedern der Liste C besetzt. Die Wahl der Mitglieder zum Wahlprüfungsausschuß soll erst in der nächsten Sitzung erfolgen. In dem Hospitalvorstand wurde Genosse Neumann wiedergewählt. Die Wahl der Brunnenvorsteher und deren Stellvertreter erfolgte nach dem Vorschlag des Magistrats. Ein von der Gastkommission festgesetzter neuer Stappellarif für den Gasverbrauch wurde einstimmig angenommen. Bei einer Entnahme bis zu 80 Kubikmeter werden 26 Pf., bis zu 100 Kubikmeter 24 Pf., bis zu 200 Kubikmeter 23 Pf., bis zu 300 Kubikmeter 22 Pf., bis zu 400 Kubikmeter 21 Pf., bis zu 600 Kubikmeter 20 Pf. und schließlich bei einer Entnahme von mehr als 600 Kubikmeter 18 Pf. für jeden Kubikmeter verlangt. Danach verlas der Vorsteher das Protokoll der Revision der städtischen Forsten. Stadtvorordneter Genosse Geise teilte zum Schluß noch mit, daß ihm der Inhaber der hiesigen „Altmarkischen Zeitung“, Th. Schulz, beim Schiedsmann wegen Verleumdung verklagt habe. Er sehe dem mit Ruhe entgegen, denn was er gegen die Schreibweise der „Altmarkischen Zeitung“ gesagt, sei nur zutreffend gewesen. Wenn Herr Schulz für seine „volksgeriehrliche Tätigkeit“ ein gutes Buch gegeben worden so, so ist es hoffentlich ein „Umgang mit Menschen“ gewesen. —

Die Erwerbslosenziffer steigt. Durch die Beendigung der Zukerribenampagne in der Zukerfabrik Goldbeck ist die Erwerbslosenziffer wieder einmal bedeutend gestiegen. Es werden jetzt 300 Erwerbslose (in der Vorwoche 247) gezählt; davon sind 29 in die Arznenfürsorge aufgenommen worden. —

Wahrburg
Im Verdacht der Spionage. Der Schlosser D. von hier soll verjagt haben, militärische Geheimnisse zu erlangen und weiterzugeben. Seine Frau hat ihn dieses Vergehens beschuldigt. Sie soll kürzlich in einem Stendaler Gasthof einen Selbstmordversuch unternommen haben. Der Beschuldigte ist nun verhaftet worden. Ueber die Behauptungen seiner Frau zutreffen, werden die weiteren Untersuchungen ergeben. —

Arndsee
Mit der Hand in die Kreislage. Der Preis für je nahe gekommen war der Behrling Otto Gerloff aus Groß-Garz. Dabei wurde ihm die Haut eines Fingers aufgerissen und eine Sehne durchgeschnitten. Ärztliche Hilfe tat not. —

Anmeldung der Erstimpfung. Die im Jahre 1927 auswärts geborenen Kinder sind bis zum 25. Januar unter Vorlage eines Geburtscheins im Rathaus, Zimmer 7, zur Impfung anzumelden. —

Althe
Erwerbslosigkeit. In der letzten Woche wurden insgesamt 274 Erwerbslose gezählt. —

Ferriemarkt. Angekriegen waren 181 Ferkel. Für beste Tiere wurden bis 16 Mark gezahlt. Der Handel ging flott und bei steigenden Preisen wurde der Markt schnell geräumt. —

Stadtfrei Stendal
Einig gegen links.
Wie wir berichteten, hatten unsere Genossen Treumann und Müller eine Behauptung der „Altmarkischen Tageszeitung“, daß sie „grundständig gegen die wohlverordneten Beamtenrechte“ seien, mit einer Erklärung in der Stadtverordneten-Sitzung beantwortet, in der diese Behauptung als Verleumdung gekennzeichnet wurde. Die Redaktion der „Tageszeitung“ hat diesen Schlag auf die Finger wohl verspürt, doch will sie „großmütig“ auf eine Verleumdungslage verzichten. —

Während das deutsch-nationale Blatt wenigstens etwas aus der Ernährung unserer Genossen bringt, wird diese vom angeblich demokratischen „Altmark“ ganz unterschlagen. Mehrmals schon polemisierte dieses Blatt gegen die „Tageszeitung“, aber gegen Sozialdemokraten ist man eines Herzens. Auch der demokratische Stadtverordneter-Vorsteher Dannemann hatte sich ja in der letzten Sitzung schäblich vor den deutsch-nationalen Redakteur gestellt.
Geraus mit dem „Altmark“ aus der letzten Arbeiterwohlfahrt mit unsre Parole bleiben. Das allein aber genügt noch nicht. Stadtverordneter-Vorsteher Dannemann wünschte zu Neujahr im „Altmark“ auch gute Kommunalwahlen für Stendal. Sorgen wir dafür, daß sich dieser Wunsch erfüllt! Wählt sozialdemokratisch! —

Um die Volksschule.
Auch in unserer Stadt werden die parlamentarischen Verhandlungen um das Reichsschulgesetz immer mehr öffentlicher Gesprächsstoff. In den Betrieben, in den Läden, in Versammlungen setzt man sich darüber auseinander, ob man für die konfessionelle oder für die weltliche Schule eintreten soll. Die Väter der Weimarer Verfassung wollten als Kompromißlösung eine Gemeinschaftsschule feststellen. Leider wurde diese Gemeinschaftsschule durch die Wünsche des Zentrums nicht inhaltlich einseitig festgelegt. Das Gesetz bekam durch den § 149 mit seinem obligatorischen Religionsunterricht eine Hintertür, durch die jederzeit die Kirche in die Schule wieder eindringen konnte. Und nun erleben wir bei den Verhandlungen um das Reichsschulgesetz das bedauerliche Schauspiel, daß viele Politiker die Staatsaufgaben unserer Volksschule übersehen und die Schule rücksichtslos in den Dienst ihrer Partei stehen lassen. Das schlimmste aber ist, daß man auch der Gemeinschaftsschule den einheitlichen staatlichen Charakter genommen hat. Auch sie ist vollkommen der Kirche ausgeliefert worden, sieht es auch auf den ersten Blick nicht so aus. Wenn wenigstens dem Willen aller christlichen Eltern Rechnung getragen würde! Man denke z. B. nur an die vielen Seiten und so weiter. Aber nein, die Schule wird dem Regiment der (Zurückführung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Wenn man dir sagt
Jawohl!
Denk gleich an
Läkerol!
Beugt Husten und Halskrankheit vor; hemmt die Entwicklung schädlicher Keime; beugt wirklicher Erkrankung des Halses und der Atmungsorgane vor; ist von prominenten Persönlichkeiten empfohlen.
Preis Mk. 0.60 und Mk. 1.—
Benthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39

Das Beste ist das Billigste
deshalb
Kernseife
Blaue Taube
ca. 80% Fettgehalt!
Hersteller:
Kluge & Co., Magdeburg

Bettfedern  **Russmann**
Spezialgeschäft fertiger Betten
Inletts, Bettfedern u. Daunen
Dampf-Bettfedern-Reinigung
mit elektrischem Betrieb
Schwertfegerstraße 23
Eckhaus am Brunnen
Fernsprech-Anschluß Nr. 8620 Gegäntel 1887

Vergiß es nie!
Schuhberohlanstalt Germania
Lüneburger Str. 1
(neben der Florn-Apothek)
verarbeitet nur
la. Kernleder
bei billigster Preisberechnung
Auf Sohlen und Absätze kann gewartet werden

Karl Klahm
MOLKEREI

GEGR. 1901.
FICHTESTR. 49
FERNRUUF STEPHAN 41570

Kirchenbehörde unterstellt. Auch an der Gemeinschaftsschule wird der Religionsunterricht wieder vom Geistlichen beaufsichtigt. Man macht das natürlich jetzt unauffällig und indirekt, aber man hat das Geseh schon so geschmiedet, daß man den Lehrer fest in die Hand bekommt. Warum hat es denn die Volkspartei als den Kernpunkt des Gesehes bezeichnet, daß der besondere Vertreter der Kirche auch das Recht bekommt, „Einsicht zu nehmen“ in den Religionsunterricht der Gemeinschaftsschule? Damit ist die Gemeinschaftsschule erledigt, Angelegenheit der evangelischen Kirche geworden. Das Zentrum hat ja schon erklärt, daß es sich an der Gemeinschaftsschule nicht beteiligen wird. So bleibt heute dem Anhänger der Gemeinschaftsschule nichts weiter übrig, als sich der weltlichen Schule zuzuwenden. Die Freunde dieser Schulart haben den einzig richtigen Weg beschritten, der zur Einigung führt. Sie lassen das Streitobjekt, den Einfluß der Kirchen, aus der Schule heraus. Die weltliche Schule verwehrt es dabei keinem Kinde, sich außerhalb der Schule von der Kirche besonders Religionsunterricht erteilen zu lassen, wie sie auch von keinem Kinde die Abmeldung aus der Kirche verlangt. Wir brauchen eine Schule, die ein seelisch und körperlich starkes Geschlecht erzieht, das freudig an der Höherentwicklung der ganzen Menschheit arbeitet. Das ist die weltliche Schule!

Anmeldungen für die weltliche Schule können im Sekretariat der S. P. D., Rathenower Straße 27, und beim Vorsitzenden des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Genossen Otto Barz, Weitzwall, abgegeben werden. Die Namen werden geheimgehalten.

Generalversammlung der Partei.

Wieder liegt ein Jahr voll Parteiarbeit hinter uns, das der Ortsgruppe Stendal, wie der Gesamtbewegung Erfolg gebracht hat. Die Generalversammlung am Sonntag im Saale des Gewerkschaftshauses war sehr gut besucht und Nützlichungsbeginn für das kommende Wahlkampfjahr.

Der Tod hat uns im letzten Jahr einige Genossen und Genossinnen entzogen. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende, Genosse Trumpp, gibt dann einen kurzen Geschäftsbericht. Es ist aus ihm hervorzuheben: Die Werbemasche hat uns ein gutes Ergebnis gebracht. Den Funktionären gebührt für ihre aufopfernde und unermüdete Arbeit Dank. Schon jetzt muß zu den Wahlkämpfen gerückt werden. Den Kassenbericht gibt der Kassier, Genosse Jander. Die Mitgliederbewegung ist eine erfreuliche. Die internationalen Marken müssen mehr gelebt werden (pro Vierteljahr eine Marke). Die Kasse ist geprüft und für richtig befunden. Die Versammlung erteilt dem Kassierer einstimmig Entlassung.

Die Vorstandswahl geht rasch von statten. Dem Vorschlag auf Wiederwahl wird einstimmig zugestimmt: 1. Vorsitzender Albert Trumpp, 2. Vorsitzender Otto Schulze, 1. Kassierer Otto Jander, 2. Kassierer Wilhelm Bernicke, 1. Schriftführer Walter Schönecker, 2. Schriftführer Otto Wietzke. Zu Beisitzern wurden gewählt die Genossinnen Bräutigam und Kuhl und die Genossen August Sinze und Gustav Wendt. Revisoren blieben die Genossen Wilhelm Gädike und Fritz Kallert.

Lehrer Genosse Spizner (Schöft) spricht nun über „Sozialdemokratische Schulpolitik“. Die Volksschule will man wieder unter das Joch der Kirche bringen. Das Bürgertum ist sich seiner politischen Macht bewußt, die rücksichtslos auszuüben ihm eine untaugliche Volksschule immer erleideter hat. Der Heubellische Volksschulgegensatz müßte alle Arbeiterkinder auf den Platz rufen; endlich muß Schluss sein mit der reaktionären Schulpolitik! Unser Streben geht dahin, eine Schule zu schaffen, die es jedem jungen Menschen ohne Anziehung des Standes ermöglicht, von der Grundschule bis zur Hochschule zu gelangen. Mit dem Grundsatze der alten Schule „Leile und herrsche!“ muß gebrochen werden. Wir treten ein für die weltliche Schule. Keiner Beifall dankte dem vorzüglichen Redner. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Ripke, Müller und Gädike. Parteisekretär Genosse Müller feuerte noch einmal an, hier in Stendal der alten Schule den Rücken zu kehren. Der Anfang zur Errichtung einer weltlichen Schule ist bereits gemacht. Eine Anzahl Anmeldungen liegen vor, doch müssen es noch mehr werden. Auch die kommenden Zahlen werden mit der Patole angejochten

werden: Eine bessere Schule für unsere Kinder durch Nachver- stärkung der Sozialdemokratie! In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß am Sonntag den 22. Januar, um 14 Uhr, im „Odeum“ ein öffentlicher Vortrag über „Christentum in Theorie und Praxis“ stattfindet. Veranstalter ist der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Der Bericht über die Tätigkeit unserer Fraktion im Rathaus müßte von der ohnehin reichhaltigen Tagesordnung abgesehen werden. Ein Antrag der Arbeiterjugend wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Landtagsabg. Genosse Müller streifte kurz die letzten Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung. Bezeichnend ist es, daß der „Altmärker“ die Erklärung unserer Genossen Trumpp und Müller gegen die „Altmärkische Tageszeitung“ seinen Lesern unterfchlagen hat. Die deutschnationalen „Altmärkische Tageszeitung“ dagegen erwähnt sie wenigstens. Ein derart „unpolitisches“ Blatt wie der „Altmärker“ muß aus der Arbeiterbewegung verschwinden!

Am Mittwoch und Donnerstag werden im Gewerkschaftshaus Märchen im Lichtbild gezeigt. Anfang 15 Uhr. Zum Besuch der Funktionärsvorstellung am Sonntag den 22. Januar wurde eingeladen. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag den 19. Februar statt.

Sozialistische Arbeiterjugend. Donnerstag den 19. Januar Abendpausiergang. Treffpunkt vor dem Heim um 10 1/2 Uhr. Für den Sonntag ist eine Schutzeljagd geplant. Es treffen sich hierzu alle am Heim um 14 Uhr. Das Jagdgebiet erstreckt sich von der Vorsteiler Chaussee bis zum Bürgerpark. Abends um 20 Uhr am Volkstanz im Heim. Jugendgenossen und -genossinnen! Rüstet zum Reichsjugendtag in Dortmund! Spararten sind beim Genossen Niedhoff zu haben. Zu den Veranstaltungen dürfen auch Gäste mitgebracht werden. Rent dabei an die Schulklassen! Festgenommen wurde ein stellungloser Kellner aus Stendal, der in dem Verdacht steht, seinem Schlafkollegen 40 Mark gestohlen zu haben.

Wieder Hochwasser. Die Petersburger Wiesen bilden einen großen See. Der Verbindungsweg von der Blumenthalstraße zur Petersburg war am Montag vormittag noch unpassierbar. In andern Stellen tritt ebenfalls Hochwasser in Erscheinung. Die Leiche ist zu einem breiten Fluß angeschwollen. Hoffentlich hat es mit den bisherigen Niederjahren sein Bewenden.

Starke Burden machten sich kürzlich nachts dabei, am Moroschen Haus in der Bahnhofsstraße die Gartenmauer teilweise abzutragen. Köpfe der Mauerpfeiler wurden auf die Straße gestürzt und andres mehr. Die Mauer sollte durch Beschluß der Stadterordneten-Versammlung weggeräumt werden. In solche freiwilligen Arbeiter war dabei nicht gedacht worden.

Das Finanzamt hat eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der auf die Verpflichtung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Ablieferung der Lohnsteuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1927 hingewiesen wird.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Niederbodeleben. Mittwoch den 18. Januar, 20 Uhr, Jahres-Generalversammlung im Gasthaus zur Eisenbahn.

Biederitz. In der Generalversammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: 1. Vorsitzender Paul Jaczuk, 2. Vorsitzender Herrn. Schröter, Kassierer Emil Schramm, Schriftführer Otto Gölke, Schatzwart Max Ehrmann, Paul Herzog, Neuwahler Friedrich Baake, August Schuber, Jugendleiter Max Ehrmann.

Groß-Litzleben. Freitag 20 Uhr außerordentliche Generalversammlung im „Schwan“.

Altensieddingen. Die Generalversammlung war gut besucht. Kreisleiter Jäger sprach über die kommenden Zahlen. Im Vorstand wurde keine nennenswerte Veränderung vorgenommen.

Das Salzleben. Jugendversammlung am Donnerstag den 19. Januar, 20 Uhr, im „Drauf“. Generalversammlung am Sonnabend den 21. Januar, 20 Uhr, im „Drauf“.

Groß-Neuenhagen. Die Generalversammlung konnte nach der Mitteilungsliste, die 77 betragt, besser besucht sein. In den Vorstand wurden gewählt: Gule, 1. Vorsitzender; Baujacket, 2. Vorsitzender; Vorkamp, Schriftführer; Sotemann, Schriftführer; Bläß, Unter- kassierer; Seiche, Ortsgruppenleiter; Regener, Jahn und Hartmann, Revisoren; Hübae, Beisitzer; Hartmann, Stabsführer; Siewenthal jun., Jugendleiter.

Briefkasten

Beirichterkatter Barba. Solche Personalnotizen können wir nicht veröffentlichen; das würde zu weit führen.

Beirichterkatter Eggendorf. Parteistempel und Unterschrift fehlen unter dem Bericht.

Reichsbanner Biederitz. Warum werden unsere Berichte im n. n. nicht veröffentlicht? So fragt der Schriftführer. Das ist nicht bekannt, daß wir irgendeinen Bericht, der eingeleitet worden ist, in der „Volkstimme“ nicht veröffentlicht haben.

Beirichterkatter Schöft. Wir haben keine Veranlassung, eine erste lange Rechtfertigung für den bürgerlichen Beirichterkatter Schöft gegenüber dem Artikel in der „Volkstimme“ abzugeben.

Beirichterkatter Bad Salzleben. Bitte deutlicher schreiben, dann können solche Druckfehler vermieden werden.

Beirichterkatter Schönebeck. Die Nachricht von dem Ueberfall haben wir bereits veröffentlicht; die zweite Notiz war unklar, die dritte veraltet. — R. F., Bader. Das Kampfbild ist sehr gut gemeint, aber leider nicht druckreif, so daß wir von seiner Veröffentlichung Abstand nehmen müssen.

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden
Mittwoch, 18. Januar, 16.30: Aus dem Bilderbuch ohne Bilder, von Underlen. Mitw.: Dresd. Funkkapelle. Dir.: Agunte. • 18: Technischer Lehrgang für Facharbeiter. Werkzeuginde und Grundlagen der Arbeitsvorbereitung. • 18.30: Französisch für Anfänger. • 19: Vortrag. • 19.30: Regierungsrat Raab: Die Volkshilfen. • 20.15: „Abstieg von Wien“. Ein Hörspiel mit Musik in 6 Szenen von Kaiser, Musik. Leit.: Blumer. Vert.: Graf Peter Rudolf von Kraul, Eberhard, dessen älterer Freund, Sanneler, Sängerin, Franz, Offiziersburche. Ort: Wien. Zeit: Vor dem Weltkrieg. • 22: Presse und Sport. • 22.15: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Berlin — Königs-Wusterhausen — Stettin
Mittwoch, 18. Januar, 15.30: A. Schreiber: Luise Otto, Begründerin der deutschen Frauenbewegung. • 16: Prof. F. Pahl: Deutsche Pioniere der Naturforschung (Hermann von Selmholz). • 16.30: Die Funkprinzessin erzählt: Wie Adam den Eieren Namen gab; Holjhammer, Kasse, Schlange, und Fisch. — Das Mädchen im Rachen (Ballmann). Die Funkprinzessin: Annie Arden. • 17: Kapelle Emil Kooch. • 18.30: Stadtrat Dr. R. Keder: „Verhütung des Krüppeltums.“ • 19: Max Cohen: Das neue Berufs- ausbildungsgesetz. • 19.30: Dr. A. Singer, Dozent an der Hochschule für Musik: „Die Artie der Musik.“ • 20: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe der nachfolgenden Uebertragung. • 20.15: Aus dem Metropol-Theater, „Die schöne Helena“, Buffo-Oper von Offenbach. Musik. Leitung: Kapellm. G. Kolbe. Während einer Pause: Tagesnachrichten. Unschl.: Tanzmusik.

Deutsche Welle. Mittwoch, 18. Januar, 12: Einheitssturzschritt für Schüler. • 12.30: Mitteilungen des Reichsstadtebundes. • 12.45: Mitteilungen des Verbandes d. Vr. Landgemeinden. • 13.30: Kinetoschauspiel „Der Froschlönig“. • 15: B. A. Graef: Sprechtechnik. • 15.35: Wetter- und Vorkursbericht. • 16: Prof. Dr. Hilla: Amerika im Spiegel seiner Schulen. • 16.30: Reg. Nr. S. Wersmann: Einführung in das Vorleser von Musik: Volksliedanalysen. • 17: Nachmittagskonzert aus Hamburg. • 18. Ledn. Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister. • 18.30: Französisch für Anfänger. • 18.55: Dr. W. Groffkop: Der schwedische Jüdenholztruff. • 19.20: Geh. Rat Prof. Dr. Sievers: Sammeln von Graphit. • 20: Metropol-Theater: „Die schöne Helena“, Operette von Offenbach. Während einer Pause: Tagesnachrichten. Danach: Tanzmusik.

Hamburg — Hannover — Bremen
Mittwoch, 18. Jan. 16.15: Hannover, Hamburg, Bremen: Lustige Tiergeschichten. Mitw.: Elja Strata-Jansen und das Norag-Orch. • 16.15: nur Kiel: Lausbüchengeschichten von Ludwig Thoma. • 17: Hamburg (alle Noragländer): Konzert. Der unbekannte Johann Strauß. Dir.: A. Seder. • 17.55: Bremen: Nachrichten des Arbeitsamts. • 18: Hamburg, Kiel, Bremen: Konzert. • 18: nur Hannover: Konzert. • 19: Hamburg (alle Noragländer): Prof. Borching: Niederdeutsche Volkslieder. • 19.25: Hamburg (alle Noragländer): Dr. Gentgen: Die Erscheinungen der Luftbewegung. • 20: Hamburg, Bremen: Konzert auf 2 Klavieren. A. Leopold und A. Graef. • 21.20: Hamburg, Bremen, Kiel: Tragikomödien. Verje, Fieder, Broja, Mitw.: A. Kober, E. Volt, B. Jaksch, S. Beyer, R. Winder, S. Straloch. • 20: nur Hannover: Konzert auf zwei Klavieren. Gertrud Salzen und Jul. Ehrlich, Saint-Saens: Konzert G-moll. — Viat: Ung. Fantaisie. • 20.50: nur Hannover: Duette für Sopran und Bariton. Gef. von Lotty Meyer-Burghardt und D. Hillmar. Am Flügel: v. Solen. • 20: nur Kiel: Kammermusik. Kieler Trio. Schaubert: Trio B-dur. — Beethoven: Trio D-dur. — Unschl.: Hamburg, Kiel, Hannover, Bremen: Konzert. — Sport. • 23.30: Hamburg (alle Noragländer): Tanzmusik.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Beinsschäden Krampfadergeschwüre heilen bei Anwendung der echten Kirjan-Salbe. **Hof-Apothete, Magdeburg, Breiter Weg 158.**

Hier kaufen Sie günstig ein!

Moritz Bry
Aschersleben
Das größte Spezialgeschäft für
Herren- u. Knaben-Garderobe
Arbeiter- und Berufskleidung

Fritz Ehlert
Kolonialwaren, Kaffee-Großröster
Medizinische u. technische Drogen
Farbwaren
Stendal, Arneburger Str. 171

Pelze, Hüte, Mützen
kauft man am vorteilhaftesten bei
Emil F. Krüger
Breite Str. 48 **Stendal** Ecke Rohrstr.

Manufakturwaren
Damen-, Herren- und
Kinder-Konfektion
Arbeiter-Berufskleidung
Ludwig Friede
Stendal
Breite Straße 72 **Stendal** **Telephon 411**

Hermann Rönnebeck,
Tapezierer, **Stendal**

CONITZER & Co
ASCHERSLEBEN/CALBE a. d. S.
GRÖSSTES KAUFHAUS AM PLATZE
Nur mit Gas kochen müssen Sie als moderne Hausfrau!
Gaskocher und Herde in allen Preislagen auch gegen geringe Monatszahlungen
Altmärkische Gas-, Wasser- u. Elektr.-Werke G. m. b. H.
Telephon Nr. 37 **STENDAL** Telephon Nr. 108
Ausstellungsraum: Rathenower Str. 1

Julius Cohn, Stendal
Gegründet 1875 **Hallstraße 4 und 8** **Fernsprecher 660**
Herren-, Knaben- und Berufskleider / Qualitäts-Schuhwaren / Möbel-Fabrik

Otto Borstel & Sohn
Stendal
Kolonialwaren / Lebensmittel
Uenglinger Str. 1 — Arneburger Str. 165
Lüderitzer Straße 37.

Friedrich Brühahn
Möbelwerkstatt / Möbellager
Bautischerei / Sargmagazin
Wüsteworth-
straße 17 **Stendal** **Tel. 283**
neben dem Stadttheater

Café Petersburg Stendal
Park-Restaurant • Konzert- und Ballhaus
KONZERT täglich nach- **Abends ab**
mittags u. abends **8.30 Uhr** **KABARETT**
TANZ **BAR**
Herrlicher Garten ca. 5000 Personen fassend. • Empfehle den werten Vereinen meinen renovierten Saal

J. Jacks
Aschersleben
Das Haus der billigen Preise
für
Damen-Konfektion, Kleiderstoffe usw.

Gustav Dobrin
Stendal
Billigste Bezugsquelle sämtlicher
Bedarfsartikel

Willy Haubenreiser
Uhrmacher
Gardelegen • Stendaler Straße 160
Beste und billigste Bezugsquelle in
Uhren, Rathenower Brillen
Gold- und Silberwaren

Uhren / Optik / Goldwaren
Fritz Hoffmann
Stendal, Domstraße Nr. 7
Reparaturen sofort

Carl Altmann, Staßfurt
Kleiderstoffe, Aussteuerartikel
Damen- und Kinderhüte
Stets billigste Preise.

Achersleben!
zu günstigen Zahlungsbedingungen **Achersleben!**
Fahrräder **Musikapparate** **Versandhaus Richard Träbert**
Schuhwaren **Badstuben 13** **Provisionsvertreter gesucht!** **Badstuben 13**